

www.agentur-spezial.de

transpari

ganz

nah



transpari – die transparente Bürgerstiftung
im Paritätischen Niedersachsen

GandhisträÙe 5A
30559 Hannover

Telefon 05 11/52 486 393
Telefax 05 11/52 486 333

www.transpari.de

am Alltag
am Leben
am Menschen

Soziale Projekte starten – Spendenkonto 7 41 02 00

Bank für Sozialwirtschaft Hannover · BLZ 251 205 10

Ist der Konjunktur noch zu helfen?

Ja! Wie wäre es denn mit dem „K 3 Soziales“?

Aus Reihen des Sachverständigenrats und führender Wirtschaftspolitikerinnen und –politiker der Regierungsparteien ist die Forderung nach einem dritten Programm zur Belebung der Konjunktur laut geworden, da die bisherigen Programme sich als nicht ausreichend erwiesen, um die Wirtschaft zu beleben. Bei aller Hähme über das spektakuläre Scheitern des wild liberalen und globalisierten Raubtierkapitalismus ist es durchaus bedauerlich, dass sich diese Einschätzung von Tag zu Tag mehr bestätigt. Dies wird Folgen haben, für uns alle, lebt doch der Sozialstaat davon, dass Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen fließen, um staatliche Umverteilungsaufgaben zugunsten der Schwachen in unserer Gesellschaft wahrnehmen zu können und um Risiken wie Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit solidarisch auffangen zu können.



Es ist grundsätzlich gut und sinnvoll, dass die ersten beiden Konjunkturprogramme aufgelegt wurden. Im Detail allerdings fragt man sich, was Politikerinnen und Politiker bewegt, ein neues Auto mit 2.500 Euro zu fördern und ein Kind mit zynischen 100 Euro.

Wie könnte nun ein drittes Konjunkturprogramm aussehen, das primär den Menschen und dann den internationalen Unternehmen nutzt? Der Paritätische fordert ein Konjunkturpaket mit Ausrichtung auf den Bereich Soziales und Gesundheit, „K 3 Soziales“. So würde die deutliche Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze die Binnenwirtschaft durch Nachfrage nach Konsumgütern in kürzester Zeit beleben. Die vom Bundessozialministerium angekündigte Erhöhung von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe auf 359 Euro ist dabei nicht annähernd ausreichend. Nach Berechnungen des Paritätischen ist eine Erhöhung auf 440 Euro notwendig, um mit dem Regelsatz Einkommensarmut zu verhindern. Das hilft den Menschen, bringt die Binnennachfrage in Schwung und ersetzt Teile des wegbrechenden Exports.

Eine Erhöhung des Pflegegelds hätte den Effekt einer sofortigen Steigerung der Nachfrage nach personalintensiven Dienstleistungen im Bereich der Pflege und der haushaltsnahen Dienstleistungen, da hier eine erhebliche unbefriedigte

Nachfrage besteht. Nutznießer wären die Pflegebedürftigen und Ihre Angehörigen aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Pflegediensten und mobilen Hilfsdiensten, deren Beschäftigung so nicht nur gesichert werden könnte. Es entstünden mit Sicherheit neue Arbeitsplätze. Das hilft den Menschen und dem Arbeitsmarkt.

Für die Verfechterinnen und Verfechter nachhaltiger Konjunkturmaßnahmen böte ein solches „K 3 Soziales“ die Möglichkeit, Investitionsprogramme für die lange Jahre kaputt gesparte soziale Infrastruktur aufzulegen. Dies hat das Land Bayern schon im Konjunkturpaket 2 erkannt und zusätzliche Mittel für Einrichtungen der Behindertenhilfe (Werkstätten, Wohnheime etc.) zur Verfügung gestellt. In einem Flächenstaat wie Niedersachsen böte sich an, Investitionen in die Mobilität von sozialen Hilfsdiensten und Pflegediensten zu unterstützen und diese in strukturschwachen Gebieten

auszuweiten. Das hilft den Menschen auf dem Lande, dem Arbeitsmarkt und der Autoindustrie.

Und, ach ja, die „Bad Bank“! Diese fordern Fachleute zur Übernahme von schlechten Bankrisiken, auch genannt „Giftpapiere“. Auch da ließen sich auch für den sozialen Bereich parallele Überlegung anstellen. So könnte das Land z. B. die Lieferung warmer Mahlzeiten an Hilfebedürftige in ländlichen Gebieten durch die Verbände der Wohlfahrtspflege finanziell absichern, picken sich doch private Lieferdienste ausschließlich gewinnträchtige dicht besiedelte Wohngebiete rosinegleich heraus. Eine solche Absicherung hilft den Menschen auf dem Land, den ländlichen Kommunen und der Autoindustrie.

Was also hindert die Politikerinnen und Politiker, sich für die Menschen vor Ort zu entscheiden statt für Banken und globalisierte Unternehmen? Fragen wir sie doch, es sind ja bald Wahlen!



Cornelia Rundt,
Vorstand

Impressum

Herausgeber

Paritätischer Niedersachsen e. V.
Gandhistr. 5a
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-0
E-Mail landesverband@paritaetischer.de

Vorstand

Günter Famulla (Vorsitzender),
Cornelia Rundt

Registereintrag

Registergericht Hannover
Vereinsregister-Nummer 2156

Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord
25/206/21596

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ 25120510 - Konto-Nr. 7449500

Verantwortlich für den Inhalt

Cornelia Rundt (Vorstand)

Redaktion

Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Michael Weber
Tel. 0511 52486-353
E-Mail presse@paritaetischer.de

Druck

Benatzky Druck und Medien GmbH,
Hannover

Hinweis

Artikel anderer Organisationen oder Publikationen sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften und Beiträgen behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor. Der Parität Report erscheint fünfmal im Jahr, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

CD „Wir machen Musik“



Der Musik-in-Liner machte im Februar Station am Familienzentrum Papenkamp des Paritätischen Hannover. Die Dozenten übten mit den Kindern der Kindertagesstätte mehrere Lieder ein, die anschließend im Studio des Busses aufgenommen und als CD gebrannt worden sind. Diese CD kann nun

bestellt werden. Informationen dazu sind beim Familienzentrum erhältlich: Tel. 0511 5295870, E-Mail: info@familienzentrum-papenkamp.de.

Ihre Adressdaten

Bitte Änderungen mitteilen!

Um unsere Mitgliederadressen auf dem neuesten Stand halten zu können, bitten wir um Ihre Unterstützung: Benachrichtigen Sie uns bei Änderungen

- Ihrer Anschrift,
- Telefonnummer,
- Faxnummer,
- E-Mailadresse,
- Wechsel Vorstand
- Wechsel Geschäftsführung
- Namens/der Rechtsform

Ihrer Organisation. Senden Sie bitte aktualisierte Daten an das Sekretariat des Geschäftsbereichs Mitgliederförderung, Timea Kovac, Tel. 0511 52486-323, Fax 0511-52486-333, E-Mail timea.kovac@paritaetischer.de

Ihr Beitrag

Parität Report sucht Artikel

- Möchten Sie die Arbeit Ihrer Organisation oder Einrichtung vorstellen?
- Können Sie Tipps oder Erfahrungen weitergeben?
- Veranstalten Sie ein Programm, das für andere offen und von Interesse ist?
- Suchen Sie neue Mitarbeiter /innen oder einen Job?
- Haben Sie Kritik oder Lob?

Dann senden Sie Ihren Beitrag (wenn möglich mit Foto) einfach als Datei oder Ausdruck via E-Mail oder per Post an den Landesverband, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Gerne sind wir bereit, Sie bei der Formulierung zu unterstützen

Ausgabe 2-09

Editorial	3
Impressum	4
Schwerpunkt	
Häusliche Gewalt	6
Helmstedt: Frauenberatungsstelle erforderlich	8
Haus der Familie Celle: Der Fall Winter	10
Paritätischer Cuxhaven: Wenn die Liebe zuschlägt	13
Frauenberatungsstelle Osnabrück: Traumaberatung für die Opfer	16
Dialog Wolfsburg: Balance für Kinder und Jugendliche	18
Frauenhaus Hameln: Auslastung trotz Präventionsarbeit enorm	20
Violetta: Sexuelle Gewalt unter Jugendlichen	23
Kinderschutz-Zentrum Hannover: „Ich dachte sonst immer, ich bin ein Außerirdischer!“	24
Einer für alle(s)	
LAG-Kampagne: Kinder sind mehr wert	26
Famulla: „Politik darf Vergabe von Heroinersatz nicht länger blockieren“	29
DLRG: Einsatz an der Nordseeküste	29
HIV-positive Kinder: Ringen um Normalität	30
Gesine Meißner: „Eine Verpflichtung, mich für andere einzusetzen“	34
COPD, Lungenemphysem und Alpha-1-Antitrypsin-Mangel	36
Rückblick:	
Aktion Silberfisch - sieh' dich um und hilf	38
Internationale Jugendbegegnung: „Spotkanie“	41
JuCon: Wildwestlandschaft im Jugendcontainer	42
Vorstellung des Verbandsrates:	
Berlind Rosenthal-Zehe	43
Killerspiele: Es geht um den Menschen – nicht um Computer	44
Vorstellung des Verbandsrates: Dietmar Schlüter	45
Symposium: Übergangmanagement bei Haftentlassung/Statement Dr. Weiner	46
Schullandheime: Pädagogisch sinnvolle Klassenfahrten gewollt	50
Fachklinik Kronsberg: Positive Bilanz	51
Paritätischer Friesland: Demenz und häusliche Pflege ..	52
Ministerinbesuch: Ulla Schmidt lobt das Eilenriedestift ..	54
Wechsel beim Paritätischen Hildesheim-Alfeld	57
Down-Syndrom Hannover: Aufregend anders – gemeinsam genial!	58

NORDCAP WfbM: Vielfalt macht den Unterschied	60
Hannoversche Werkstätten: „Was kann ich für Sie tun?“	62
Jugendhilfe Lüneburg: „Das Leiden der Kinder in drogenkranken Familien“	64
ARV Salzgitter: Fahrsicherheitstraining	66
Lebenshilfe Soltau: Freude fördern	67
Ehrungen	67
Management	
Bundeselterngeld- und -elternzeitgesetz	68
Sammlung 2009: Machen Sie mit!	68
Sexualisierte Gewalt: Fortbildung	68
Der Paritätische Stellenmarkt	70
Service	
Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen ..	72
Fachbereiche des Paritätischen	73
Arbeitskreise des Paritätischen	74
Mitglieder des Verbandsrats	75

Anzeige




Häusliche Gewalt

Schutzmechanismen müssen ausreichend finanziert werden

„Gewalt gegen Frauen ist kein Problem am Rande unserer Gesellschaft, sondern findet in allen Schichten mitten unter uns statt. Für viele Frauen sind Schläge, Tritte und Beschimpfungen zu einem entsetzlichen Alltag geworden. Wir müssen alles tun, um diese Gewalt zu verhindern und abzuwehren.“ Diese zusammenfassende Erkenntnis von Bundesministerin **Dr. Ursula von der Leyen** zu der von ihr am 06. März 2009 vorgestellten Studie „Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen“ erleben Frauenhäuser, Beratungsstellen für Frauen und Mädchen sowie Beratungs- und Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt in ihrer alltäglichen Arbeit.

Frauenhäuser und die spezialisierten Gewaltberatungsstellen für Frauen und Mädchen bilden ein kompetentes, gut funktionierendes und ineinander greifendes Netz für die Hilfe und Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen. Seit 2007 werden die drei Bereiche Frauenhäuser, Gewaltberatungsstellen für Frauen und Mädchen sowie die Beratungs- und

Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt (BISS) erstmals in einer gemeinsamen Landesrichtlinie zur Förderung von Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen zusammengefasst. Ziel der neuen Richtlinie war es erklärtermaßen, ein flächendeckendes Angebot an Unterstützungsmöglichkeiten für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen vorzuhalten und der bisherigen Unterversorgung im ländlichen Raum entgegenzuwirken.

Neu ist bei dieser neuen Förderrichtlinie für Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen die Förderstruktur, die fortan Pauschalzuwendungen statt eine bisher an einen Personalschlüssel gekoppelte Landesförderung vorsieht und für einen Teil der Schutz- und Beratungseinrichtungen im Ergebnis Fördersummen mit bis zu 19.000 Euro im Jahr weniger ausmacht. Bei den Beratungs- und Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt (BISS) blieb die Fördergrundlage unverändert, wobei allerdings der Finanzierungsschlüssel hier von vornherein nicht ausreichend war, um genü-

gend Kapazitäten für die pro aktive Arbeit zur Verfügung zu haben. Die Beratungsstellen gegen Gewalt an Kindern werden von dieser Richtlinie nicht erfasst.

Für drei Jahre hatte das Land Niedersachsen eine Übergangsregelung geschaffen. Für diese Zeit erhalten die „Verlierer“ der neuen Richtlinie den bisherigen Zuschuss weiter. Ab 2010 wird dann die neue Förderrichtlinie voll wirksam werden und einigen Frauenhäusern und Beratungsstellen zum Teil erheblich gekürzte Zuschüsse bescheren.

Bereits in den vergangenen Jahren haben die Frauenhäuser und Beratungsstellen indirekte Kürzungen durch (bestenfalls) gleich bleibende Zuschüsse bei ständig steigenden Kosten hinnehmen müssen. Und dies bei ohnehin geringen Finanzmitteln und eh schon knappen personellen Ressourcen. Und in diesem Spannungsverhältnis der diametralen Entwicklung von immer weniger zur Verfügung stehenden Finanzierungsmitteln und den Anforderungen der Rat- und Hilfesuchenden wie auch des gesamten Hilfe-, Schutz- und Interventionsgefüges stehen die Mitarbeiterinnen der Schutz- und Beratungseinrichtungen.

Wie bereits auch schon zur Landtagswahl 2008 hat der Fachbereich Frauen und Familien des Paritätischen Niedersachsen gefordert, die Übergangsfrist von drei Jahren für die Frauenhäuser und Beratungsstellen als Verlierer der neuen Landesrichtlinie unbegrenzt

Fachveranstaltung

Frauen- und sozialpolitisches Forum:

„Weniger Geld – weniger Personal – weniger Opfer?“

Vor den Schutz- und Beratungseinrichtungen steht der Bedarf der Frauen und Mädchen als Opfer häuslicher Gewalt – hinter ihnen stehen die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen?

28. Mai 2009, 13.00 Uhr in Hannover

Informationen:

Steffi Becker, Tel. 0511 52486-383, E-Mail: steffi.becker@paritaetischer.de

fortzuführen sowie die massiven Streichungen von Landesförderungsmitteln bei den Mädchenhäusern zurückzunehmen, die Beratungs- und Hilfsstrukturen im Gewaltbereich in unzureichend versorgten Regionen zu stärken und die finanziellen Rahmenbedingungen für Beratungs- und Hilfeeinrichtungen für Kinder, Frauen und Familien zu verbessern.

Frauenhäuser, Beratungsstellen für Frauen und Mädchen, Beratungs- und Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt, Mädchenhäuser und Frauen-Notrufe sind wichtige Bestandteile des Gewaltschutzes und

des Hilfesystems für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen und unverzichtbar für die Hilfe für von körperlicher, sexualisierter und seelischer Gewalt betroffene Frauen und Mädchen.

Um das Problem der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, die Bedeutung der Arbeit der Beratungs- und Schutzeinrichtungen für die Opfer häuslicher Gewalt und die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen zu verdeutlichen, wird der Paritätische Niedersachsen am 28. Mai 2009 die Fachveranstaltung mit dem Titel „Weniger Geld – weniger Personal – weniger Opfer?“

ausrichten. Wissenschaftlerinnen, Praktikerinnen und Politikerinnen werden sich bei dieser überregionalen Veranstaltung zu der Situation der Gewalt, der Bedeutung der Beratungsstellen, den Anforderungen an die Frauenhäuser, den erforderlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit der Schutz- und Beratungseinrichtungen und zur Wahrnehmung der politischen Verantwortung äußern.

Andrea Zerrath

Fachberaterin Frauen und Familien des Paritätischen Niedersachsen

Immer noch aktuell: Forderungen des Fachbereichs Frauen und Familien

Zur Landtagswahl 2008 stellte der Fachbereich Frauen und Familien einen Forderungskatalog auf, der in sehr vielen Punkten noch aktuell ist. Ein Auszug daraus folgt hier.

Der Fachbereich Frauen und Familien fordert, die für manche Einrichtungen durch die am 01.01.2007 in Kraft getretene „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen für Mädchen und Frauen, die von Gewalt betroffen sind“ herbeigeführten tatsächlichen Kürzungen zurückzunehmen. Um den Schutz-, Beratungs- und Hilfebedarf auffangen zu können und die erforderliche Präventions-, Aufklärungs- und Kooperationsarbeit vor Ort leisten zu können, sind zudem angemessene und auskömmliche finanzielle Rahmenbedingungen vorzuhalten, die ebenso wichtig sind wie eine entsprechende Planungssicherheit für die Einrichtungen. Von daher bedarf es

einer dauerhaften finanziellen Absicherung von bedarfsgerechten Beratungsstellen und Frauenhäusern. Im Einzelnen bedeutet dies:

- Die Förderung der Arbeit der Beratungs- und Schutzeinrichtungen bei Gewalt sind keine freiwillige Leistung, sondern eine Pflichtaufgabe des Landes.
- Erhöhung des Etats für den Zuständigkeitsbereich der Förderrichtlinie für Maßnahmen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, um die Einrichtungen im ländlichen Bereich angemessen zu fördern, das bisherige Angebot der Einrichtungen in den größeren Städten aufrechtzuerhalten und neue Einrichtungen in die Förderung aufnehmen zu können.
- Die Belegungsplatzpauschale für die Frauenhäuser muss erheblich höher und auf vorgehaltene Plätze für Kinder erweitert werden.

- Um die in Punkt 2. der Richtlinie geforderte Arbeit der Präventions-, Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit auch überregional gewährleisten zu können, müssen finanzielle Mittel im Haushalt zur Verfügung gestellt werden.
- Des Weiteren sollten in der Richtlinie die unterschiedlichen Formen von Gewalt explizit und gleichberechtigt nebeneinander benannt werden. In der geltenden Richtlinie sind lediglich Misshandlung und häusliche Gewalt erwähnt. Sexualisierte Gewalt muss gleichberechtigt aufgenommen werden.
- Um im Vorfeld der Gewalt entgegenzuwirken und um Mädchen und Frauen den Zugang zu Beratungseinrichtungen zu ermöglichen, sollte die Förderung von niedrigschwelligen Angeboten in die Förderung aufgenommen werden.

Frauenberatungsstelle erforderlich

Die Situation im Landkreis Helmstedt

Im Jahr 2002 trat das Gewaltschutzgesetz in Kraft. Vier Jahre später, im Jahr 2006 erfolgte nach einer mehrjährigen Modellphase in Niedersachsen die flächendeckende Einrichtung von sogenannten „Beratungs- und Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt“ (kurz: BISS), wobei die BISS Beratungsstellen jeweils für den Bereich einer Polizeiinspektion installiert worden sind.

Das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit kennzeichnet in den Eckpunkten zu der Arbeit der die Beratungs- und Interventionsstellen (BISS) gegen häusliche Gewalt die BISS als „Beratungsstellen, die auf den Bereich Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich spezialisiert sind. Arbeitsfeld ist die Beratung von misshandelten Frauen im Hinblick auf das zivilrechtliche Gewaltschutzgesetz. Von Misshandlung und Gewalt betroffene Frauen sollen darin unterstützt werden, ihre Rechte auf alleinige Nutzung der Wohnung und weitere Schutzanordnungen wahrzunehmen.“

Die BISS Beratungsstelle des Paritätischen Helmstedt ist zuständig für Opfer häuslicher Gewalt im Bereich der Polizeiinspektion Wolfsburg/Helmstedt, wobei ein Kooperationsvertrag zwischen dem Verein Dialog in Wolfsburg und dem Paritätischen in Helmstedt besteht, in dem die Beratungstätigkeit in zwei Zuständigkeiten untereinander aufgeteilt sind: Einsätze im Stadtgebiet von Wolfsburg meldet die Polizei an die BISS des Vereins Dialog, das heißt, eine Beratung von Opfern

häuslicher Gewalt aus Wolfsburg erfolgt dort. Entsprechende Einsätze aus der Stadt und dem Landkreis Helmstedt meldet die Polizei an die BISS beim Paritätischen Helmstedt.

Vor dem Hintergrund, dass 95 Prozent der Opfer häuslicher Gewalt weiblichen Geschlechts sind, arbeitet die BISS Helmstedt parteilich und berät ausschließlich Mädchen und Frauen. Männer, die im Bereich der Polizeiinspektion Wolfsburg/Helmstedt Opfer häuslicher Gewalt werden, können an den männlichen Mitarbeiter des Vereins Dialog in Wolfsburg verwiesen werden.

Im Gegensatz zu herkömmlichen Beratungsstellen verfolgt die BISS den Ansatz „pro aktiv“. Das heißt, nach einem Polizeieinsatz, der häusliche Gewalt betrifft, informiert die Polizei die BISS Beratungsstelle, so dass die Mitarbeiterin der BISS von sich aus direkt und zeitnah Kontakt mit den Opfern aufnehmen und ihre Hilfe und Unterstützung anbieten kann. Die Mitarbeiterin der BISS nimmt telefonisch oder schriftlich mit dem Opfer Kontakt auf und bietet Beratung, Hilfe und Unterstützung an; in Einzelfällen kann auch eine aufsuchende Kontaktaufnahme sinnvoll sein. Den Opfern soll in der Krisensituation durch den Pro-aktiv-Ansatz der erste Schritt zu einer Beratung erleichtert werden; auch Frauen, die von sich aus keine Unterstützung gesucht hätten, können durch diesen Ansatz erreicht werden und erhalten – wenn sie wollen – Informationen und Unterstützung. Dieser Ansatz dient so der Herabsetzung

der Hemmschwelle für Opfer häuslicher Gewalt, um es ihnen zu erleichtern, auch künftig psychosoziale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen – dies ist auch im Hinblick auf Migrantinnen besonders wichtig. Es ist außerdem möglich, dass Opfer häuslicher Gewalt bzw. dritte Personen als Außenstehende von sich aus Kontakt zu der BISS Beratungsstelle aufnehmen (sogenannte „Selbstmelderinnen“).

Eine Beratung der BISS ist für die betroffenen Frauen vertraulich und kostenlos. Der Schutz der Daten wird gewährleistet. Was das Konzept der Beratungs- und Interventionsstellen betrifft, verstehen sie sich als eine neue Schnittstelle zwischen einem Polizeieinsatz, der häusliche Gewalt betrifft, und weiteren rechtlichen oder persönlichen Schritten der jeweils betroffenen Frauen. Vor diesem Hintergrund können und sollen die BISS Beratungsstellen langfristige Beratungs- oder Unterstützungsangebote nicht ersetzen – vielmehr ist vom Konzept her an eine Weitervermittlung an bestehende Institutionen und Einrichtungen wie zum Beispiel Frauenberatungsstellen, Frauenhäuser, Frauennotrufe, Psychotherapeutinnen und ähnliches gedacht.

Was dieses Angebot für den Landkreis Helmstedt betrifft, gibt es derzeit in der Region drei Frauenhäuser: in Braunschweig, Wolfenbüttel und Wolfsburg. In Helmstedt selbst gibt es lediglich eine Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch, in der eine Mitarbeiterin

in Vollzeit arbeitet. Außerdem bietet eine Psychologin, die mit sieben Wochenstunden bei der pro familia-Beratungsstelle Helmstedt arbeitet, Einzel- und Paarberatung an. Die Mitarbeiterin der BISS Beratungsstelle Helmstedt hat sieben Wochenstunden zur Verfügung.

Eine explizite Frauen- oder Gewaltberatungsstelle für den Landkreis Helmstedt existiert nicht, es gibt weder einen Frauennotruf noch ein Frauenhaus vor Ort. Hinzu kommt, dass sich die Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch an eine spezielle Zielgruppe richtet. Das heißt, die Frage, wie der Bedarf nach langfristigen Beratungs- und Unterstützungsangeboten, die über die Kapazitäten und Aufgabenstellung der BISS hinausgehen, in Zukunft abgedeckt werden kann, bleibt - bezogen auf die Stadt und den Landkreis Helmstedt - bislang weitestgehend noch unbeantwortet. Was den Landkreis Helmstedt betrifft, beschränkt er seine finanzielle Unterstützung auf Kostenerstattungen an Frauenhäuser in anderen Städten und Landkreisen, die von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder aufnehmen.

Die Einrichtung einer Frauenberatungsstelle für den Landkreis Helmstedt ist vom Land Niedersachsen bislang mit der Begründung abgelehnt worden, dass das bestehende Beratungsangebot für Frauen ausreichen würde – mit Verweis auf die vorhandenen Beratungsmöglichkeiten der Frauenhäuser in Wolfsburg, Braunschweig und Wolfenbüttel.

Aus Sicht der BISS Beratungsstelle kann dem nur widersprochen werden: Zum einen stellen Frauenhäuser ein sehr spezielles Angebot dar, dass für viele von Gewalt betroffene Frauen aus verschiedenen Gründen als Zufluchtsmöglichkeit nicht in Frage kommt. Aus diesem Grund ist es für Opfer häuslicher Gewalt häufig nicht naheliegend, die Telefonnummer eines Frauenhauses zu wählen, wenn sie konkrete Unterstützungsmöglichkeiten oder ein Beratungsgespräch wünschen.

Zum anderen ist es für viele Frauen aus dem Landkreis Helmstedt (im wahrsten Sinn des Wortes) ein sehr langer Weg, um weitergehende Beratungs- und Unterstützungsangebote überhaupt in Anspruch nehmen zu können – dieser

Weg stellt oftmals eine viel zu hohe Hürde dar. Da das vorhandene Angebot zudem begrenzt ist, kommt es zwangsläufig zu Wartezeiten.

Wie bereits erwähnt, sind laut Konzept BISS Beratungsstellen als kurzfristiges Angebot zu verstehen. Ein Großteil der von Gewalt betroffenen Frauen wünscht sich jedoch eine längerfristige Unterstützung und Begleitung bei der individuellen und praktischen Umsetzung ihrer nächsten Schritte – und dafür reicht das bestehende Beratungsangebot bei weitem nicht aus.

*Melanie Weinhold,
BISS des Paritätischen Helmstedt*

Kontakt

*Paritätischer Helmstedt
Melanie Weinhold
Tel. 05351 54191-12
E-Mail: biss.helmstedt@paritaetischer.de*

Wer schlägt

muss gehen!

Schutz für Opfer häuslicher Gewalt



Der Fall Winter

Beispielhafte Darstellung der Arbeit der BISS im Haus der Familie

Im Haus der Familie Celle gibt es drei Arbeitsbereiche: das Frauen- und Kinderschutzhaus „Hilfen für Frauen und Kinder in Not“, die Beratungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt „BISS“ und eine Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle. Die Arbeit der BISS im Haus der Familie fördert das Land Niedersachsen seit Januar 2006 Höhe von 18.350 Euro. Die BISS ist zuständig für den Bereich der Polizeiinspektion Celle, das sind Stadt und Landkreis Celle mit ca. 180.000 Einwohnern. Zwei Mitarbeiterinnen, die durch ihre Arbeit im Frauenschutz erfahren in der Beratung mit Opfern häuslicher Gewalt sind, haben die BISS-Arbeit mit insgesamt 14,25 Stunden wöchentlich zusätzlich übernommen.

Zeit, die notwendig ist, um Hilfe anbieten zu können, denn allein im Jahr 2008 bekam die BISS 197 Meldungen über Polizeieinsätze wegen häuslicher Gewalt.

Von der Vernetzung innerhalb eines Trägers profitieren alle Arbeitsbereiche, Synergieeffekte können genutzt werden. In der pro-aktiven Krisenintervention steht die Bearbeitung der akuten Gewaltsituation im Vordergrund. Die Problemlagen in der Beratung sind sehr vielschichtig. Sie muss auf die wesentlichen Informationen fokussiert werden, um der von häuslicher Gewalt betroffenen Frau Handlungsmöglichkeiten zu ihrem Schutz aufzuzeigen. Aufgrund der Vielzahl der Fälle und der zur Verfügung stehenden

Arbeitszeit beschränken sich die Beratungsinhalte überwiegend auf Informationen über die zivilrechtlichen Möglichkeiten zum Gewaltschutzgesetz und die individuelle Sicherheitsplanung der betroffenen Frauen und ihrer Kinder. Eine Begleitung der Frauen zum Beispiel zu Gerichtsterminen oder Ämtern und auch eine längerfristige psychosoziale Beratung kann die BISS nicht leisten. Sie versteht sich als Schnittstelle für die Vermittlung anderer Hilfsangebote. Die Beratung hat Lotsenfunktion und soll das Vertrauen stärken und die Hemmschwelle für eine Inanspruchnahme weiterer Unterstützung im Hilfesystem senken.

Der folgende Fall der Familie Winter (Name geändert) soll einen Eindruck von der Arbeit der BISS vermitteln: Kurz vor Weihnachten 2008 kam es um 22.35 Uhr zu einem Polizeieinsatz wegen häuslicher Gewalt bei Familie Winter. Frau Winter rief die Polizei um Hilfe, weil ihr Mann sie geschlagen hatte. Die Polizei findet Frau Winter verletzt vor. Sie hat eine geschwollene Nase, die auch blutet. Auch das Gesicht weist Rötungen auf. Die Polizei befragt die Eheleute getrennt voneinander. Frau Winter gibt an, dass ihr Mann sie schon oft geschlagen hätte. Die Polizeibeamtin händigt Frau Winter einen Flyer des runden Tisches gegen häusliche Gewalt über Hilfeleistungen in Celle aus und teilt ihr mit, dass sich eine Mitarbeiterin der Beratungs- und Interventionsstelle bei ihr melden würde.

Rettungsanitäter versorgen Frau Winter und wollen sie ins Krankenhaus bringen. Frau Winter ist nicht bereit, die Wohnung zu verlassen, denn sie macht sich Sorgen um ihre beiden Töchter. Die acht- und vierjährigen Kinder sollen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und am nächsten Morgen in die Schule bzw. Kindertagesstätte gehen. Herr Winter ist stark alkoholisiert. Er will sich zu den Befragungen nicht äußern. Der Ehemann wird von der Polizei für 14 Tage aus der gemeinsamen Wohnung verwiesen. Er packt im Beisein eines Polizeibeamten seine Sachen und gibt seine Wohnungsschlüssel ab. Herr Winter will vorübergehend zu seiner Mutter ziehen, kündigt aber seine Rückkehr nach den 14 Tagen des Platzverweises an.

Beide Kinder hatten von den Auseinandersetzungen der Eltern

scheinbar nichts mitbekommen. Unabhängig von dem einzelnen Vorfall leiden Kinder jedoch immer unter Gewalt in der Familie, sie werden direkt oder indirekt häufig Zeugen von Gewalttaten an ihrer Mutter. Dadurch ist ihre emotionale Entwicklung und Sicherheit gefährdet. Aus diesem Grund wird auch immer das Jugendamt von der Polizei informiert, wenn wie bei Familie Winter minderjährige Kinder in der Familie sind.

Die Polizei schickt ein Fax an die BISS-Stelle mit den Daten der Betroffenen, der Telefonnummer der Frau und einer kurzen Zusammenfassung der Ereignisse. Die Mitarbeiterin der BISS-Stelle ruft Frau Winter an, informiert sie über die Möglichkeiten des Gewaltschutzgesetzes und bietet ihr Unterstützung an. Die pro-aktive Beratung ist ein zeitnahes Hilfsangebot für von häuslicher Gewalt Betroffene, die sich zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme in einer extremen, sogar krisenhaften Belastungssituation befinden.

Die meisten Frauen, so auch Frau Winter, wissen schon, dass sich eine Mitarbeiterin der BISS bei ihr melden wird und sind offen für ein Gesprächsangebot. Wesentlich ist die Kontaktaufnahme per Telefon. Viele dieser Telefonkontakte sind intensive Beratungsgespräche mit den gleichen Inhalten wie persönliche Beratungsgespräche. Gerade Frauen, die (aus unterschiedlichsten Gründen) nicht in die Beratungsstelle kommen können, nehmen lieber eine ausführliche Telefonberatung in Anspruch. Ein persönlicher Beratungstermin kann auf Wunsch der Frau folgen.

Frau Winter kommt zu einem persönlichen Beratungsgespräch. Sie ist erleichtert, weil sie die Familiensituation darstellen kann. Sie ist 38 Jahre alt, seit zwölf Jahren verheiratet. Herr Winter ist einige Jahre älter. Das Paar stammt aus Polen, ist aber schon seit 20 Jahren in der Bundesrepublik. Sie haben zwei gemeinsame Kinder. Frau Winter spricht gut deutsch. Sie arbeitet bei einem Supermarkt an der Kasse als geringfügig Beschäftigte. Der Ehe-



Das Haus der Familie bei einem Aktionstag gegen häusliche Gewalt

mann arbeitet als Hausmeister. Die Familie erhält ergänzende finanzielle Hilfen vom Landkreis für die Kosten der Unterkunft.

Bisher hat sie ihrem familiären und sozialen Umfeld nichts von den Gewalttätigkeiten ihres Mannes erzählt. Sie meint, dass die Situation immer eskaliert, wenn Herr Winter getrunken hat. Ihr Mann sei schon immer aufbrausend und eifersüchtig gewesen. Im Gespräch wird deutlich, dass Herr Winter auch ohne Alkoholeinfluss „ausrastet“, auch die Kinder anschreit und zuschlägt. Frau Winter verharmlost das gewalttätige Verhalten ihres Ehemannes, sie findet es fast „normal“. Zudem sieht sie auch keine Chance, wirtschaftlich unabhängig von ihrem Mann zu leben.

Die BISS-Mitarbeiterin spricht mit ihr über ein mögliches gewaltfreies Leben und Perspektiven für die künftige Lebenssituation der Familie. Grundlage für die Beratung ist das Wissen der Dynamik von Gewaltbeziehungen und eine Parteilichkeit für das Opfer. Ziel ist es, gemeinsam mit der betroffenen Frau

tragfähige Perspektiven zu entwickeln, Wahlmöglichkeiten zu schaffen und ihre Eigeninitiative zu stärken. Die Beratung ist ergebnisoffen und respektiert die Entscheidungen der Frau. Die Beraterin informiert Frau Winter über ihre Rechte und Möglichkeiten. Frau Winter erhält Informationen über die Möglichkeiten einer Wohnungszuweisung und Schutzanordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz. Sie erfährt, dass sie und die Kinder im Falle einer Trennung zunächst einen eigenen Anspruch auf Arbeitslosengeld II bzw. Unterhaltsvorschuss haben.

Frau Winter hat als Folge der häuslichen Gewalt ein blaues Auge und Schwellungen im Gesicht. Die BISS-Mitarbeiterin rät Frau Winter die Verletzung zu fotografieren und bei ihrem Hausarzt dokumentieren zu lassen. Trotz der Soforthilfen für Frau Winter entscheidet sie sich, auch wegen der Kinder, ihrem Mann noch eine Chance zu geben. Ihr Mann hat inzwischen versprochen, sich zu ändern und sie möchte das bevorstehende Weihnachten in der kompletten Familie verbringen. Die Mitarbeiterin erarbeitet gemein-

sam mit Frau Winter einen Sicherheitsplan, dazu gehören Fragen wie: „Woran erkennt Frau Winter, dass ihr Mann wieder aggressiv zu werden droht?“, „Welcher Ort in der Wohnung ist sicher und abschließbar?“, „Hat sie ein Handy, das sie immer bei sich tragen kann, um notfalls die Polizei zu rufen?“, „Welche Nachbarn, Freunde, Verwandte kann sie informieren?“.

Kurz nach Weihnachten meldet sich Frau Winter wieder bei der BISS. Sie berichtet, dass sie wieder von ihrem Mann bedroht wurde und möchte sich nun trennen, bevor er wieder körperlich gewalttätig wird. Sie beantragt beim hiesigen Amtsgericht eine Wohnungszuweisung und ein Näherungsverbot nach dem Gewaltschutzgesetz. Mittlerweile lebt Frau Winter mit ihren Töchtern alleine in der Wohnung. Zwar ist Herr Winter ausgezogen, Konflikte entstehen aber nach wie vor im Zusammenhang mit den Besuchskontakten zu den Kindern. Frau Winter hat deshalb das Jugendamt und die Erziehungsberatungsstelle um Unterstützung gebeten.

Durch die pro-aktive Arbeit der BISS und die umfangreiche Beratung, die viele Möglichkeiten aufzeigt, mit Gewaltsituationen umzugehen und ihnen zukünftig auszuweichen, konnte Frau Winter rechtzeitig vor einer erneuten körperlichen Gewalterfahrung handeln. So konnte sie sich und ihre Kinder schützen.



Der Kooperationsvertrag mit der Polizeiinspektion wird geschlossen

Wenn die Liebe zuschlägt ...

Vernetzte Frauenarbeit beim Paritätischen Cuxhaven

Jede vierte Frau in Deutschland erfährt mindestens einmal in ihrem Leben Gewalt von einer Person aus ihren engsten persönlichen Lebensbeziehungen, in der Regel vom Ehemann oder Partner. Diese Gewalttaten prägen das Leben betroffener Frauen und Kinder besonders schwerwiegend, bedeutet doch der soziale Nahbereich Familie eigentlich Sicherheit, Vertrauen und Geborgenheit und nicht Gewalt, Demütigung und Angst. Dem gesellschaftlichen Problem häuslicher Gewalt wirken zahlreiche soziale Einrichtungen entgegen, die parteilich für die betroffenen Frauen und Kinder daran arbeiten, den Gewaltkreislauf zu durchbrechen und mit ihnen gemeinsam Wege aus gewaltgeprägten, zerstörerischen Beziehungen heraus zu erarbeiten.

In Trägerschaft des Paritätischen Cuxhaven halten seit vielen Jahren die Frauen- und Mädchenberatungsstelle in Cuxhaven, das Frauenhaus in Otterndorf, der ehrenamtlich arbeitende Frauennotruf und seit 2006 auch die Beratungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt (BISS) in Bad Bederkesa in engem Verbund miteinander ein umfangreiches Unterstützungsangebot für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder vor. Diese Hilfen arbeiten aufgrund der engmaschigen Vernetzung dieser Einrichtungen in einer Trägerschaft besonders erfolgreich, da sie zeitnah, unmittelbar und kooperativ auf die jeweilige Problemlage und Bedürfnisstruktur eines jeden Gewaltopfers reagieren können.

Nicht jede Frau, die Opfer häuslicher Gewalt wird, benötigt beispielsweise einen Aufenthalt in einem Frauenhaus, sondern Beratung und Information. Für andere Frauen wiederum reicht eine polizeiliche Wegweisung des Täters für einen kurzen Zeitraum auf Grundlage des Gewaltschutzgesetzes nicht aus, um sich und ihre Kinder in der eigenen Wohnung sicher und geschützt zu fühlen, nachdem sie dort schlimmste Gewalterfahrungen machen mussten. Häufig sind erst einmal Beratungen hilfreich und notwendig, um notwendige Schritte aus einer Gewaltbeziehung heraus konsequent gehen zu können.

BISS. Die Beratungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt (BISS) wurde in Kooperation mit dem Landkreis Wesermarsch im Jahr 2006 im Einzugsgebiet der Polizeiinspektion Cuxhaven-Wesermarsch vom Paritätischen Cuxhaven eröffnet, um im Rahmen des proaktiven Ansatzes direkt auf gewaltbetroffene Personen zuzugehen. Ein Teil der BISS in der Polizeiinspektion wird von Lawega im Landkreis Wesermarsch durchgeführt, der andere Teil vom Paritätischen Cuxhaven. Sitz der BISS für den Landkreis und die Stadt Cuxhaven ist Bad Bederkesa. Das Land Niedersachsen unterstützt die Beratungs- und Interventionsstelle in der Polizeiinspektion Cuxhaven-Wesermarsch nach der Höhe der Einwohnerzahl mit einer jährlichen Zuwendung von 30.000 Euro.

Durch den pro-aktiven Ansatz, also die telefonische oder schriftliche

Kontaktaufnahme zum Gewaltopfer durch die Beratungsstelle, können Personen erreicht werden, die sich mit ihrer Gewaltproblematik bislang nicht an die Beratungsstelle oder das Frauenhaus wenden konnten. Vielfach sind die Hemmschwellen, Beratung und Hilfe anzunehmen, einfacher zu überwinden, wenn die Beratungsstelle auf die Opfer häuslicher Gewalt zukommt.

Im Jahr 2008 gingen 202 Meldungen über die Polizei und 20 Selbstmeldungen aus dem Landkreis Cuxhaven bei der BISS ein. Dies bedeutet eine Zunahme der Meldungen um 24 Prozent zum Vorjahr. Zu allen Betroffenen hat die BISS Kontakt aufgenommen und ihnen auf telefonischem oder schriftlichem Weg ein Beratungsangebot unterbreitet. Trotz Zunahme der Meldungen muss jedoch auch weiterhin von einer hohen Dunkelziffer im Bereich häuslicher Gewalt ausgegangen werden, der durch zunehmenden Bekanntheitsgrad der BISS und einer Ausdehnung ihres Beratungs- und Hilfsangebotes begegnet werden kann.

Die Zahlen belegen die Notwendigkeit und den Erfolg des proaktiven Beratungsansatzes der BISS. Gleichzeitig weisen sie eindrücklich darauf hin, dass die derzeitige Zuwendung nicht ausreichend ist, um Umfang, Entwicklung und Nachfrage dieses Angebotes leisten zu können. Gerade in großflächigen, ländlich strukturierten Landkreisen wie Cuxhaven und Wesermarsch bedeutet die Arbeit der BISS das Zurücklegen langer Wege, um sich mit



Ulrike Reiter (BISS)



Anne Henze (Frauen- und Mädchenberatungsstelle)

den hilfesuchenden Personen zu ersten Beratungen zu treffen und sie zur Polizei und zum Gericht zu begleiten, um nötige Schritte einzuleiten. Die BISS in Bederkesa muss ihre Aufgaben gegenwärtig mit einer halben Personalstelle erfüllen.

Frauen- und Mädchenberatungsstelle. Die Frauen- und Mädchenberatungsstelle im Sozialzent-

rum des Paritätischen in Cuxhaven bietet anonyme und vertrauliche Beratung für Frauen und Mädchen in Not- und Problemsituationen an. Der Schwerpunkt der Beratungsarbeit liegt auf der Unterstützung bei Vorkommen oder Bedrohung durch physische, psychische oder sexuelle Gewalt; darüber hinaus steht die Beratungsstelle allen Frauen und Mädchen offen, die in einer Pro-

blemsituation Informationen, Unterstützung und Beratung suchen. Durch die starke Einbindung der Beratungsstelle in das Cuxhavener Netz sozialer Einrichtungen kann bei Bedarf auch unmittelbar in andere Facheinrichtungen vermittelt werden.

Frauennotruf. Der Frauennotruf richtet sich an Frauen in akuten Notsituationen im Umfeld häuslicher Gewalt. Über eine 24 Stunden erreichbare Notrufnummer können sich betroffene Frauen jederzeit über das Hilfsangebot informieren oder bei Notwendigkeit sofort ins Frauenhaus aufgenommen werden. Dieser Notruf ist tagsüber von der Frauenberatungsstelle und dem Frauenhaus besetzt; nachts und an Wochenende wird er von sechs ehrenamtlich arbeitenden Mitarbeiterinnen übernommen, die diese Aufgabe seit 1998 als feste Notruf-Gruppe leisten. Diese ehrenamtliche Tätigkeit ermöglicht im Verbundsystem der Cuxhavener Frauenschutzarbeit dessen durchgängige Erreichbarkeit.

Frauenhaus. Das Frauenhaus bietet acht Frauen und ihren Kindern Schutz, Sicherheit und Ruhe. Frauen, die sich aus Gewaltbeziehungen lösen und in ein Frauenhaus flüchten, sind in der Regel hochgradig verstört und verunsichert, in vielen Fällen traumatisiert durch die erfahrene Gewalt, Unterdrückung und Demütigung. Die lange Anwesenheitszeit der Mitarbeiterinnen, zahlreiche Betreuungs- und Begleitungsangebote, eine vertrauensvolle, geschützte Atmosphäre und professionelle Beratungsarbeit bieten im Otterndorfer Frauenhaus die Voraussetzungen dafür, gewaltbetroffenen Frauen effiziente Hilfen



Das Team des Frauenhauses: Kornelia Siep, Natalia Koch, Marlies Tiemann (v. l.)

bieten zu können. Die Betreuung der Kinder durch eine professionelle Fachkraft ist ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Frauenhaus-Arbeit.

Vernetzung. Die besondere Stärke der Frauenprojekte des Paritätischen Cuxhaven liegt in ihrer engen Zusammenarbeit und Vernetzung unter einheitlicher Trägerschaft. Alle notwendigen Informationen können so auf kurzen Wegen zielgenau fließen, ohne ihren Bestimmungsort und Inhalt auf „langen Dienstwegen“ oder zwischen konkurrierenden Einrichtungen zu verfehlen. Das große Maß an Informationsaustausch wiederum ermöglicht die optimale Nutzung der unterschiedlichen Angebote, um hilfesuchenden Frauen und ihren Kindern einen ihnen gerechten Weg aus gewaltvollen Lebenszusammenhängen heraus anbieten zu können.

Die enge Zusammenarbeit und der regelmäßige Austausch zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen sowie gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, Fortbildungen und Supervisionen sind nur einige Beispiele für ein gelungenes und effizient arbeitendes Verbundsystem, das den Opfern häuslicher Gewalt im Landkreis Cuxhaven in hohem Maße zugute kommt. Durch gemeinsame Dienst- und Fallbesprechungen der Frauenprojekte und die tägliche Übergabe des Frauennotrufes verfügen die beteiligten Einrichtungen jederzeit über alle aktuell erforderlichen Informationen für ihre Arbeit.

Darüber hinaus nehmen die Cuxhavener Frauenschutzprojekte einen festen Platz im Gesamtsystem aller sozialen Einrichtungen

in Cuxhaven ein und unterhalten auch auf dieser Ebene enge und wirkungsvolle Kooperationsbeziehungen, um betroffenen Frauen und Kindern alle erforderlichen Hilfen anbieten zu können.

Im Arbeitskreis „Häusliche Gewalt“ arbeiten sie regelmäßig mit Polizei, Gleichstellungsbeauftragten, Amtsgerichten, Rechtsanwältinnen, Kinderschutzbund, Jugend- und Ausländerbehörden zum Thema Gewalt an Frauen und Kindern. Gemeinsam mit den Präventionsbeauftragten der Polizei bieten sie Fortbildungen für Polizeibeamte an, die während ihrer polizeilichen Einsätze häufig den ersten, entscheidenden Kontakt zu Opfern häuslicher Gewalt haben.

Die Bedeutung dieser Arbeitsbeziehungen spiegelt sich in der täg-

lichen Arbeit der Frauenprojekte mit den Opfern häuslicher Gewalt. Der Weg aus einer Gewaltbeziehung heraus besteht aus vielen Schritten, die erfolgreicher zu gehen sind, wenn alle beteiligten Einrichtungen und Institutionen gemeinsam den Opfern ihre Hilfe und Unterstützung geben können.

*Marlies Tiemann,
Frauenhaus Otterndorf*



Die ehrenamtlich arbeitenden „Notruffrauen“ während des zehnjährigen Jubiläums der Frauenprojekte beim Paritätischen Cuxhaven im Mai 2008: Sigrid Zenker, Ute Bernhagen, Bärbel Wiebalck, Daniela Gardey-Schulz, Sigrid Heinsohn (v. l.)

Traumabberatung für die Opfer

Nicht wegzudenken - Frauenberatungsstelle Osnabrück

Wie alle Frauenberatungsstelle in Niedersachsen, die im Verbund der niedersächsischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt vertreten sind, ist das Ziel der Beratungsstelle Osnabrück, Frauen und Mädchen dabei zu unterstützen, belastende Lebenssituationen zu überwinden, eigenverantwortliche Entscheidungen zu treffen und neue Lebensperspektiven zu entwickeln. Dabei orientiert sich die Arbeit an den Qualitätsstandards des Bundesverbandes der Frauenberatungsstelle und Frauennotrufe (BFF)

Die Frauenberatungsstelle Osnabrück unterstützt Frauen, die von Gewalt betroffen sind, die sich in Lebenskrisen und schwierigen Entscheidungssituationen befinden oder in sozialen und finanziellen Notlagen stecken. Die Mitarbeiterinnen begleiten Betroffene in

psychischen Belastungssituationen, zum Beispiel wenn sie eine Trennung oder Scheidung durchleben. Sie beraten bei körperlichen und/oder seelischen Problemen, wie etwa Essstörungen oder Ängste. Außerdem können sich Bezugspersonen und Fachleute zu der Thematik Gewalt gegen Frauen an die Beratungsstelle wenden.

Das Unterstützungsangebot umfasst die Krisenintervention am Telefon direkt oder sehr zeitnah in einem persönlichen Gespräch. Weiterhin bietet die Frauenberatungsstelle einmalige und längerfristige psychosoziale Einzelberatung an, auf Wunsch auch per E-Mail. Die betroffenen Frauen können Unterstützung bei Schwierigkeiten mit dem Ausfüllen von Anträgen und im Kontakt mit Behörden erhalten sowie an Gruppen und Informationsveranstaltungen teilnehmen.

Besondere Angebote in der Frauenberatungsstelle Osnabrück sind das umfangreiche Gruppen- und Vortragsprogramm sowie die Lesbenpaarberatung durch eine Familientherapeutin. Außerdem bietet die Frauenberatungsstelle eine spezielle Traumabberatung an, die von zwei in Traumabegleitung- und beraterung ausgebildeten Mitarbeiterinnen durchgeführt wird.

Die Frauenberatungsstelle Osnabrück ist offen für alle Frauen und Mädchen, unabhängig von Alter, Status, Bildungsgrad, kultureller Herkunft oder sexueller Orientierung. Die Beratung ist kostenlos und anonym. Dies sowie die thematische Offenheit des Angebots der Frauenberatungsstelle erleichtert Frauen und Mädchen den Weg in die Hilfesysteme. Niedrigschwellige Angebote und offenen Treffs sorgen dafür, dass Frauen und Mädchen möglichst frühzeitig erreicht werden und Hemmnisse, eine Beratung in Anspruch zu nehmen überwunden werden.

Die Frauenberatungsstelle Osnabrück hat außerdem zur Unterstützung von Frauen, die von Gewalt betroffen sind, weitere Projekte initiiert. Dank des Fördervereins der Frauenberatungsstelle gibt es einen Frauennotruf, der das Angebot der Frauenberatungsstelle durch seine tägliche Erreichbarkeit und dem besonderen Angebot der Begleitung zu Gerichtsverhandlungen erweitert. Ihm angeschlossen ist die Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt (BISS), eine



Das Team der Frauenberatungsstelle mit dem Standpunkt gegen Gewalt: „Eine für alle - alle für eine“

weitere Lücke im Beratungsangebot für Frauen schließt.

Über die individuellen Hilfen hinaus macht die Frauenberatungsstelle Osnabrück durch Öffentlichkeitsarbeit auf bestehende geschlechtsspezifische Benachteiligungen aufmerksam. Aktuelle Beispiele für diese Öffentlichkeitsarbeit sind die Teilnahme an der Bundesweiten Plakataktion „Dialog“ und die Kampagne „K.O.cktail – fiese Drogen im Glas“. Mit unterschiedlichen Veranstaltungen, wie Fachvorträgen, Fortbildungen und Aktionen trägt die Beratungsstelle so zur Verbesserung der Lebenssituationen von Frauen und Mädchen und zur Gewaltprävention bei.

Themenschwerpunkt Traumabegleitung und -beratung.

Traumata sind Ereignisse, die eine Person direkt als existenziell bedrohlich erlebt oder deren Zeuge sie wird. Zu diesen Ereignissen zählen z. B. Kriegshandlungen, Natur- und Verkehrskatastrophen, schwere Unfälle, schwere Krankheiten, invasive medizinische Eingriffe, plötzlicher Verlust vertrauter Menschen, sexueller Missbrauch, Vergewaltigung, Misshandlung, Folter, Kidnapping, Mord, schwere Vernachlässigung. Da diese Ereignisse so lebensbedrohlich sind, können sie nicht mit den normalen Bewältigungsstrategien gelöst werden, es erfolgt eine Überstimulierung aller Sinne, es entsteht intensive Angst, ein extremes Gefühl von Hilflosigkeit und ein absoluter Kontrollverlust. Dieser emotionale Schock, der zur massiven Erschütterung der kognitiven Funktionen, der Affektsteuerung und der Körperregulation führt, verursacht

häufig dauerhafte substanzielle, psychische Schäden.

An die Frauenberatungsstelle Osnabrück wenden sich in der Regel Frauen nach Vergewaltigung und sexuellem Missbrauch, um eine Traumabehandlung in Anspruch zu nehmen. Oft haben die Folgen der Traumatisierung dazu geführt, dass die Frauen ihren Alltag nur sehr bedingt regeln können; entstandene Symptome wie Ängste und Zwänge, Erkrankungen aufgrund des permanenten Stresses und Einschränkungen im sozialen Kontext wie z. B. Vereinsamung und soziale Phobien beeinträchtigen das Alltagsleben der betroffenen Frauen äußerst massiv.

Traumabehandlung orientiert sich an den Stärken (Ressourcen) der Frauen, sie ist an dem interessiert, was der Betroffenen Freude macht. Das Wissen um gute und starke Anteile, Hoffnungs- und Freudezeichen in der Lebensgeschichte, im Alltag und in der Zukunft wird mit sogenannten Imaginationsübungen wie „Der Baum“, „Der innere Garten“ oder „Das Licht“ unterstützt. In der Traumaaarbeit geht es um Wissensvermittlung darüber, wie ein Trauma entsteht und welche Folgen es haben kann; es geht um die Stabilisierung im Alltag und um die Entwicklung von Antistresskompetenzen. Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang die äußere und die innere Sicherheit. Viele Frauen nutzen das Angebot der Traumabehandlung, um Wartezeiten bei Therapie- und Klinikplätzen zu überbrücken und sich ein stabiles soziales Netz aufzubauen.

Um den betroffenen Frauen Möglichkeiten für den Aufbau dieses

Spendenkonto

Frauenberatungsstelle Osnabrück
Sparkasse Osnabrück
Konto 512 566
BLZ 265 501 05

Netztes zu bieten und gegen die Vereinsamung und Isolation ein Gegengewicht zu setzen, bietet die Frauenberatungsstelle Osnabrück sowohl „begleitende Gruppen für Frauen mit sexueller Gewalterfahrung“ als auch eine „Übungsstunde Imagination“ an. Die betroffenen Frauen erfahren hier oft zum ersten Mal, dass sie nicht alleine sind mit ihren Erfahrungen und sie treffen auf Frauen, die sie ohne viele Worte verstehen.

*Kornelia Krieger und Maria Meyer,
Frauenberatung Osnabrück*

Kontakt

Frauenberatungsstelle Osnabrück
Tel. 0541 803405

Maria Meyer

E-Mail: meyer@frauenberatung-os.de

Katharina Wittenbrink

E-Mail: wittenbrink@frauenberatung-os.de

Web: www.frauenberatung-os.de

Balance für Kinder und Jugendliche

Selbstbewusstsein als erster Schutz gegen Gewalt

Geschlechtstypisches Verhalten ist nicht angeboren, sondern historisch gewachsen. Es ist erlernt und kann verändert werden. Die Zugehörigkeit zum weiblichen oder männlichen Geschlecht ist immer noch eine der prägendsten und bedeutsamsten gesellschaftlichen Unterschiede. Das Leben von Frauen und Männer weist in den meisten Bereichen des Lebens große Unterschiede auf. Besonders deutlich wird dies beim Thema Gewalt.

Der Wolfsburger Verein Dialog, eine Mitgliedsorganisation des Paritätischen, ist Dach der Einrichtungen Balance (Beratungsstelle

für Kinder und Jugendliche nach sexueller Gewalterfahrung), Courage (Beratungsstelle für Frauen und Männer nach Gewalterfahrung) und Rote Zora (Zentrum für Mädchen und junge Frauen). Die Ziele des im Juni 2005 gegründeten Vereins beruhen auf dem Grundsatz, sowohl Mädchen und Frauen das Recht auf eine autonome, selbst bestimmte Identität einzuräumen, als auch Jungen und Männer in ihren Lebenswelten mit ihren Rollenzuweisungen wahrzunehmen. Um längerfristige Veränderungen bewirken zu können, wird mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit die Lebensrealität von Mäd-

chen, Jungen, Frauen und Männern im gesellschaftlichen Zusammenhang sichtbar gemacht, damit traditionelle Rollenbilder und Klischees reflektiert und Tabus gebrochen werden können. Darüber hinaus wird Einzelberatung angeboten für erwachsene Opfer von häuslicher Gewalt und für Mädchen und Jungen nach sexueller Gewalterfahrung.

Die Arbeitsschwerpunkte von Balance sind neben der Beratung und Therapie für Betroffene von sexueller Gewalt und deren Bezugspersonen, Fortbildungen für Fachkräfte und die Präventions-



Das Team von Dialog: Daniela Çevik, Katja Schaper, Sabine Huth, Sabine Försterling, Matthias Müller, Lore Seyfried, Andrea Jakob (v. l.)

Spendenkonto

Dialog
Sparkasse Gifhorn Wolfsburg
BLZ 26951311
Konto 11063161

arbeit – im Besonderen das Projekt „Starke Kinder“, das seit zehn Jahren an unterschiedlichen Wolfsburger Grundschulen angeboten wird. Kinder können sich alleine nicht immer wehren. Sie unterliegen einem Machtgefälle, in dem Erwachsene letztendlich immer in der stärkeren Position sind. Hinzu kommt, dass es Erwachsene gibt, die ihre vermeintlich positive Bindung zu dem Kind ausnutzen. Kinder brauchen aber Erwachsene, die Ihnen dabei helfen, selbstbewusst zu werden. Deswegen unterstützt das Projekt Kinder in ihrer Selbstbestimmung und Selbstwahrnehmung, weil sie sich besser gegen (sexuelle) Gewalt zu Wehr setzen können, wenn sie gelernt haben, sich und ihren Gefühlen zu trauen und wenn sie über ihren Körper Bescheid wissen.

Was ist sexuelle Gewalt? Ein Mädchen oder Junge wird sexuell missbraucht, wenn sie/er zu körperlichen oder nicht körperlichen sexuellen Handlungen durch Ältere oder Erwachsene veranlasst oder ihnen ausgesetzt wird. Der Täter nutzt seine Macht- und Autoritätsposition aus, um seine eigenen Bedürfnisse auf Kosten des Kindes zu befriedigen. Sexuelle Gewalt kann, aber muss nicht zwingend Vergewaltigung heißen. Auch Berührungen an Genitalien, Po oder Brust, Aufdrängen von (Zungen-)Küssen, wenn Täter vor ihnen mas-

turbieren zählen dazu. Außerdem sind auch der Gebrauch sexualisierter Worte, Blicke und Gesten, die das Mädchen/den Jungen zum Sexualobjekt herab stufen sexuelle Übergriffe. Zum Straftatbestand des sexuellen Missbrauchs zählen auch Handlungen, wie Pornos ansehen zu müssen oder selber darzustellen.

Dies ist nur ein Ausschnitt des Spektrums sexueller Gewalt. Für die Beratungsstelle ist es deshalb wichtig, was von den Betroffenen als subjektiv wahrgenommene Gewalt erlebt wird. Klar ist, dass es sich immer um eine gezielte und geplante Handlung des Täters handelt. Häufig findet die Gewalt über einen längeren Zeitraum statt und in den meisten Fällen ist der Täter dem Opfer bekannt (bei Mädchen liegt der Anteil der „Fremdtäter“ bei ca. 20 Prozent, bei Jungen bei ca. 30 Prozent. Das heißt, dass (sexuelle) Gewalt in den meisten Fällen im sozialen Nahbereich von Kindern stattfindet (z. B. in der Nachbarschaft, im Freizeitbereich und vor allem in der Familie).

Ebenfalls ist zu beachten, dass alle sozialen Schichten von sexueller Gewalt betroffen sind und die meisten Täter nicht im klinischen Sinne „krank“ sind. Es handelt sich bei diesen Männern um ganz „normale“ Menschen, die wir nicht auf den ersten Blick erkennen. Auch Frauen missbrauchen Kinder. Der Anteil von Täterinnen liegt nach Untersuchungen bei ca. zehn Prozent (Claudia Heyne: „Täterinnen“). Starke und selbstbewusste Kinder werden seltener Opfer sexueller Gewalt als angepasste und brave Kinder. Dies belegen Ergebnisse aus der Täterforschung.

Die Verantwortung, Bedingungen zu schaffen, die die Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Kinder fördern, liegt bei den Erwachsenen.

Gewalt gegen Kinder und Frauen ist kein individuelles Problem, sondern ein gesamtgesellschaftliches. Damit die Betroffenen die Sicherheit erhalten, die sie brauchen, muss Einsicht bestehen, dass es die Gesellschaft als Ganzes ist, nicht die Einzelpersonen, die für den Schutz von Kindern und Frauen vor gewalttätigen Männern verantwortlich ist. Das ist möglich, wenn jede/jeder Einzelne alles tut, was sie/er nur kann, um diese Wirklichkeit werden zu lassen.

Daniela Cevik

Kontakt

Dialog
Goethestr. 59
38440 Wolfsburg
Tel. 05361 8912300
E-Mail: dialog@wolfsburg.de

Auslastung trotz Präventionsarbeit enorm

Dem Verein Frauenhaus Hameln fehlen finanzierte Stundenkapazitäten

Der Verein Frauenhaus Hameln ist in erster Linie zuständig für gewaltbetroffene Frauen aus dem Landkreis Hameln-Pyrmont. Der Landkreis hat ca. 160.000 Einwohner und ist ein sogenannter Flächenlandkreis. Das bedeutet für viele Hilfesuchende, dass sie längere Anfahrtswege in Kauf nehmen müssen, egal ob sie in die Frauenberatungsstelle oder die BISS (Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt) kommen wollen oder in das Frauenhaus aufgenommen werden möchten. Andererseits sind die Beratungsstellen wegen ihrer zentralen Lage gut zu erreichen.

Unter dem Dach des Frauenzentrums Hameln befindet sich zum einen die Beratungsstelle für Frauen und Mädchen. Das Frauenzentrum ist zugleich die Anlaufstelle für Frauen, die nach psychischer und/oder physischer Gewalterfahrung in das Frauenhaus (anonyme Adresse) aufgenommen werden wollen. Auch die BISS ist hier in einem der Räume untergebracht.

In der Beratungsstelle für Frauen und Mädchen sind seit ihrer Genehmigung 2007 zwei Mitarbeiterinnen mit einem Stundenanteil von je zehn Stunden beschäftigt. Sie bieten neben Einzelberatungen derzeit zwei Gruppen an. Sowohl die Gruppe zum Thema „sexuelle Gewalterfahrungen in der Kindheit oder später“, als auch die Gruppe zum Thema „Trennung und Scheidung“ sind von ihnen angeleitete Selbsthilfegruppen. Die beiden Mitarbeiterinnen nehmen an regionalen und überregionalen Arbeitsgruppen teil.

Sie leisten Öffentlichkeitsarbeit und Prävention und unterziehen sich regelmäßig – sofern die Gelder dazu reichen – Supervisionen. Die Beratung umfasst von Gesprächen zu Gewalt, Scheidung und Trennung über Informationsvermittlung für die ersten Schritte bei Trennungen bis hin zu akuter Krisenintervention und gegebenenfalls längerfristiger Gesprächsbegleitung in psychischen Ausnahmesituationen.

In das Frauenzentrum müssen die betroffenen Frauen auch kommen oder dort anrufen, wenn sie in das Frauenhaus aufgenommen werden wollen. Im Frauenhaus, das es seit 1986 gibt, arbeiten derzeit insgesamt fünf Mitarbeiterinnen, die sich die zwei Stellen mit je unterschiedlichem Stundenkontingent teilen. Neben der eigentlichen Arbeit mit den betroffenen Frauen im Frauenhaus nehmen die Mitarbeiterinnen an Landesarbeitsgemeinschaftstreffen der autonomen Frauenhäuser teil, an Fachbereichstreffen des Paritätischen sowie an fachbezogenen Fortbildungen und Supervisionen. Selbstverständlich gehören Öffentlichkeitsarbeit und Prävention zum Aufgabengebiet der Frauenhaus-Mitarbeiterinnen.

Im Hamelner Frauenhaus finden maximal acht Frauen und ihre Kinder Zuflucht vor der psychischen und/oder physischen Gewalt ihrer Partner oder Ehemänner und Familien. Mit sozialpädagogischer Betreuung werden nach dem Prinzip Anleitung zur Selbsthilfe und unter dem Bezugspersonenprinzip mit den Frauen neue Perspektiven

in Richtung auf ein selbstbestimmtes Leben entwickelt. Zur Entlastung der Mütter und Kinder gibt es im Frauenhaus die Möglichkeit der Kinderbetreuung bei einer fachkundigen ausgebildeten Erzieherin und Freizeitpädagogin. Diese Betreuung ist immer besonders wichtig, da für viele Kinder mit dem Umzug ins Frauenhaus ein Kindergartenbesuch nicht mehr möglich ist und am neuen Ort kein neuer Kindergartenplatz auf die Schnelle geschaffen werden kann. Dieser Sachverhalt ist für Mütter und Kinder in dieser Krisenzeit eine zusätzliche besondere Belastung – neben den vielen Ämtergängen.

Die BISS gibt es in Hameln seit 2002. Während der Modellprojektphase standen der Mitarbeiterin etwa 20 Stunden zur Verfügung. Ab 2006 wurde diese Stundenzahl auf 11,5 Stunden entsprechend einem landesweiten Schlüssel reduziert. Neben der Beratung der Frauen, die über polizeiliche Berichte an die BISS gemeldet werden, können hier auch Frauen Informationen erhalten, die sich aus eigenem Interesse an diese Beratungsstelle wenden. Schwerpunkte der Beratung sind: Sicherheitsplanung, Informationen zum Gewaltschutzgesetz, Hilfe beim Stellen von Anträgen auf Schutzanordnung und/ oder Wohnungszuweisung. Die Mitarbeiterin sucht in dringenden Fällen die Opfer häuslicher Gewalt zu Hause auf. Organisation und Durchführung eines jährlich stattfindenden „Runden Tisches Häusliche Gewalt“ werden gemeinsam mit den Frauenhausmitarbeiterinnen ge-

plant. Zweimal pro Jahr findet eine Landesarbeitsgemeinschaft der BISS statt. Aufgrund der Stundenkürzung ab 2006 und gleichzeitig gestiegener Fallzahlen ist eine Teilnahme an Fortbildungen und Supervisionen kaum noch möglich.

Die Auslastung der Beratungsstellen und des Frauenhauses in Hameln ist enorm - trotz der langjährigen Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Beratungsstelle für Frauen und Mädchen wurde von Anfang an gut angenommen, zumal sie an den bereits bekannten Beratungsstellen gut angedockt ist. Auch der Bekanntheitsgrad von Frauenhaus und BISS wirkte sich positiv auf die Startbedingungen für die Annahme der Beratungsstelle für Frauen und Mädchen aus. Die Vernetzung der

Hamelner sozialen Einrichtungen, Rechtsanwaltswesen und Polizei mit dem Frauenzentrum ist stabil und kooperativ. Auffällig in den Beratungen dieser Einrichtung sind die sich häufenden Fälle von Frauen mit großer psychischer Belastung bis hin zu psychiatrischen Erkrankungen. Viele Frauen nutzen die Beratungsstelle, um die langen Wartezeiten auf einen Therapieplatz zu überbrücken. Diese nutzen die Beratungsstelle für eine längerfristige Beratung oder das Gruppenangebot der Trennungs- und Scheidungsgruppe.

In den letzten 22 Jahren haben insgesamt 1.480 Frauen mit ihren 1.507 Kindern im Frauenhaus Hameln gewohnt. Neben den Spitzenauslastungszeiten kurz nach der

Wende ist die Auslastung von 60 Prozent in 2005 auf 87 Prozent in 2008 kontinuierlich gestiegen. Hier könnte ein Zusammenhang mit Hartz IV bestehen, der sich aber anhand unserer relativ kleinen Statistik nicht überprüfen lässt. Nach der Maueröffnung standen eher organisatorische Probleme für die Frauen im Vordergrund (schlechter Wohnungsmarkt, Arbeitsplätze, Krippenplätze). Heute sind Hartz IV, die noch schlechtere Arbeitsmarktlage, Kinderarmut, Schulden und darauf aufbauend erhöhte gesundheitliche und psychische Probleme zusätzliche Schwierigkeiten, mit denen Frauen, die in ein Frauenhaus flüchten oder zur Beratung kommen, sich auseinandersetzen müssen. Diese Tendenzen lassen sich natürlich nicht an den Statis-



Die Mitarbeiterinnen von BISS, Frauenberatungsstelle und Frauenhaus

tiken eines „kleinen“ Frauenhauses und der dazugehörigen Beratungsstellen verifizieren.

Synergieeffekte – Vor- und Nachteile. Die enge Kooperation der drei Beratungsstellen unter dem Dach des Frauenzentrums in Hameln führt zu kurzen Wegen für die betroffenen Frauen sowie für die Mitarbeiterinnen, damit zu rascher Informationsvermittlung und Hilfe, einem guten kollegialen Austausch und darauf aufbauend gebündelter Fachkompetenz. Trotz dieser vorteilhaften Situation gibt es einige Nachteile: Die betroffenen Frauen müssen ihre Geschichte dennoch mehrfach berichten, um die ge-

wünschte Hilfe zu erfahren. Kommt eine Frau beispielsweise in die BISS und wünscht anschließend längerfristige Einzelberatung, kann dieses schließlich nicht von der BISS-Mitarbeiterin genutzt werden, sondern hat in der Beratungsstelle für Frauen und Mädchen zu geschehen, wo sie einer anderen Kollegin übergeben wird. Die Stellenvernetzung von BISS – Beratungsstelle für Mädchen und Frauen – Anlaufstelle für das Frauenhaus erlaubt ein flexibles Reagieren auf den jeweiligen Hilfebedarf, erschwert auf der anderen Seite jedoch ein kontinuierliches Arbeiten und verlässliche Strukturen „in eigener Sache“.

Selbst mit den besten Synergieeffekten lässt sich die fehlende Stundenkapazität aber nicht ausgleichen. Um auf lange Sicht und dauerhafter gute Arbeit leisten zu können, wird dringend eine bessere finanzielle Absicherung benötigt, mit der dann Fortbildung, Supervision und fachliche Qualifizierung sowie Öffentlichkeitsarbeit besser gewährleistet werden können.

Migrantinnen. Der Anteil von Migrantinnen im Frauenhaus Hameln wurde bisher nicht extra ermittelt. Der Erfahrung nach ist der Anteil der Migrantinnen im Frauenhaus jedoch größer als der Anteil in der Gesamtgesellschaft. Die Arbeit mit den Migrantinnen im Frauenhaus ist besonders zeitaufwändig, weil z. B. ein ungeklärter Aufenthaltsstatus diverse andere Probleme nach sich zieht. Dann scheitern oft Beantragungen von Geldern an den fehlenden Ausweispapieren. Zusätzlich gilt es immer wieder die Sprachbarrieren zu überwinden. Gelder für Dolmetscherstunden müssen zusätzlich beschafft werden. Die Frauen fühlen sich zwischen ihrem Herkunftsland und Deutschland hin- und hergerissen, bringen oft sehr traumatische Erlebnisse in ihrem „Lebensrucksack“ mit nach Deutschland, was sich wenn, dann oft sehr dramatisch, in psychischen Erkrankungen und/oder Auffälligkeiten zeigt und das Zusammenleben mit ihnen in einem Frauenhaus wiederum sehr erschweren kann.

Weder die Beratungsstelle für Frauen und Mädchen noch Biss haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass das Frauenhaus eine überflüssige Einrichtung wurde – ganz im Gegenteil!

Für einen Tag

*Einen Tag beginnen, einfach so
Einen Tag nicht kämpfen müssen
Mit inneren Riesen und Ungeheuern
Mit Traurigkeit, die zerreibt
Mit Unzulänglichkeit
Mit sich selber
Und der ganzen Welt
Einen Tag einfach nur mal leben können
Ohne das Gefühl des Andersseins
Ohne die Schuldgefühle
Ohne das Gefühl, es gäbe kein Morgen mehr
Ohne diese Schreie und Schmerzen im Innern
Einen Tag lang
Nur atmen
Und leben
Und sein
Für einen Tag
Einen Körper haben
Einen Verstand
Ein Herz
Und nichts, das schmerzt.*

Lucie

Ein Gedicht aus der Broschüre „Neue Wege - Leben ohne Gewalt“ des Vereins

Sexuelle Gewalt unter Jugendlichen

Die Schaukel in Hannover

Während die Problematik des sexuellen Missbrauchs an Kindern ins öffentliche Bewusstsein gerückt ist, wird die Thematik der sexuellen Gewalt unter Jugendlichen bisher wenig beachtet. Dabei ist sexualisierte Gewalt im Jugendalter – auch quantitativ – ein ernst zu nehmendes Problem. Einer Studie zufolge (Dr. Barbara Krahé und Renate Scheinberger-Olwig, Hogrefe-Verlag, 2002) gab es bei einer Befragung von 456 sexuell erfahrenen weiblichen Jugendlichen mit einem Altersmittelwert von 18,4 Jahren eine Prävalenzrate von 31,3 Prozent für sexuelle Viktimisierungserfahrungen durch einen Beziehungspartner. Mehr als jede zehnte Jugendliche berichtete, von einem Partner durch verbalen Druck zu unfreiwilligen sexuellen Handlungen gebracht worden zu sein, in 3,3 Prozent der Fälle nutzte der Partner die Widerstandsunfähigkeit des Opfers aus. Nur 35,7 Prozent der weiblichen Jugendlichen hatten bislang keinerlei sexuelle Aggression erlebt, alle anderen bejahten zumindest eine der erfragten Formen unfreiwilliger Sexualkontakte.

Eine parallele Befragung von 524 männlichen Jugendlichen mit einem Altersmittelwert von 18,7 Jahren ergab zwar niedrigere Prävalenzen aus der Täterperspektive von 1,1 Prozent für vollzogenen und 1,7 Prozent für versuchten Geschlechtsverkehr gegen den Willen einer Partnerin, doch gab mehr als ein Drittel an, schon einmal eine Partnerin durch verbale Aggression gegen ihren Willen zu sexuellen Handlungen gebracht zu haben (Dr.

Barbara Krahé in IzKK-Nachrichten – Sexuelle Gewalterfahrungen im Jugendalter 1/2008).

Eine gute Auseinandersetzung mit dem Thema ermöglicht die gelungene Inszenierung des Theaterstücks von Edna Mazya „Die Schaukel“ des jungen schauspielhannover. Das Theaterstück hatte in Hannover am 10. Oktober 2008 Premiere. Im Vorfeld wandten sich die Dramaturgin und die Schauspielerinnen und -spieler an die Fachberatungsstelle Violetta, einer Mitgliedsorganisation des Paritätischen, mit der Bitte um fachliche Begleitung. Mitarbeiterinnen von Violetta begleiteten die Premiere und unterstützten die Kolleginnen und Kollegen der Theaterpädagogik bei der Erstellung einer Materialmappe für Lehrkräfte, damit diese das Thema nach dem Theaterbesuch im Unterricht aufbereiten können.

„Die Schaukel“ bietet an verschiedenen Stellen und auf verschiedenen Ebenen gute Möglichkeiten, präventiv zu arbeiten. Auf Grundlage dieses Theaterstücks mit realem Hintergrund können wichtige Problempunkte sexualisierter Gewalt mit Jugendlichen besprochen werden: das Problem der „uneindeutigen Kommunikation“ und der daraus resultierenden Missverständnisse als ein Auslöser für sexuelle Übergriffe, die Bedeutung von Peer-Groups im Hinblick auf sexualisierte Übergriffe durch Gleichaltrige (im Sinne von Gruppendynamik und Gruppendruck) und der Konsum von Alkohol als ein gravie-

render Risikofaktor sowohl auf Täter- wie auch auf Opferseite.

Diese Kooperation fand zum 20-jährigen Jubiläum von Violetta am 20. März eine Fortsetzung. Nach einer Aufführung bot Violetta zusammen mit dem Theaterpädagogen des jungen schauspielhannover geladenen Gästen aus Politik, dem Fachkommissariat für Sexualdelikte, dem Jugendamt, Opferhilfeeinrichtungen und Beratungsstellen sowie Schülerinnen und Schüler einer 10. Klasse der IGS-Linden die Möglichkeit zum Austausch mit den Darstellern. Mit Standbildern und Tischgesprächen wurden zu einigen Aspekten des Stücks gearbeitet:

- Die Themen „Mitläufer“ und „Zivilcourage“ – „wenn ich eingreife, bin ich raus“
- das Thema „Grenzen“ – „ich tue alles, um dazuzugehören“
- das Thema „Verantwortung“ – „Sie hat es ja so gewollt“ und „Wer die Macht hat, trägt die Verantwortung, immer“

Darüber hinaus nutzten die Jugendlichen in den Tischgesprächen die Gelegenheit zu äußern, was sie sich an Veränderung und Unterstützung in Hannover wünschen.

Informationen und Materialien

Violetta

Verein gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und jungen Frauen

Tel. 0511 855554

Fax: 0511 855594

E-Mail: info@violetta-hannover.de

„Ich dachte sonst immer, ich bin ein Außerirdischer!“

Kinder und häusliche Gewalt

Untersuchungen des Deutschen Jugendinstitutes belegen erhebliche psychosoziale Belastungen bei Kindern, die häusliche Gewalt miterlebt haben. Zeuge von Partnerschaftsgewalt zwischen Eltern zu werden, schädigt Mädchen und Jungen nachhaltig. Kinder misshandelter Mütter leiden fast immer an einer Vielzahl von Verhaltensstörungen und emotionalen und kognitiven Langzeit-Problemen. In der Regel treten verstörende und schmerzhaft beeinträchtigende Befindlichkeit und Schulprobleme auf. Häufig sind posttraumatische Belastungsreaktionen und sozial unangepasste Konfliktlösungsmuster. Stark vermehrt zeigen sich Ängstlichkeit, sozialer Rückzug, Traurigkeit und aggressives Verhalten. Kinder als

Opfer häuslicher Gewalt haben ein fünffach erhöhtes Risiko behandlungsbedürftiger psychiatrischer Erkrankungen. Psychotherapeutischer Behandlungsbedarf wird bei einem bis zwei Drittel angenommen.

Das Klima von Gewalt und ständiger Bedrohung, das häufig einher geht mit Isolation der Familie, Schuld- und Schamgefühlen, belastet Jungen und Mädchen schwer. Die Last „Geheimnisträger“ zu sein und nach außen die Gewaltproblematik in der Familie verbergen zu müssen, überfordert zusätzlich. Nicht selten brechen alle Kontakte zu Gleichaltrigen ab. In einer Atmosphäre häuslicher Gewalt werden darüber hinaus häufig auch die Kin-

der selbst vernachlässigt, misshandelt oder sexuell missbraucht.

Seit 1997 ist in Hannover das Hannoversche Interventionsprojekt gegen Männergewalt in der Familie (HAIP) institutionalisiert. Ausgehend von polizeilichen Einsätzen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt wird ein vielschichtiger, multi-institutioneller und –professioneller Interventionsverlauf in Gang gesetzt. Sozialwissenschaftliche Studien untermauern jedoch die Einschätzung, dass die Situation von Kindern misshandelter Mütter noch nicht ausreichend in den Blick der Fachkräfte gelangt ist. Der Tatsache, dass Kinder nicht nur als „Anhängsel“ ihrer Mütter verstanden werden dürfen und im Falle



Auch die Kinder leiden unter häuslicher Gewalt

Foto: Photocase

(polizeilicher) Intervention als eigenständig Geschädigte wahrgenommen werden müssen, trägt seit 2001 im HAIP-Verbund die Arbeitsgruppe „Kinder und Jugendliche mit Gewalterfahrungen im häuslichen Bereich“ Rechnung. Diese untersucht die Interventionskette aus Sicht der betroffenen Kinder und treibt die entsprechenden Angebote voran. Im Rahmen von HAIP ist das Kinderschutz-Zentrum in Hannover Koordinierungsstelle für betroffene Kinder. Es steht Mädchen, Jungen und ihren Eltern und psychosozialen Fachkräften als Kontakt- und Beratungsstelle zur Verfügung. Im Bereich Begleiteter Umgang werden zusätzlich Mütter und Väter nach häuslicher Gewalt betreut.

Seit fünf Jahren bestehen im Kinderschutz-Zentrum, dessen Träger der Deutsche Kinderschutzbund ist, Gruppenangebote für Mädchen und Jungen, die häusliche Gewalt erlebt haben. Die Gruppen, die ein Familien- und Traumatherapeut und eine analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeutin leiten, kommen an zwölf Terminen für eineinhalb Stunden nachmittags zusammen. Beratungen mit den Müttern und – nach individueller Situation – Vätern und den beteiligten Fachkräften ergänzen das Angebot.

Das Gruppenangebot für betroffene Kinder setzt ein, wenn die Gewalt im häuslichen Zusammenleben beendet ist. Dies ist entweder dann der Fall, wenn der gewalttätige Partner – in den meisten Fällen der Vater – nachhaltig von der Gewalt gelassen hat oder wenn eine Beendigung der Beziehung und des häuslichen Zusammenlebens mit dem Gewalttäter vollzogen wur-

den. Das Angebot dient dem Schutz der Kinder (und Mütter), indem es die Möglichkeit eröffnet, von Bedrohungen und erneuter Gewalt zu berichten, entsprechende Hilfeprozesse zu vermitteln und die Betroffenen für den Fall wiederkehrender Gewaltverhältnisse präventiv zu stärken.

Im Vordergrund steht die Stabilisierung der Kinder in ihrer gegenwärtigen psychischen Situation durch Entlastung, Ich-Stärkung, Enttabuisierung erlebter Belastungen und Stärkung der sozialen Kompetenzen. Das Erlebnis, auf andere Kinder zu treffen, die wesentliche Teile ihrer Problematik aus eigenem Erleben verstehen können, stellt für die meisten eine zentrale Erleichterung und Mut machende neue Erfahrung dar. Für viele der Jungen und Mädchen bedeutet diese Begegnung die erste unbelastete Kontaktaufnahme zu Gleichaltrigen. Die Gruppen tragen zur psychischen Verarbeitung erlebter Gewalt bei, indem sie Kindern ermöglichen, ihr Erleben auszudrücken, zu verstehen und dabei Annahme zu erfahren. Eine weitere Funktion des Gruppenangebotes liegt in der Unterstützung für die Mütter. Sie werden in der Lösung aktueller Erziehungsproblematiken und in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt.

Die umfangreichen Erfahrungen des Kinderschutz-Zentrums in Hannover mit Kindern als Opfer von häuslicher Gewalt führen zu einer regen Nachfrage nach entsprechenden Fortbildungen. Im vergangenen Jahr gab es Beiträge vor allem im Landespräventionsrat Niedersachsen, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen und Gesundheit, eigene Fortbildungen zum The-

ma „Kinder misshandelter Mütter – Anforderungen an die Jugendhilfe“, Vorträge über „Gruppenangebote für Kinder misshandelter Mütter“, den Fachkongress „Hilfe, meine Eltern schlagen sich!“ und einen Workshop „Kindergruppen nach häuslicher Gewalt“ in Leipzig. Im Kinderschutz-Zentrum in Hannover fand zuletzt der Workshop „Mut tut gut - Unterstützung für Kinder als Opfer häuslicher Gewalt in der Praxis“ statt. Besonderen Fokus auf die Situation von Jungen bei häuslicher Gewalt setzte kürzlich ein Workshop zum Thema „Jungen und häusliche Gewalt – heute Opfer morgen Täter?“. An betroffene Grundschul-Kinder richtet sich die 16-seitige Broschüre „Zuhause bei Schulzes“, die kindgerecht die Dynamik häuslicher Gewalt erläutert und ermutigt, sich helfen zu lassen. Ein Informationsblatt für Fachkräfte und Eltern ist jeweils beigelegt. Das Angebot von Gruppen sowie die Materialentwicklung (wie die Neuauflage von „Zuhause bei Schulzes“ 2008) sind durch Spenden und Stiftungsmittel möglich.

In einer Arbeitsgruppe „Prävention häuslicher Gewalt“ beim Landespräventionsrat arbeitet das Kinderschutz-Zentrum in Hannover gegenwärtig mit an der Entwicklung von Umsetzungsvorschlägen für den Aktionsplan II der Landesregierung gegen häusliche Gewalt. Diese können im Internet abgerufen werden unter www.kriminalpraevention.niedersachsen.de

Kontakt

Kinderschutz-Zentrum in Hannover

Tel. 0511 3743478

E-Mail: info@ksz-hannover.de

Web: www.ksz-hannover.de

Kinder sind mehr wert ...

Kampagne der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Bildungsarbeit in Kindertageseinrichtungen fordert die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen. Deshalb wenden sich die Verbände mit der Kampagne „Kinder sind mehr wert“ an Politik, Fachleute und Öffentlichkeit.

Die Bedeutung der frühen Bildung wird gesamtgesellschaftlich immer noch unterschätzt. Die Gesellschaft benötigt Menschen, die den Herausforderungen einer globalen Welt gewachsen sind. Nachfolgende Generationen müssen in Deutschland berufliche Perspektiven finden. Sie sollen für die Mitgestaltung eines von humanistischen Werten getragenen Zusammenlebens in Gesellschaft und Familie Verantwortung übernehmen. Für Kindertageseinrichtungen ist eben dies keine Vision. Die Grundlagen dafür spiegeln sich bereits bundesweit in den verschiedenen Bildungsplänen für den Elementarbereich wider.

Schon längst haben Kindertageseinrichtungen die Anforderungen aus dem „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung im Elementarbereich niedersächsischer Tageseinrichtungen für Kinder“ konzeptionell aufgegriffen und umgesetzt. Darüber hinaus stellen sie sich ständig den aktuellen politischen, gesellschaftlichen und familiären Erfordernissen. Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, dass die vorhandenen personellen und institutionellen Rahmenbedingungen immer weniger ausreichen, um den gesetzlichen Erziehungs-

, Bildungs- und Betreuungsauftrag angemessen umzusetzen.

Zum Wohl der Kinder müssen deshalb Energien und Ressourcen zugunsten guter Rahmenbedingungen in Kindertageseinrichtungen gebündelt werden. Es bedarf eines politischen und gesellschaftlichen Konsenses, in dem sich Entscheidungsträger gemeinsam für ein gerechtes Aufwachsen von Kindern in Niedersachsen einsetzen. Dabei ist das Land gefordert, sich in seiner Verantwortung an diesen offensichtlichen Bildungskosten zu beteiligen. Die gestiegenen Qualitätsanforderungen haben ihren Preis, der in bisherigen Kostenkalkulationen kaum berücksichtigt wurde. Die Landesarbeitsgemeinschaft fordert eine Verbesserung der gesetzlichen Vorgaben für die Erziehungs- und Bildungsarbeit in niedersächsischen Kindertageseinrichtungen.

Maximale Fachkraft-Kind-Relation und Gruppengröße.

Durch wie viele Kinder lässt sich Aufmerksamkeit teilen? Verlässliche Beziehungen zwischen Fachkraft und Kind sind eine wesentliche Voraussetzung für dessen Lernentwicklung. Die Qualität der pädagogischen Prozesse und die individuelle kindbezogene Begleitung sind umso besser, je günstiger die Fachkraft-Kind-Relation ist und je kleiner die Gruppen sind. Die bildungspolitischen Ansprüche der letzten Jahre sowie die im Orientierungsplan formulierten Forderungen können nur bei angemessener Gruppengröße und

Fachkraft-Kind-Relation umgesetzt werden. Deshalb fordern die Verbände einen Schlüssel von bei Unter-Dreijährigen vier Kindern pro Fachkraft bei einer Gruppengröße von zwölf Kindern und bei Über-Dreijährigen von acht Kindern pro Fachkraft bei einer Gruppengröße von 15 Kindern. Bei der Festlegung dieses Personalstandards ist zu berücksichtigen, dass Vertretungskräfte für Ausfallzeiten durch Krankheit, Urlaub, Fortbildung usw. zur Verfügung stehen.

Verbindliche Bereitstellung von mittelbarer pädagogischer Arbeitszeit.

Neben der unmittelbaren pädagogischen Arbeit mit den Kindern ist die mittelbare pädagogische Arbeitszeit der Fachkräfte auf 20 Prozent der jährlichen Arbeitszeit zu erhöhen. Insbesondere durch die aktuelle Bildungsdiskussion und die Anforderung an eine entsprechende Bildungsarbeit, sind die fachlichen Anforderungen in den letzten Jahren erheblich gewachsen. Dies ist bei der Berechnung der benötigten mittelbaren pädagogischen Arbeitszeit zu berücksichtigen. Diese beinhaltet unter anderem Beobachtung und Dokumentation, Reflexion der Arbeit, Zusammenarbeit mit Eltern, Kooperation mit Institutionen und fachbezogene Fort- und Weiterbildung.

Angemessene Freistellung für Leitungsaufgaben.

Ab 60 genehmigten Plätzen ist eine volle Freistellung der Leitung erforderlich. Unterhalb von 60 genehmigten Plätzen muss eine anteilige Frei-



stellung der Leitungskräfte erfolgen. Wie jedes leistungsfähige Unternehmen brauchen Kindertageseinrichtungen Leitungskräfte, die sich den organisatorischen, strategischen und konzeptionellen Aufgaben widmen. Auch in diesem Arbeitsfeld sind die Anforderungen und Aufgaben in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Dazu gehören unter anderem Umsetzung des Bildungsauftrages, Verantwortung für Konzeptentwicklung, Personalführung und -entwicklung, Qualitätssicherung und -entwicklung sowie Planung, Abrechnung, Verwaltung.

Aufwertung der Raumstandards. Die Größe der Gruppenräume ist so zu bemessen, dass für jedes Kind vier Quadratmeter im Elementarbereich und sechs Quadratmeter im Krippenbereich zur Verfügung stehen. Um dauerhaft zu gewährleisten, dass ein hoch-

wertiges Raumangebot in Kindertageseinrichtungen zur Verfügung steht, sind neben den Investitionen für Neubauten ausreichende Mittel für Sanierung und Instandhaltung vorzusehen. Zu den wesentlichen Merkmalen der Strukturqualität in Kindertageseinrichtungen zählt die bauliche und räumliche Ausstattung. Von dessen Möglichkeiten hängt die pädagogische Arbeit der Fachkräfte ab. Auch die Ansprüche an Raum und Ausstattung haben sich unter den veränderten Anforderungen weiterentwickelt. In den letzten Jahren wurden nur geringe Mittel zum Erhalt und zur Modernisierung von Kindertageseinrichtungen zur Verfügung gestellt. Die Folge ist ein erheblicher Sanierungs- und Modernisierungstau. Dadurch entsprechen viele Kindertageseinrichtungen nicht mehr den aktuellen Anforderungen an ei-

ne anregungsreiche Lern- und Entwicklungsumgebung für Kinder.

Gute Qualifikation der pädagogischen Fachkräfte. Um den differenzierten und wachsenden Anforderungen in den Kindertageseinrichtungen gerecht zu werden, müssen die pädagogischen Fachkräfte in einer Kindertageseinrichtung mindestens eine Qualifikation als Erzieherin haben. In keinem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sind die Anforderungen an die Fachkräfte so deutlich formuliert, wie in der Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII. Der Katalog des § 22 ff. geht von den Grundaufgaben der Erziehung, Bildung und Betreuung, der Elternarbeit, der Konzeptentwicklung, der Umsetzung von Evaluationsverfahren, der Vernetzung im Gemeinwesen und einer intensiven Kooperation mit Schulen aus. Darüber hinaus wird geschlechter-

sensibel, interkulturell kompetent und partizipationsorientiert gearbeitet. Die Sprachförderung und die Dokumentation von individuellen Entwicklungsverläufen sind genau so selbstverständlich wie die Fähigkeit zur Förderung von Kindern mit Behinderungen. Diese differenzierten Anforderungen müssen zu einer Neubestimmung der Qualifikationsstruktur bei den Fachkräften führen. Die Erwartungshaltung, dass pädagogische Fachkräfte geringer qualifiziert sein müssen je jünger die Kinder sind, ist nicht nachzuvollziehen. Um optimale Grundlagen für die Entwicklungsbiografie von Kindern zu legen, muss gerade im Elementarbereich die bestmögliche Erziehung, Bildung und Betreuung sichergestellt werden. Vor diesem Hintergrund ist eine Zusammensetzung der Teams aus sich ergänzenden Qualifikationsprofilen sinnvoll. Diese führt zu einer stärkeren Differenzierung des Berufsfeldes und erhöht die fachliche Qualifika-

tion der Arbeit. Damit wird das Arbeitsfeld attraktiv und erfährt eine Aufwertung. In diesem Zusammenhang ist mittel- bis langfristig eine Neujustierung bei der Bezahlung der pädagogischen Fachkräfte unter Berücksichtigung der vorhandenen Qualifikationen notwendig.

Gewährleistung von Fachberatung. Um eine qualifizierte und prozessbegleitende Fachberatung sicherstellen zu können, sollte eine Fachberatung für maximal 50 Einrichtungen zuständig sein. Ein gut ausgebautes und qualifiziertes Netz von Fachberatung und Fachdiensten ist unverzichtbar, um dem Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsanspruch von Kindern in Kindertageseinrichtungen gerecht zu werden. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Implementierung des Orientierungsplans und trägt mit ihren umfangreichen Fortbildungsangeboten wesentlich zur Qualifizierung der Fachkräfte in den Einrichtungen

bei. Deshalb ist es erforderlich, Fachberatung und Fachdienste als integralen Bestandteil des gesamten Systems der Kinderbetreuung sicherzustellen und deren Finanzierung zu gewährleisten.

Im Rahmen der Kampagne sollen auf regionaler Ebene von den Verbänden mehrere Fachveranstaltungen zu unterschiedlichen Themen angeboten werden. Termine und weitere Informationen zur Kampagne sind im Internet abrufbar: www.kinder-sind-mehr-wert.de

KINDER SIND
MEHR WERT...

Eine Kampagne der Landesarbeitsgemeinschaft
der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen

Famulla: „Politik darf Vergabe von Heroinersatz nicht länger blockieren“

Der Paritätische fordert schnelle Gesetzesänderung

„Die Heroinvergabeprojekte wie das in Hannover sind von allen Experten bescheinigte Erfolgsmodelle“, meint **Günter Famulla**, Vorsitzender des Paritätischen Niedersachsen. „Es ist ein Skandal, dass sich dieser erfolgreiche Weg, süchtigen Menschen zu helfen, einfach in einer Sackgasse politischem Geplänkel verlieren soll. Wir rufen im Interesse der Menschen die CDU auf, ohne weitere Verzögerung auf Bundesebene die gesetzliche Grundlage zu schaffen, um Schwerstabhängigen weiterhin auf diese Weise helfen zu können.“

Anlass der Kritik des Paritätischen ist die Weigerung der Union, einer notwendigen Gesetzesänderung zuzustimmen. Diese würde die

Vergabe von Heroinersatzstoffen unter ärztlicher Aufsicht legalisieren. Das Betäubungsmittelgesetz verbietet dies bislang. Famulla dazu: „Politik darf Vergabe von Heroinersatz nicht länger blockieren. Ich fordere die Abgeordneten deshalb auf, die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Kenntnis zu nehmen und ihren ideologischen Widerstand gegenüber diesem wichtigen Thema aufzugeben. Wir benötigen keine weiteren Studien oder Projekte, denn die Ergebnisse der Modellstudien sind eindeutig.“

Unter anderem zeigt ein Projekt der STEP, einer Tochtergesellschaft des Paritätischen, wie erfolgreich die Vergabe von Ersatzdrogen ist. Unter strenger ärztlicher Kontrolle

erhalten Schwerstabhängigen Heroinersatz. Als unbestrittene Folge ist deutlich zu beobachten, wie die Süchtigen sich aus der Drogenszene lösen und die Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben möglich ist und stattfindet.

„Es ist unverantwortlich den Menschen gegenüber, ihnen eine erfolgreiche Therapiemöglichkeit zu verweigern. Ohne diese droht ein Rückfall in die Abhängigkeit, die Rückkehr in die Drogenszene mit allen Begleiterscheinungen und speziell bei diesen Abhängigen sogar der Tod. Deshalb muss das Gesetz endlich geändert werden,“ so Famulla.

Einsatz an der Nordseeküste

DLRG sucht Rettungsschwimmer

Für die diesjährige Vor- und Nachsaison sucht die DLRG Niedersachsen noch Rettungsschwimmer. Gegen Unterkunft und ein kleines Taschengeld können interessierte Menschen an den beliebten Urlaubsorten der niedersächsischen Nordseeküste und den Ostfriesischen Inseln ihre Freizeit sinnvoll nutzen. Voraussetzungen sind ein Mindestalter von 16 Jahren, das Rettungsschwimmerabzeichen in Silber, eine aktuelle Erste Hilfe-Ausbildung sowie gesundheitliche und sportliche Fitness.

Professionell bewachte Strände geben den Bürgerinnen und Bürgern sowie Gästen ein „Mehr an Sicherheit“. Rettungsschwimmer der DLRG sind von den Küsten und Stränden Niedersachsens nicht mehr wegzudenken. Zwischen Borkum und Wangerooge, sowie Cuxhaven und Norddeich werden die Strände durch Rettungsschwimmer des DLRG Landesverbandes Niedersachsen ehrenamtlich bewacht. Oft reichen aber die personellen Kräfte nicht aus, um die gesamte Saison von April bis Oktober abzudecken, denn die DLRG benötigt dafür jährlich um die 500 Ret-

tungsschwimmer. Für den Zeitraum vom 01. Mai bis 27. Juni und für den Zeitraum vom 01. September bis 25. Oktober 2009 sucht die DLRG für die Standorte Borkum, Baltrum, Langeoog, Wangerooge, Cuxhaven, Burhave für die ffn-Nordseelagune, Dangast, Wilhelmshaven und Norddeich noch Freiwillige.

Informationen

DLRG

Landesverband Niedersachsen

Tel. 05723 946394

E-Mail: zwrld@nds.dlrg.de

Web: www.nds.dlrg.de

Ringen um Normalität

Das Leben mit HIV-positiven Kindern

Unsere Pflegekinder, im folgenden Benjamin und Christian genannt, erleben zurzeit den beginnenden Frühling voller Entdeckungsgeist. Sie sind jetzt sechs und neun Jahre alt und leben inzwischen seit drei Jahren in unserer Familie.

Beinahe täglich wird beim gemeinsamen Frühstück über die bevorstehenden besonderen Ereignisse gesprochen, über den Geburtstag von Benjamin, über das Osterfest, die Schulferien und die bevorstehende Einschulung von Benjamin nach den Sommerferien. Eine spannende Zeit! Viele Fragen werden gestellt. Warum feiern wir das Osterfest? Welche Kinder aus dem Kindergarten werden zum Geburtstag eingeladen? Gibt es eine Schatzsuche? Welche Wünsche haben Priorität? Auf jeden Fall soll es eine Puppe mit braunen Haaren sein. Aber ein neues Fahrrad wäre auch sehr schön. Die Jungen planen, äußern Wünsche und erleben eine große Vorfreude in Bezug auf die bevorstehenden Ereignisse. Sie beobachten die jahreszeitlich bedingten Veränderungen in der Natur sehr genau und haben beide immer viele Ideen, welche Freizeitmöglichkeiten die jeweilige Wetterlage gerade bietet.

Unsere gemeinsame freie Zeit ist geprägt von einer aktiven Freizeitgestaltung, beide Jungen lassen keine Langeweile aufkommen. Vieles in unserem Alltag erscheint „völlig normal“, so wie in anderen Familien auch. Wir verbringen viele schöne Stunden miteinander, wir streiten und vertragen uns. Wir lieben gemeinsame Fahrradtouren, die Na-

tur und Spielnachmittage am Kamin. Beide Kinder malen leidenschaftlich gern und verbringen viele Stunden damit. Die Jungen haben Hobbys, der eine reitet und berichtet liebevoll von Erlebnissen mit „seinem Pferd“, der andere ist Mitglied in diversen Sportvereinen und in einer kirchlichen Kindergruppe.

Nur bei genauen Hinschauen wird für Außenstehende deutlich, dass wir ein zum Teil ungewöhnliches Leben führen. Evtl. ist auch erkennbar, dass eine recht umfangreiche Organisation hinter dem gesamten Konstrukt steht. Eine breite Vernetzung, die Belastungen des Alltags auf viele Schultern verteilt und damit eine große Beziehungsintensität in der Familie ermöglicht.

„Unsere Jungs“ sind HIV-positiv und haben damit eine nach wie vor tödlich verlaufende Erkrankung zu verkraften. Hinzu kommt bei beiden Kindern eine stark belastete Entwicklungsgeschichte, die schwere Traumatisierungen zur Folge hat. Aufgrund dieser Verknüpfung der Belastungen erleben wir als Pflegeeltern das Leben mit den Kindern immer wieder als eine „Achterbahnfahrt“, es ist langfristig nur wenig planbar. Hinzu kommt die gesellschaftliche Tabuisierung der Erkrankung. Betroffene müssen in ihrem Alltag häufig mit zahlreichen „Lügen“ leben. Das bekannt werden ihrer Infektion hinterlässt bei vielen Menschen eine große Irritation und diffuse Ängste. Informationen und die übliche Aufklärung können an diesem Verhalten bisher nur wenig verändern.

Obwohl wir als Familie von zahlreichen Menschen umgeben sind, die nicht wegschauen, die keine Vorurteile haben, besteht die Sorge, dass andere Personen, z. B. die Eltern von Christians Mitschülern, von der Infektion erfahren und wenig reflektiert reagieren. Die adäquate Bewertung der Erkrankung erfordert eine Auseinandersetzung mit den Fakten. Passiert dies, kann die Angst vor einer Ansteckung weitgehend reduziert werden. Für diesen Prozess ist jedoch eine vorurteilsfreie Offenheit notwendig, die wir als Familie in einigen sozialen Zusammenhängen nicht erwarten. Diese Einschätzung basiert auf bisherige deprimierende Erfahrungen und auf Gesprächen mit anderen Betroffenen.

So scheiterten vor zwei Jahren alle Versuche, Christian auf einer Privatschule anzumelden. Trotz intensiver Vorbereitung stand die Sorge um die Reaktion anderer Eltern und damit ein wirtschaftliches Interesse der Schulen im Vordergrund.

Für uns wurde in den vergangenen Jahren deutlich, dass die Akzeptanz und die Möglichkeit der Integration unserer Kinder nur bedingt mit der fachlichen Qualifikation von Menschen einhergeht. Die Suche nach einem geeigneten Zahnarzt gestaltete sich ebenso schwierig, wie die Auswahl des Kinderarztes. Auch in Institutionen der Jugendhilfe trafen wir wiederholt auf Unverständnis. Unser soziales Netz wird von Menschen geprägt, die uns mit Interesse und vielen Fragen begegnen. Von Menschen die offen sind für

eine Auseinandersetzung mit der HIV-Problematik. Vor allem aber von Menschen die Christian und Benjamin gern haben, die sich mitreißen lassen von Benjamins großer Emotionalität und seiner unbändigen Freude am Leben. Die Christians Bemühungen um Zugehörigkeit und Zuneigung erkennen, seine Interessen und Stärken registrieren. Menschen, die einen Blick für die liebenswerten Charaktereigenschaften der beiden Kinder haben. Dazu gehören Menschen die wir für ihre Betreuungsleistung bezahlen, die aber unbezahlbares in ihre „Arbeit“ einbringen. Dazu gehört unsere Familie, die den Kindern mit einer großen Herzlichkeit begegnet. Freunde und Nachbarn, die uns in Krisen zur Seite stehen, die aktiv an unserem Leben teilnehmen.

Unser Kinderarzt sowie der behandelnde Arzt aus der „Immun-Ambulanz“, der sich neben seiner Tätigkeit um eine umfassende psychosoziale Begleitung der Kinder bemüht. Außerdem ein Pflegedienst, der uns eine zeitnahe und kompetente Begleitung bei besonderen gesundheitlichen Anforderungen bietet. Die Beratung durch die Aids-Hilfe war in der Vergangenheit auch immer wieder erforderlich. Sie hilft uns, auch extreme Anforderungen zu bewältigen und die belastenden Ereignisse adäquat einzuordnen. Als Erziehungsstelle gehören wir einem freien Träger an, der uns durch eine kompetente Fachberatung und Supervision begleitet. Der eine zuverlässige Krisenintervention bei Bedarf gewährleistet. Zu diesem Träger gehören weitere Erziehungs-

stellen, diese Familien ermöglichen uns einen geschützten freien Umgang mit unseren besonderen Anforderungen. In den Familien erleben wir keinerlei Berührungängste. Dieses soziale Netz hat sich in der Vergangenheit als tragfähig erwiesen. Es hindert uns Pflegeeltern daran, uns sozial zu isolieren und in gesundheitlichen sowie psychosozialen Krisen die „Zugbrücke hochziehen“.

Erst vor wenigen Wochen belasteten uns die Folgen einer Medikamentenumstellung bei Benjamin erheblich. Er reagierte auf ein neues Medikament mit schweren Nebenwirkungen, zu denen neben einem heftigen Hautauschlag, auch eine lang anhaltende Appetitlosigkeit bei ständiger Übelkeit und täglich



Das von den Kindern selbst gemalte Bild drückt sehr anschaulich ihre Gefühlslage aus

mehrfachen Erbrechen gehörte. Eine Normalisierung in der Ernährung, die in den vergangenen Jahren bei Benjamin in vielen kleinen Schritten erreicht wurde, schien innerhalb weniger Tage verloren gegangen zu sein. Den weiteren Gewichtsverlust bei einem permanenten Untergewicht beobachteten wir voller Sorge. Er wirkte sehr erschöpft, klagte über Knochen- und Kopfschmerzen, konnte zeitweise kaum noch laufen. Das Wissen um die besondere Problematik derartiger Entwicklungen für Menschen mit einer HIV-Infek-

tion belastete uns sehr. Jede schwere Erkrankung ermöglicht dem Virus unter Umständen eine "Überwältigung" des Immunsystems und somit die Entwicklung vom Stadium der HIV-Infektion zum Stadium der Aids-Erkrankung. Benjamin hat jetzt nach fünf Wochen diese gesundheitliche Krise noch nicht überwunden, aber es geht ihm deutlich besser. Wie sich schon in der Vergangenheit zeigte, verfügt er über eine beeindruckende Kompensationsfähigkeit. Er steckt wieder voller Tatendrang, oftmals hat es den

Anschein, als müsste er die „verlorene Zeit“ nachholen, als hätte der Tag nicht genügend Stunden für die Verwirklichung seiner Interessen.

Geblieben ist vor allem die schwierige Bewältigung einer adäquaten Ernährung. Benjamin verspürt selten ein natürliches Hungergefühl, erbricht nach wie vor häufig. Eine mehrwöchige Esstherapie in einem Krankenhaus brachte im vergangenen Jahr deutliche Fortschritte, die in der aktuellen Situation nicht mehr umsetzbar sind. Wir als seine Pflegeeltern erleben, wie massiv sich diese gesundheitlichen Krisen auf unser eigenes Befinden auswirken. In der Krise sind wir sehr präsent, handeln differenziert und zunehmend kompetent. Wir registrieren wie unterstützend unser medizinisch/soziales Netz funktioniert. Und trotz allem haben wir das Gefühl, das nach einer derartigen Phase, eine Entspannung nur sukzessive eintritt.

Bei Benjamin wurde die Infektion bereits unmittelbar nach seiner Geburt diagnostiziert und mit entsprechenden Medikamenten behandelt. Bei Christian wurde die Erkrankung erst mit sechs Jahren festgestellt. Auch er wird wie sein Pflegebruder alle drei Monate in der Immunambulanz untersucht. Die regelmäßigen Blutuntersuchungen bei ihm ergaben bisher nicht die Notwendigkeit, ihn medikamentös einzustellen.

Ein erstes behutsames Gespräch mit dem behandelnden Arzt in der HIV-Ambulanz, löste nach der Diagnose zahlreiche Fragen bei dem Jungen aus. Zum Teil Fragen, die wohl niemand nach den ersten kindgerechten Informationen erwartet



Ein weiteres Bild der Kinder

hätte. Christian ist klug und ein guter Beobachter. Die Entwicklung in seiner Herkunftsfamilie verlief jedoch nicht altersadäquat. Einerseits fand wenig angemessene Förderung statt, andererseits konsumierte er Medien, die ihn völlig überforderten. Seine Vorstellungen und seine Phantasie wurden durch Bilder geprägt, die ihn bis heute schwer belasten. Christians Beschäftigung bestand ausschließlich darin, dass er sich mit gewalttätigen Filmen und Computerspielen beschäftigte. Diese Eindrücke haben ihn neben weiteren Gewalterfahrungen schwer traumatisiert. Nach dem Herausnehmen aus seiner Familie musste er mühevoll lernen, Kind zu sein. Wobei dieses Lernen im Wesentlichen darin bestand, Verantwortung an Erwachsene abzugeben, zu vertrauen und Schwäche zuzulassen. In den ersten Monaten, die er in unserer Familie lebte, schlief er, wie offensichtlich schon seit langer Zeit, keine Nacht durch. Angstbesetzte Träume belasteten ihn massiv. In seinen Träumen wurde er auf jede erdenkliche Art und Weise getötet. Szenen aus Horrorfilmen und Computerspielen verbanden sich mit eigenen realen Ängsten zu einer belastenden Konstellation. Tagsüber wurde sein Spielen ausschließlich von kriegerischen Auseinandersetzungen geprägt, von Wesen, die „viele Leben“ hatten, von anderen Wesen die Opfer und damit Gewaltexzessen ausgeliefert waren.

Inzwischen hat Christian sich zu einem Jungen entwickelt, der zahlreiche intellektuelle Angebote aufgreift, der eine große Bildungsmotivation zeigt. Wir als seine Pflegeeltern sind fasziniert von seiner Lernfähigkeit, von seiner Interessenvielfalt, davon, mit ihm einen

vielschichtigen und abwechslungsreichen Alltag erleben zu dürfen. Wir sind tief beeindruckt von seinen musischen Interessen, von seiner Leidenschaft für Diskussionen: „Ist das jetzt ein Argument? Wie können wir einen Kompromiss erreichen?“. Zunehmend entwickelt er ein erkennbares Selbstbewusstsein aufgrund seiner umfangreichen Kompetenzen. Stärke definiert er immer seltener durch eine körperliche Überlegenheit. Auf der theoretischen Ebene verfügt Christian über eine außerordentliche soziale Intelligenz, in der Praxis benötigt er aber Menschen, die ihm durch klare Strukturen und eindeutige Grenzen Orientierung und Halt bieten. Eine enge Begleitung durch den Alltag ist unbedingt erforderlich. Ebenso ein intensiver Austausch zwischen den Lehrkräften seiner Schule und uns Pflegeeltern. Diese Zusammenarbeit funktioniert vor allem mit seiner Klassenlehrerin hervorragend.

Oftmals genügen minimale Auslöser, um bei Christian extreme Verhaltensweisen zu provozieren. Die Bewältigung der daraus resultierenden, zum Teil schweren Konflikte, haben bisher eine weitere Intensivierung der innerfamiliären Beziehungen zur Folge. Krisen ermöglichen häufig einen unverstellten Blick auf die Ursachen des unangemessenen Verhaltens. Hier finden sich intensive Ängste, die ihren Ursprung in einem unbewältigten Medienkonsum haben, und nun zusätzlich genährt werden durch Christians Bewusstsein an einer schweren Krankheit zu leiden. Die Themen „Tod und Sterben“, „was passiert mit mir nach meinem Tod“, beschäftigen das Kind intensiv. In unserer Familie haben wir gelernt, mit dieser Thematik „unaufgeregt“ umzugehen. Wir ant-

worten auf Christians Fragen, soweit wir über Antworten verfügen. Ist dies nicht der Fall, dann machen wir uns gemeinsam auf die Suche nach Erklärungen. Bisher kennt er nicht die Bezeichnung seiner Erkrankung. Für eine umfassende Aufklärung ist er noch zu jung. Christian kann auch noch nicht einschätzen, welche psychosozialen Folgen ein offener Umgang mit der Infektion für ihn hätte. Seit einigen Monaten befindet sich Christian in einer psychotherapeutischen Behandlung. Aktuell soll ihn diese Maßnahme in der Bewältigung der umfangreichen Belastungen unterstützen. Langfristig soll er die Möglichkeit zur Verarbeitung seiner schweren Traumata erhalten.

Die Frage nach den Möglichkeiten einer Enttabuisierung der Erkrankung stellen wir uns als Pflegeeltern sehr häufig. Wir denken das eine Veränderung von Vorurteilen nur durch einen offenen Umgang mit der eigenen Betroffenheit möglich ist. Wir sind uns aber auch darüber im Klaren, dass wir eine derartige Entscheidung nicht für die Kinder treffen können. Zum jetzigen Zeitpunkt gehen wir davon aus, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis die Erkrankung nicht mehr zu verheimlichen ist. In einer derartigen Situation hoffen wir auf die Tragfähigkeit unseres sozialen Netzes. Vor allem um den Kindern weitere schwere Belastungen zu ersparen.

Informationen

Paritätischer Niedersachsen

Sven Dickfeld

Tel. 0511 52486-387

E-Mail: sven.dickfeld@paritaetischer.de

„Eine Verpflichtung, mich für andere einzusetzen“

Fragen an Gesine Meißner, Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses

Frau Meißner, Sie sind seit Kurzem Kuratoriumsmitglied des Albert-Schweitzer-Familienwerks. Wie sind Sie zu diesem Engagement gekommen?

„Ich bin gefragt worden, ob ich Interesse an einer Mitarbeit habe, und habe gern zugesagt.“

Was schätzen Sie an der Arbeit dieser Mitgliedsorganisation des Paritätischen besonders? Wie können Sie sich dort einbringen?

„Die Arbeit ist sehr breit gefächert, alle Altersgruppen sind erfasst, und auch Kranken- und Behindertenhilfe spielen eine wichtige Rolle. Darüber hinaus befasst sich das

Albert-Schweitzer-Familienwerk in einer eigenen Berufsschule auch mit Nachwuchsschulung und Qualitätssicherung in der Ausbildung. Meine Erfahrungen aus Studium (Berufsschullehramt), Beruf (Erwachsenenbildung und Projektarbeit) und in der Sozialpolitik passen gut zu den Aufgaben der Stiftung.“



Gesine Meißner ist Vorsitzende des Sozialausschusses im Niedersächsischen Landtag

Sind Sie in weiteren Einrichtungen oder Vereinen im Sozialbereich tätig?

„Ich bin Vorsitzende unseres Kirchenvorstandes, Mitglied im Kirchenkreisvorstand, engagiere mich in der Diakonie, in der Hospizbewegung – unter anderem in der Kinderhospizstiftung – und für Menschenrechte.“

Als Politikerin haben Sie einen vollen Terminkalender. Wieso engagieren Sie sich dennoch in Ihrer knapp bemessenen freien Zeit für soziale Themen? Was bedeuten Ihnen diese Tätigkeiten persönlich?

„Engagement für Menschen die Hilfe brauchen war für mich schon als Jugendliche wichtig - damals in der evangelischen Jugend und bei amnesty international - und wird es wohl auch immer bleiben. Mir ist es persönlich in meinem Leben immer gut gegangen, dafür bin ich dankbar, und gleichzeitig sehe ich darin eine Verpflichtung, mich für andere einzusetzen. Und ich mag Menschen.“

Welchen gesellschaftlichen Stellenwert hat für Sie bürgerschaftliches Engagement?

„Bürgerschaftliches Engagement ist nicht nur ein entscheidendes

Element für eine solidarische Gesellschaft, es bringt auch den Engagierten viel für ihre persönliche Entwicklung und gibt ihrem Leben einen tieferen Sinn. Ehrenamtliche können zum Teil auch Aufgaben übernehmen, die hauptamtlich nicht bezahlt werden können und sonst unerledigt bleiben würden. Durch den demografischen Wandel wird bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar, es kann aber professionelle Angebote nicht ersetzen. Wir brauchen eine ausgewogene Mischung aus Professionalität und Ehrenamt. Ohne professionellen Überbau und hauptamtliche Anleitung und Vernetzung kann aber in den meisten Bereichen ehrenamtliches Engagement nicht auskommen.“

Als Vorsitzende des Sozialausschusses können Sie sicher Themen auch politisch bewegen. Gibt es einen Bereich, den Sie in den letzten Jahren auf diese Weise erfolgreich unterstützen konnten?

„Mir ist es ein besonderes Anliegen, bei der Sozialpolitik auch die Schwächsten der Gesellschaft und sogenannte ‚Randgruppen‘ zu berücksichtigen, zu stärken und zu fördern. Entsprechend habe ich mich für Aids-Kranke, Obdachlose, Schuldnerberatungen und benachteiligte Jugendliche gerade auch bei Haushaltsberatungen besonders eingesetzt. Die Fortsetzung des Heroinprojekts – hier hoffe ich auf eine baldige Änderung des Betäubungsmittelgesetzes auf Bundesebene, alles andere ist nicht konsequent – und der Ausbau der Gesundheitsförderung von Migranten liegen mir genauso am Herzen wie eine durch Humanität geprägte Asylpolitik. Beim Projekt

„Familien mit Zukunft‘ konnte ich meine Erfahrungen mit Tagespflege-Ausbildungen und mit flexiblen passgenauen Betreuungsangeboten als frühere Vorsitzende eines Tagesmüttervereins einbringen. Gleich zu Beginn meiner Abgeordnetentätigkeit war mir die Liberalisierung des Bestattungsgesetz wichtig.

Jetzt versuche ich, für eine Ausweitung des Modellprojektes für benachteiligte Kinder im Landkreis Hildesheim zu werben. Und für ältere Menschen möchte ich einen Seniorenservice – analog dem Frauenservice – erreichen, bei dem das ganze Spektrum der Angebote im Internet vernetzt und einsehbar ist. Im Koalitionsvertrag ist das schon berücksichtigt, jetzt brauchen wir noch die Umsetzung.“

Gibt es einen Bereich, den Sie gerne stärker unterstützen würden, wenn die Landesregierung die Mittel bereitstellen würde?

„Die Chancenverbesserung für Kinder in prekären Situationen und mit Migrationshintergrund – von der Gesundheitsversorgung über ausreichende finanzielle Mittel für die schulische Entwicklung und auch eventuell erforderliche Unterstützung bei der Bewältigung von Hausaufgaben und der Weichenstellung für einen späteren Beruf.“

Sie kandidieren für das Europaparlament. Wie wirkt Europa-politik Ihrer Meinung nach in den kommenden Jahren grundsätzlich auf die soziale Landschaft in Niedersachsen? Ausgehend von einem Wahlerfolg: In welcher Rolle sehen Sie sich in der europäischen Sozialpolitik, wo sehen Sie für sich die ersten thematischen Ansatzpunkte Ihrer parlamentarischen Arbeit?

„Gerade durch die derzeitige Wirtschaftskrise steht Sozialpolitik auch auf europäischer Ebene mehr im Mittelpunkt denn je. Die Europäische Union hat sich – zuletzt mit der Lissabonstrategie – selbst die Aufgabe gestellt, Europa zu einem Lebensraum zu entwickeln, in dem die Menschen Chancen zur individuellen Entfaltung auch in anderen Mitgliedsstaaten ergreifen können und sozial abgesichert sind.

Ich werde meine Erfahrungen aus Kommunal- und Landespolitik einbringen, um an diesem Ziel mit zu arbeiten. Wichtig ist für mich dabei, im Dialog mit Parlamentariern aus anderen Ländern die Wirksamkeit unterschiedlicher sozialpolitischer Ansätze zu überprüfen und voneinander zu lernen.

Ein erstes wichtiges Thema ist dabei für mich die Armutsbekämpfung. Entscheidend für den Erfolg wird es sein, gemeinsam Strategien zu entwickeln, aber jeweils für die Umsetzung die Ebene zu wählen, die den Betroffenen am besten helfen kann – und das wird in vielen Fällen die kommunale oder die Landesebene sein, ganz im Sinne der Subsidiarität.“

Die Fragen stellte Michael Weber, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

COPD, Lungenemphysem und Alpha-1-Antitrypsin-Mangel

Die Deutsche Emphysemgruppe bietet seit über zehn Jahren Kompetenz und Beratung

Atemnot ist das Leitsymptom der Krankheit Lungenemphysem, die im Bewusstsein der Öffentlichkeit noch immer nicht ausreichend bekannt ist. Es handelt sich dabei um eine nicht rückgängig zu machende Überblähung der Lunge. Aus vielen kleinen Lungenbläschen werden wenige große Blasen, was zu einer Verminderung der Oberfläche für den Gasaustausch führt. Man kann sich gut vorstellen, dass die Oberfläche einer Birne und die einer ungefähr gleich großen und gleich schweren

Beerentraube unterschiedlich groß sind. Ausgebreitet bildet die Haut der kleinen Beeren eine wesentlich größere Oberfläche als die Schale der Birne. Die Folge: Es kann weniger Sauerstoff aufgenommen werden.

Die Krankheit entwickelt sich meist schleichend. Leichte Symptome wie Atemnot bei größeren Belastungen, später dann auch im Ruhezustand, evtl. chronischer Husten und Einschränkungen im Allgemeinbefin-

den werden meist Konditions-mangel, Stress, ungesunder Lebensweise oder einfach dem Alter angelastet und lange ignoriert. Ausgeprägten Symptomen von Atemnot und häufigen Infekten bei jüngeren Patienten kann ein erblich bedingter Gendefekt zu Grunde liegen, der sogenannte Alpha-1-Antitrypsin-Mangel. Daran ist zu denken, wenn in einer Familie ein gehäuftes Auftreten von Lungenerkrankungen, besonders bei Eltern und Geschwistern, zu beobachten ist. Es



Die Deutsche Emphysemgruppe bietet viele Fachvorträge und Informationsveranstaltungen wie hier in Köln

kann sich sehr früh ein schweres Krankheitsbild entwickeln.

An der Entstehung der Krankheit Lungenemphysem ist das Rauchen zu einem hohen Prozentsatz beteiligt. 90 Prozent aller Menschen mit COPD sind Raucher oder Ex-Raucher. Bei schätzungsweise 8.000 aller an Emphysem Erkrankten liegt ein angeborener Alpha-1-Antitrypsin-Mangel vor. Auch Fremdstoffe wie Staub, Gase, Bakterien und Viren, gehäuft auftretende Bronchitiden sowie eine jahrelange Asthmaerkrankung können zum Lungenemphysem führen. Leider ging bisher der endgültigen Diagnose oft ein Leidensweg von bis zu zehn Jahren und mehr voraus. In dieser Zeitspanne durchlebten viele Patienten mit häufig recht unklaren Beschwerden eine Odyssee von Arzt zu Arzt und zu Therapeuten verschiedenster Art und litten dabei unter immer weiter sinkenden Lebensqualität sowie zunehmender Leistungseinschränkung bis hin zu völliger Invalidität.

Innerhalb der letzten Jahre ist auf dem Gebiet der Lungenheilkunde viel geforscht worden. Es gibt heute Möglichkeiten der Früherkennung, sowie neue Medikamente die zu einer gewissen Stabilisierung des Krankheitsbildes beitragen können. Genauso wichtig für die Erhaltung und eventuelle Verbesserung der Lebensqualität sind die nicht-medikamentösen Maßnahmen wie Atemtherapie, angepasster Lungensport und Ausdauertraining, Krankengymnastik, angemessene Ernährung sowie das Einsetzen von medizinischen Hilfsgeräten zur Schleimlösung und weitere therapeutische Interventionen.

Der Verein Deutsche Emphysemgruppe vertritt die Interessen der an Lungenemphysem erkrankten Menschen und bietet Unterstützung an. Informationen bezüglich Behandlungsmethoden aus dem medizinischen, physiotherapeutischen und psychologischen Bereich werden durch elektronische Medien wie Homepage, Mailingliste und Forum vermittelt. In diesen Medien findet ein reger Austausch zwischen den Patienten statt. Weiterhin erscheint zwei- bis dreimal jährlich eine Patientenzeitschrift mit vielen nützlichen Informationen. Regelmäßige größere Patientenveranstaltungen an verschiedenen Orten Deutschlands mit Vorträgen kompetenter Ärzte und Vertreter weiterer Berufsgruppen mit anschließender Fragestunde und ausreichend Diskussionsmöglichkeiten zwischen Patienten, Angehörigen und Referenten werden ebenso angeboten wie eine kontinuierliche telefonische Beratung, Versand von vielfältigem Informationsmaterial sowie die Vermittlung von hilfreichen Adressen.

In den Selbsthilfegruppen der Deutschen Emphysemgruppe werden unter qualifizierter Anleitung Patientenschulungen angeboten, in denen die aufgezählten Techniken theoretisch und praktisch vermittelt werden, weiterhin findet ein reger Austausch von Erfahrungen, Hinweisen und Tipps zur Vermeidung oder Erleichterung täglich wiederkehrender Probleme statt. Durch Aufklärung über z. B. schädlicher Verhaltensweisen können bisher bekannte Entstehungsursachen der Erkrankung erkannt und möglicherweise vermieden werden. Ein weiteres Anliegen ist es, die Zusammenarbeit und das Verständnis zwi-

schen Arzt und Patient zu fördern und verbessern. Dies ist ein wesentlicher Bestandteil des Behandlungserfolges und oft entscheidend für das Befinden eines – vor allem eines chronisch erkrankten – Menschen. Die Vermittlung von Wissen über Atemwegserkrankungen und deren Behandlung trägt zur verbesserten Beherrschung der Krankheit bei.

Hilfe bei der Gründung und Koordination von regionalen Emphysem-Selbsthilfegruppen, auch für mit an Alpha-1-Antitrypsin-Mangel leidenden Patienten, ist möglich. Zur Information dienende Medien sind: Faltblatt mit Kurzinformationen, die Vermittlung an die zur DEG gehörende elektronische Mailingliste, eine Art Rundbriefsystem für Erkrankte, Video „Atemgymnastik für Emphysem- und Alpha-1-ATM-Patienten“, die Zeitschrift sowie die Internetseite www.emphysem.de.

Kontakt

Deutsche Emphysemgruppe

Vorstand

Heide Schwick

Steinbrecherstr. 9

38106 Braunschweig

Tel. 0531 2349045

Fax: 0531 2349046

E-Mail: deg@emphysem.de

Web: www.emphysem.de



Ein Fisch sichtbar ins Auto gehängt - die Aktion Silberfisch förderte das bürgerschaftliche Engagement

Aktion Silberfisch - sieh' dich um und hilf

Rückblick auf 60 Jahre Paritätischer Niedersachsen

„Sieh' dich um und hilf“ - unter diesem Motto startete der Paritätische Wohlfahrtsverband in den frühen 60er-Jahren die Aktion Silberfisch. Dahinter verbarg sich eine Kampagne für ein engeres, nachbarschaftlicheres Miteinander, bei der besonders alte und hilfebedürftige Menschen im Mittelpunkt standen.

Das System war denkbar einfach und effektiv. Der Verband verteilte kleine Silberfische als Anhänger, Aufkleber oder in Plakatform. Diese Silberfische sollten zum einen bei Hilfebedarf ins Fenster gehängt werden, zum anderem gaben sich so Unterstützer und damit Helferinnen und Helfer der Aktion zu erkennen. Beispiel: Ein Nachbar weiß, dass eine alte Dame nicht mehr gut zu Fuß ist.

Er bringt ihr einen Silberfisch, den sie – in der Zeit, als Telefone noch selten waren – benutzen kann, um auf sich aufmerksam zu machen. Sie benötigt später jemanden, der ihr etwas einkauft und hängt den Silberfisch ins Fenster. Ein aktiver Helfer sieht diesen und kümmert sich um sie – umsehen und helfen!

Die Aktion war landesweit erfolgreich, hatte viele Menschen enger zusammenrücken lassen und so das Gemeinwohl gestärkt. Auch Institutionen und bekannte Persönlichkeiten unterstützten Silberfisch. Die AOK Braunschweig zum Beispiel hingte ein großes Werbebanner in ihre Schalterhalle. Schirmherrin war übrigens **Karin Rut Diederichs**, die Gattin des damaligen Minister-

präsidenten **Dr. Georg Diederichs** und spätere Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsen.

Michael Weber,
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Fotos gesucht

Der Paritätische Niedersachsen feiert im Herbst seinen 60. Geburtstag und bittet um Mithilfe: Gesucht werden Fotos und Dokumente der ersten Jahrzehnte.

Informationen

Michael Weber
Tel. 0511 52486-353
E-Mail: presse@paritaetischer.de



Silberfische gab es auch per Essen auf Rädern, dem ebenfalls in den 60er-Jahren neuen Dienst



Ein Paritärer überreicht einen Silberfisch, mit dem um Hilfe gebeten werden kann (oben links). Dieser hing in vielen Wohnungen für Notfälle bereit (oben rechts). Unter anderem die AOK unterstützte wie hier in der Schaltherhalle in Braunschweig die Aktion (unten)

„Spotkanie“

17. Internationale Jugendbegegnung des Paritätischen findet in Polen statt

„Spotkanie“ ist das polnische Wort für „Begegnung“. Gelegenheit dazu erhalten 48 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen zwölf und 15 Jahren im Rahmen der 17. Internationalen Jugendbegegnung des Paritätischen Niedersachsens und seines Jugendverbandes, dem Paritätischen Jugendwerk.

Die diesjährige Begegnung findet vom 05. Juli 2009 bis zum 19. Juli 2009 im polnischen Biały Dunajec (in der Nähe von Zakopane in der Woiwodschaft Kleinpolen) statt. Die Teilnehmer/innen kommen vom Verband Polnischer Pfadfinder in Krakau, einer Schule in Brjansk in Russland sowie aus verschiedenen Orten in Niedersachsen. Sie können sich auf ein abwechslungsreiches Programm mit freizeit- und erlebnispädagogischen Angeboten, spannenden Ausflügen und auch genügend Zeit zur freien Tagesgestaltung freuen. Geplant sind bspw. ein musikalisches Projekt, der Besuch eines Erlebnisbades in Zakopane und Entdeckungsreisen in die nahe Bergwelt.

Die Organisation der Maßnahme vor Ort obliegt dem Verband Polnischer Pfadfinder in Krakau und erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Jugendwerk. Partner auf russischer Seite sind das Zentrum für Internationale Initiativen in Brjansk sowie eine Brjansker Schule.

Mit seinem mehr als 15-jährigen Engagement im Bereich des Internationalen Jugendaustausches verfolgt der Paritätische das Ziel, Kinder

und Jugendliche aus drei verschiedenen Ländern zusammenzuführen, damit sie gemeinsame Ferien verbringen, ihre unterschiedlichen Erfahrungen austauschen, Verständnis füreinander entwickeln und neue Freundschaften schließen können. Dabei sollen insbesondere auch junge Menschen einbezogen werden, die sonst keine oder nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten der Teilnahme an einem Internationalen Austausch haben.

Leider reichen aber auch in diesem Jahr die öffentlichen Zuschüsse nicht zur Finanzierung der Maßnahme aus. So muss der Paritätische zur Umsetzung der Internationalen Jugendbegegnung in nicht unerheblichem Umfang personelle und sachliche Ressourcen sowie einen zunehmenden finanziellen Anteil zur Defizitdeckung zur Verfügung stellen. Darüber hinaus be-

steht das Erfordernis, Spenden und Stiftungsmittel einzuwerben. An dieser Stelle wäre zu wünschen, dass in Zukunft die öffentliche Förderung solcher wichtigen Maßnahmen deutlich aufgestockt wird.

Für junge Menschen aus Niedersachsen belaufen sich die Kosten für eine Teilnahme an der Jugendbegegnung auf 215 Euro. Darin sind Vollverpflegung und alle Aktivitäten enthalten. Allerdings gibt es nur noch wenige Plätze.

Anmeldung und Informationen

Sven Dickfeld

Tel. 0511 52486-387

E-Mail: svendickfeld@paritaetischer.de



In diesem Gebäude im polnischen Biały Dunajec findet die diesjährige Internationale Begegnung statt

Wildwestlandschaft im Jugendcontainer

JuCon erhielt neues Design

Ein Projekt, zwei Jahre Umsetzungsphase, zehn Projektabschnitte, rund dreißig helfende Kinder und Jugendliche, mehr als 30.000 Euro Förderung von der „Aktion Mensch“, ein Investitionsvolumen von rund 50.000 Euro durch die Stadt Lüneburg, unzählige Arbeitsstunden, rund 100 Sprühdosen: Einige Zahlen und Fakten zur Um- und Ausgestaltung des Jugendzentrums JuCon. Die Einrichtung, in Trägerschaft des Paritätischen Braunschweig, ist Teil der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Lüneburger Stadtteil Goseburg. Zwei Jahre lang halfen die Kinder und Jugendlichen des Jugendzentrums mit professioneller Unterstützung bei der Umgestaltung von JuCon mit.

„Alle, die jetzt zu uns ins JuCon kommen, sind begeistert, auch Eltern und Passanten“, freut sich **Thore Oltmann**, Erzieher im Jugendzentrum. Die Aktion ist ein großer Erfolg geworden. Einerseits, weil das JuCon sich jetzt größer, schöner und bunter präsentiert. Und andererseits weil die Kinder und Jugendlichen sich wie erhofft stark

einbrachten. „Die Begeisterung war enorm und die Teamarbeit grandios“, sagt Oltmann, und freut sich, dass auch das pädagogische Ziel erreicht wurde. „Entstanden ist nicht nur ein schönes Jugendzentrum mit beeindruckenden Graffitikunstwerken, sondern eben auch ein tolles Wir-Gefühl“, meint der 30-Jährige.

Zum Start der Aktion, 2006, gab es bereits Unterstützung von der Stadt Lüneburg. Sie stellte die größeren Containerelemente zur Verfügung und sorgte für den Abriss der alten. Rund 50.000 Euro investierte die Stadt in die Umgestaltung. Sie finanzierte unter anderem die Kanalisations- und Tiefbauarbeiten, kümmerte sich um den neuen Sanitärbereich, die Elektrotechnik und Wegebefestigung. Die anfangs kahl und kalt wirkenden Blechhäuser und die triste Umgebung konnten mit Unterstützung der „Aktion Mensch“ und der Fachabteilungen der Stadtverwaltung in ein freundliches und einladendes Jugendzentrum umgebaut werden. Damit wurden auch die Ideen der

Jugendlichen zur Verschönerung ihres Treffpunkts realisiert.

Die jüngeren Besucher des Jugendzentrums hatten genaue Vorstellungen, wie der Außenbereich aussehen sollte: Eine Wildwestlandschaft, passend zur neuen Holzterrasse war der Wunsch. Graffitikünstler Jens Flechtner zauberte nach gemeinsamen, umfangreichen Vorarbeiten wie Säubern und Grundieren der Wände zusammen mit den Jugendlichen eine comicartige Westernlandschaft mit Kakteen und witzigem Cowboy auf die Außenwände.

Ein eigener Schriftzug als Erkennungsmerkmal von JuCon war ein Wunsch älterer Jugendlicher. Flechtner entwarf das Logo. Gesprayt an eine Container-Außenwand ist es jetzt für alle Besucher sofort sichtbar. Darauf sind die Jugendlichen stolz. Denn ihr JuCon ist jetzt mehr als nur ein Jugendzentrum. Für viele ist es das zweite Zuhause.



Innen und außen mit atmosphärischen Graffitis: das neue JuCon



TV-Ecke mit Durchblick

Ebenso wichtig wie der äußere Eindruck war die optische Veränderung des Innenlebens der Container. Hilfe kam da von Profi Andre „DAN“ Haferkorn. Der in Lüneburg lebende Graffiti-Künstler unterstützte das junge Team, damit die Wände nicht nur einen langweiligen Anstrich erhielten. Originalität und Individualität waren gefragt.

Entstanden ist eine Fantasielandschaft mit Pflanzen, Felsen und Wasserfällen. Vor der künstlerischen Umsetzung standen intensive und anstrengende Vorarbeiten wie beispielsweise das Abspachteln alter Farbreste und das Abkleben von Fensterrahmen an. Hoch motiviert halfen die Jugendlichen im Alter von zwölf bis 20 Jahren auch dabei mit.

Das Ergebnis überzeugt das gesamte Team, ein einzigartiges Gemeinschaftsprodukt. Jetzt präsentieren die Jugendlichen aus dem Stadtteil Goseburg ihren Treffpunkt voller Selbstbewusstsein. Anerkennung erhalten sie von allen Seiten.

Kontakt

JuCon Goseburg
Tel. 04131 37714 (nachmittags)
Email: jucon-goseburg@gmx.de
Web: www.paritaetischer-bs.de

Vorstellung des Verbandsrates

Berlind Rosenthal-Zehe, Studentenwerk Göttingen

Seit 30 Jahren arbeite ich für das Studentenwerk Göttingen. Eine Mitgliedsorganisation mit der Aufgabe, Studierende wirtschaftlich, sozial und kulturell zu fördern und für ihre Gesundheit zu sorgen. Ich setze mich als Frauenbeauftragte für die gleichberechtigte Stellung meiner Kolleginnen ein. Ehrenamtlich trage ich seit meinem 19. Lebensjahr Verantwortung in Sportvereinen, Kindergarten, Schule, Kirche und als Jugendschöffin. 2004 wurde ich für die Kreisgruppen in den Verbandsrat gewählt, ein bereits seit 1996 gleichberechtigt besetztes Gremium.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband fasziniert mich mit der Vielfalt des sozialen Angebotes unter seinem Dach und seiner großen Professionalität. Die Fähigkeit, sich immer wieder auf Änderungen frühzeitig einzustellen und zu reagieren, benötigt m. E. einen Rahmen, der innova-

tive und finanzielle Freiräume bietet. Ich möchte dazu beitragen, dass ausreichende Rahmenbedingungen geschaffen werden, um das vorbildliche Engagement der Menschen in den Mitgliedsorganisationen und Kreisgruppen zu erhalten und zu stärken und die Handlungsfähigkeit so weit wie möglich auszubauen. Die Durchsetzung von frauen- und familienpolitischen Vorstellungen möchte ich bei schlechter werdender Wirtschaftslage voranbringen.

Ich freue mich auf die Arbeit der nächsten vier Jahre und bin zuversichtlich, dass der Paritätische Wohlfahrtsverband weiterhin erfolgreich bleiben wird.

Kontakt

Berlind Rosenthal-Zehe
Tel. 0551 395143
E-Mail: berlind.rosenthal-zehe@studentenwerk-goettingen.de



Berlind Rosenthal-Zehe ist seit fünf Jahren Mitglied im Verbandsrat

Es geht um den Menschen – nicht um Computer

Warum ein Verbot von Spielen am Problem vorbeigeht

Felix (15) war während der letzten Sommerferien nicht im Urlaub – aber auch nicht Zuhause. Er befand sich für sechs Wochen im östlichen Königreich, einem Kontinent bei World of Warcraft – dem derzeit erfolgreichsten Online-Rollenspiel. Er war eigentlich auch nicht Felix, sondern der Krieger Dagomar621. Er hat eigentlich mit niemandem etwas gemeinsam unternommen, hatte aber größtenteils seine Freunde aus der virtuellen Gemeinschaft um sich. Gewundert hat sich über Felix' Sommerferiengestaltung eigentlich niemand – es hat keiner für ihn

angerufen, keiner an der Tür für ihn geklingelt und seine Eltern waren in diesem Jahr ohne ihn allein am Mittelmeer.

Das auf die Sommerferien folgende Schuljahr gestaltet sich für Felix ähnlich katastrophal wie das davor. Wie soll jemand gute Arbeiten schreiben, wenn er jeden Morgen in der Schule gegen eine Müdigkeit ankämpfen muss, die aus täglich bis zu zehn Stunden Computerspiel resultiert? Wie soll jemand etwas vom Unterricht verstehen, wenn er seit Monaten keine Hausaufgaben mehr gemacht hat? Erfolgserlebnisse allerdings hat er genug – Dagomar621 ist ein erfolgreicher und respektierter Krieger, auf den seine Mitspieler angewiesen sind. Felix hingegen wird nicht gebraucht; das Leben funktioniert auch ohne ihn. Ein Leben ohne World of Warcraft ist für Felix derzeit nicht vorstellbar: Computerspielen ist für ihn wie zu einer Sucht geworden. Nach einer aktuellen Studie des KFN geht es über 14.000 anderen Jungen in seinem Alter genauso.

Wie soll mit dieser Situation umgegangen werden? Wie kann Jungen wie Felix geholfen werden? Was bringen Verbote? Computerspiele mit derzeit nicht abschätzbaren Folgen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu verbieten, setzt ein Zeichen, dass eine Gesellschaft gewisse Dinge nicht hinnehmen kann. Damit wird Kindern und Jugendlichen eine wegweisende Orientierung geboten. Allerdings sind sich schon jetzt viele Zwölfjährige sicher, dass sie natürlich auch

weiterhin an alle Spiele kommen werden, die ggf. als Suchtmacher eine Einstufung „ab 18 Jahre“ bekommen. Schließlich spielen viele ohnehin schon jetzt Spiele wie GTA 4 oder Call of Duty – trotz Freigabe ab 18. Kinder und Jugendliche erleben einen völlig hilflosen Staat, dessen Verbote im Ergebnis nicht durchsetzbar sind und für sie keine Konsequenzen haben. Auch das gibt Orientierung.

Handelsbeschränkungen und Verbote problematischer Spiele zielen darauf ab, die Verbreitung einzudämmen, in dem das Angebot reduziert werden soll. Erfolgversprechender wäre es, wenn es gelingt, die Nachfrage nach solchen Spielen zu reduzieren. Schon 2007 schlug der deutsche Kulturrat vor, Computerspiele als Kulturgut ernst zu nehmen und durch Förderungen und Preise „gute“ Spiele gegenüber problematischen Spielen aufzuwerten. In Bezug auf Suchtmechanismen ist es unumgänglich, Unterhaltungsmedien generell in einem gesunden Ausmaß zu nutzen und dieses als Grundfertigkeit pädagogisch zu vermitteln.

Es sind nicht die Spiele, die Kinder süchtig machen. Es ist häufig das „Offline“-Umfeld in Kombination mit der eigenen individuellen Situation, welches Kinder und Jugendliche in virtuelle Welten flüchten lässt. Ist das Betreten jeder Wiese verboten, der Abenteuerspielplatz der Stadt zu langweilig und das Kinderzimmer zu nichts anderem als zum Computerspielen geeignet, ist es wenig überraschend, dass Kinder

Über den Autor



**M o r i t z
B e c k e r** arbeitet seit 2005 für den Verein smiley (Verein zur Förderung

der Medienkompetenz in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen). Er referierte zum Thema Computerspiele und Sucht auf der letzten PJW-Mitgliederversammlung im Februar 2009 in Drochtersen-Hüll. Smileys bietet Beratung, Fortbildungen, Projekte und Informationen zum Thema Medienkompetenz für Jugendliche, Eltern, Multiplikatoren an und befindet sich zurzeit im Aufnahmeverfahren beim Paritätischen Niedersachsen. Weitere Informationen unter www.smiley-ev.de

ihre Bedürfnisse im Computer gestillt finden. Außenseiter im echten Leben sind wesentlich gefährdeter, in virtuellen Welten Akzeptanz zu suchen – und zu finden. Es ist nachvollziehbar, dass jeder Mensch etwas besonders gut können will. Zu guter Letzt hat jeder Mensch das Bedürfnis nach einer verantwortungsvollen Rolle – zum Beispiel beim Fußball als unverzichtbarer Teil einer A-Jugend-Mannschaft – oder in einer sogenannten „Gilde“ bei World of Warcraft.

Dies bestätigt auch das Ergebnis der jüngsten Studie des KFN, die sehr deutlich die Ursachen von Computerspielsucht beschreibt. Demnach sind es Jugendliche mit mangelndem Selbstbewusstsein, fehlenden realen Erfolgserlebnissen und weiteren psychischen Problemen, die den Spieler dazu bringen, sich einer virtuellen Parallelwelt real zu isolieren.

Es ist die Pflicht aller Teile einer gesunden Gesellschaft, eine solche Isolation nicht zuzulassen, sondern darauf zu achten, dass der Platz eines Menschen im realen Leben liegt, in dem er Leistung zeigen, Verantwortung übernehmen und Respekt erfahren kann! Dies ist die große Herausforderung vor der wir stehen und die nicht allein aus verschärften Gesetzen bestehen darf. Es geht um Erziehung, pädagogische Angebote in Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen, um Sportvereine und vieles mehr. Im Endeffekt geht es nicht um die Computerspiele, sondern um die Menschen, die diese benutzen.

Moritz Becker,
Verein smiley

Vorstellung des Verbandsrates

Dietmar Schlüter,

Freie Suchtkrankenhilfe Niedersachsen

Ich bin Gründungsmitglied und Vorsitzender der Freien Suchtkrankenselbsthilfe Niedersachsen. Diese ist 2000 entstanden, um den kleinen und mittleren Selbsthilfegruppen in der Suchtkrankenhilfe Niedersachsen ein Sprachrohr zu sein.

Aus meiner persönlichen Betroffenheit als genesender Suchtkranker und aus meiner beruflichen Erfahrung heraus weiß ich, dass das Ehrenamt ein wichtiges Scharnier zwischen professionellen Helfern und Hilfebedürftigen ist. Dieses Scharnier zu stärken und beweglich zu halten, habe ich mir schon lange zur Aufgabe gemacht. Meine diesbezüglichen Erfahrungen, meine Ideen, Zeit und Arbeitskraft würde ich gerne in diesem Sinne in den Paritätischen einbringen.

Ehrenamtliche Arbeit im Paritätischen bedeutet für mich vor allem, positive Öffentlichkeitsarbeit für Gesundheitsprävention und hier speziell Suchtprävention zu machen. Mein Ziel ist es, dafür zu werben, schmerzliche, unpopuläre und unangenehme Themen nicht zu vermeiden, sondern so zu präsentieren, dass realistische Handlungsschritte sichtbar werden.



Dietmar Schlüter ist seit 2008 Mitglied im Verbandsrat

Rechtsfragen beschäftigen mich seit meiner Ausbildung in der Justizverwaltung. Im beruflichen Umfeld habe ich mich zu Fragen über Integrationsmanagement, betriebliches Eingliederungsmanagement, betriebliche Sozialarbeit und Arbeitsrecht spezialisiert.

Kontakt

Dietmar Schlüter

Tel. 05304 3977

E-Mail: 053043977-0001@t-online.de

Der Paritätische Medien-Service (PMS)

immer aktuell im Internet:

Rubrik Presse auf www.paritaetischer.de

oder im E-Mail-Abo - schreiben Sie an presse@paritaetischer.de

Symposium: Übergangsmanagement bei Haftentlassung

Durchgängige Betreuung Straffälliger soll einheitlich geregelt werden

Zu einem Symposium zum Thema Übergangsmanagement hatte Justizminister **Bernd Busemann** am 23. März 2009 130 Experten aus Politik, Justizvollzug, Wissenschaft, der Strafrechtspflege, des Niedersächsischen Justizministeriums, des neuen ambulanten Justizsozialdienstes (AJSD), der Anlaufstellen für Straffällige sowie der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege nach Hannover geladen. Für den Paritätischen Niedersachsen nahmen u. a. **Cornelia Rundt**, Vorstand, und **Marian Goiny**, Sprecher des Arbeitskreises Straffälligenhilfe und Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen, sowie **Henning Voß** vom Verein Cura Braunschweig und **Torsten Tetzlaff** von der Anlaufstelle des Lüneburger Straffälligen- und Bewährungshilfe teil.

In seiner Begrüßungsrede betonte Justizminister Busemann, dass die Verbesserung des Übergangsmanagements zwischen dem Justizvollzug, dem ambulanten Justizsozialdienst und der ambulanten freien Straffälligenhilfe eine große Herausforderung darstelle, deren Grundlagen unter anderem im zehnten Kapitel des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes verankert seien. Der Justizminister wies darauf hin, dass es mit Aufgabe der Justizbehörden sei, auf eine durchgängige Betreuung der Gefangenen auch für die Zeit nach der Haftentlassung hinzuwirken. Busemann stellte fest, dass bisher viele aus den niedersächsischen Justizvollzugsanstalten in Freiheit entlassene Personen

nicht erreicht würden. Durch das Symposium solle den Experten die Möglichkeit gegeben werden, den fachlichen Dialog zu vertiefen. Der interdisziplinäre und überregionale Austausch solle gefördert werden, um so Anstöße für die Weiterentwicklung des Übergangsmanagements in Niedersachsen zu vermitteln. Die Aufgabe sei, so der Minister, „von besonderer Bedeutung“.

Experten aus Wissenschaft und Praxis berichteten anschließend über ihre Forschungsergebnisse. So wies **Dr. Bernd-Rüdeger Sonnen**, Professor an der Rechtsfakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg und Vorsitzender der DVJJ, besonders darauf hin, dass viele Haftentlassene im Rahmen des Entlassungsmanagements nicht von den Sozialen Diensten der Justiz erreicht werden. Er nannte die Zahl von 60 bis 80 Prozent Endverbüßern unter den aus der Haft entlassenen Personen, von denen viele keine Führungsaufsicht erhalten. Um diesen Personenkreis zu erreichen, sei es besonders wichtig, die Freie Straffälligenhilfe am Aufbau eines effektiven Entlassungsmanagements zu beteiligen.

Uwe Hellpap, stellvertretender Leiter der sozialen Dienste der Justiz beim Senator Für Justiz und Verfassung in Bremen, stellte in seinem Beitrag Entlassungsvorbereitung und EVB-Pool im Bremer Strafvollzug vor. **Jörg Jesse** skizzierte das Modell „Integrale Straffälligenarbeit – InStar“ des Justizministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern. **Wolfgang Wirth**, Leiter des kri-

minologischen Dienstes des Landes Nordrhein-Westfalen, berichtete über unterschiedliche Modelle des Übergangsmanagements in anderen Europäischen Staaten.

Als Beispiele erster regionaler Projekte im Rahmen des Entlassungsmanagements wurden das Modell „Fit für die Zukunft“ der JVA Lingen-Damaschke und das Projekt „Verzahnte Haftentlassungsvorbereitung der JVA Hameln“ vorgestellt. Durch die Schilderung von Fallbeispielen zeigten Henning Voß und **Burkhard Teschner** von den Anlaufstellen für Straffällige in Braunschweig und Osnabrück eindrucksvoll auf, wie schwierig sich bei der derzeitigen Vollzugspraxis Maßnahmen für eine sinnvolle Haftentlassungsvorbereitung realisieren lassen. Es wurde deutlich, dass besonders die Gefangenen, die keine Vollzugslockerungen erhalten und nach Vollverbüßung ihrer Strafe aus dem Vollzug entlassen werden, nur geringe Chancen haben, sich auf das Leben in der Freiheit vorzubereiten. Erforderlich für eine gute Haftentlassungsvorbereitung sei nach Auffassung der Praktiker nicht nur der Aufbau von regionalen Arbeitskreisen im Rahmen des Entlassungsmanagements, sondern auch eine Änderung der derzeitigen Vollzugspraxis. Zu einer zielgerichteten erfolversprechenden Haftentlassungsvorbereitung sei die Gewährung von einer größeren Anzahl von Vollzugslockerungen unabdingbar.

An der anschließenden Podiumsdiskussion, die wie das gesamte Sympo-

sium von **Erich Marks**, Geschäftsführer des Landespräventionsrates Niedersachsen, moderiert wurden, nahmen **Dr. Stefan von der Beck**, Leiter des Ambulanten Justizsozialdienstes Niedersachsen, **Gerd Koop**, Leiter der JVA Oldenburg, **Dr. Bernhard Weiner**, Landesvorsitzender des Weißen Rings, und für die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen der Sprecher des AK Straffälligenhilfe des Paritätischen, Marian Goiny, teil. In seinem Eingangsstatement betonte Goiny, dass die Entwicklung eines koordinierten Übergangsmanagement und somit folgerichtig die Verbesserung von Maßnahmen zur Haftentlassung für die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen kein neues Thema sei. Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege, insbesondere die Caritas, das Diakonische Werk und der Paritätische seien

Träger zahlreicher Einrichtungen der freien Straffälligenhilfe, besonders zu erwähnen seien hier die vierzehn Anlaufstellen für Straffällige. Die Verbände würden seit 30 Jahren darauf verweisen, dass ein „gutes Entlassungsmanagement bzw. eine gute Haftentlassungsvorbereitung Voraussetzung dafür ist, dass die Resozialisierung von Straftätern gelingen kann.“ Formuliert wurde dies unter Anderem auch in dem von der Landesarbeitsgemeinschaft herausgegebenen „Grundsatzpapier zur Kooperation der niedersächsischen Anlaufstellen für Straffällige mit den sozialen Diensten der Justiz im Rahmen des Entlassungsmanagements“, sagte Goiny. Er begrüße, dass das Thema Übergangsmanagement zunehmend an Bedeutung für den niedersächsischen Strafvollzug und die ambulanten sozialen Dienste der Justiz gewinne und die Notwendigkeit gesehen werde, gemeinsam mit den Trägern der freien Straffälligen-

hilfe sowie weiteren Kooperationspartnern geeignete koordinierte Maßnahmen zu entwickeln, die die Möglichkeiten der sozialen Integration von aus der Haft entlassenen Straftätern fördere und somit auch zur Rückfallvermeidung und zur Reduzierung der Gefangenzahlen beitrage. Weniger Rückfälle bedeuteten weniger Straftaten und wo weniger Straftaten verübt werden, gebe es auch weniger Opfer.

Das Ziel der sozialen Integration der aus der Haft zu entlassenen Menschen sollte immer vor den anderen Aufgaben des Vollzuges stehen. Sicherheit und Resozialisierung schließen sich nicht aus. Goiny vertrat die Auffassung, dass eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine effektive Straffälligen- und Entlassenenhilfe sei, dass sie so früh wie möglich im Strafvollzug beginnen und in der Freiheit fortgesetzt werden müsse. „Sie dürfen nicht



Justizminister Bernd Busemann (l.) fasst das Symposium zusammen. Auf dem Podium: Gerd Koop, Dr. Bernhard Weiner, Dr. Stefan von der Beck, Marian Goiny und Erich Marks (v. l.)

Foto: Torsten Tetzlaff

zum Zeitpunkt der größten Rückfallgefährdung enden, das heißt, mit dem Tag der Haftentlassung“, so der Experte. Er forderte, dass Angebote von geeigneten Maßnahmen zur strukturierten Haftentlassungsvorbereitung nicht nur an „bestimmte Gefangene“ richten dürften. Unterstützung bei der Haftentlassung dürfe kein Privileg oder eine Belohnung für Anpassung oder Mitwirkung im Rahmen des Chancenvollzuges sein: „Jeder aus der Haft zu entlassende Gefangene muss das Recht und den Anspruch auf geeignete unterstützende Maßnahmen erhalten, die zu einer Integration führen.“

Mit der Reform „JustuS“ und der damit verbundenen Neustrukturierung der ambulanten sozialen Dienste der Justiz sowie dem Ziel, auch ein entsprechendes Entlassungsmanagement zu entwickeln, seien die ersten Schritte in die richtige Richtung unternommen

worden. Marian Goiny dankte in diesem Zusammenhang Justizminister Busemann noch einmal für die Erhöhung der Fördermittel für die vierzehn Anlaufstellen für Straffällige.

Bekannt ist allen Experten, dass die Anzahl der „Endverbüßer“ unter den Haftentlassenen steigt. Es sind mindestens 60 Prozent der zu entlassenen Gefangenen. Diesem Personenkreis wird kein Bewährungshelfer beigeordnet und vielfach ist auch keine Führungsaufsicht angeordnet. Diese Menschen werden nach Erfahrung der freien Straffälligenhilfe häufig unvorbereitet auf das Leben in Freiheit aus den niedersächsischen Justizvollzugsanstalten entlassen, ohne eine wirkliche Chance auf Integration. Die Rückfallgefahr ist bei dieser Personengruppe besonders hoch.

Trotz oftmals anders definierter Ansprüche des Vollzuges stehen den Erfordernissen von zielgerichteten Maßnahmen zur Haftentlassungsvorbereitung die heutigen realen Bedingungen des Vollzuges entgegen. „Für ein gut funktionierendes Entlassungsmanagement, von dem auch zu entlassene Gefangene mit besonderen Schwierigkeiten erreicht werden können, ist es erforderlich, dass der ‚Partner Vollzug‘ neue Möglichkeiten eines umfangreicheren Angebotes an Gefangene entwickelt“, so Goiny. Er führt weiter aus: „Dies muss auch zum Überdenken der derzeitigen Praxis von Lockerungen führen sowie zu einer größeren Bereitschaft, Gefangene in den ‚offenen Vollzug‘ zu verlegen. Eine Stärkung des sozialen Dienstes ist notwendig.“ Dazu gehöre auch, die bisherige Praxis, Haus- und Abteilungsleiterfunktionen mit Sozialpädagogen zu besetzen zu überdenken. Alibiangebote zur Entlassungsvorbereitung

Staatliche Verantwortung

Statement von Rechtsanwalt Dr. Bernhard Weiner, Landesvorsitzender des Weissen Ring und Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung Opferhilfe Niedersachsen, beim Symposium

Es ist eine große psychologische Ungerechtigkeit, dass Täter sehr viel besser mit ihren Taten leben können, als die Opfer mit dem, was sie durchmachen mussten. Der Täter ist aktiv, er ist Herr seiner Tat. Das Opfer dagegen fühlt sich ohnmächtig und büßt Selbstvertrauen ein. Das Opfer muss erst dem Täter zur Verfügung stehen, dann der Polizei, der Staatsanwaltschaft und dem Gericht. Die Interessen des Op-

fers geraten dabei schnell aus dem Blickfeld. Nur dort, wo das Opfer rechtlich abgesichert informiert und beteiligt ist, kann es aktiv werden. Diese Aktivität stärkt das Selbstbewusstsein und vermeidet Ohnmacht.

Wie ist es bei der Haftentlassung? Beteiligungsrechte kennt auch das NJVollzugsG - immerhin schon in § 192, dort im Absatz 4, unter der Überschrift Datenübermittlung!

Ziel dieser und der mit ihr korrespondierenden Vorschrift des § 406 d StPO: Der Täter soll nicht überraschend vor dem Opfer stehen. Die Opfer werden auf ihren Antrag hin vom Weissen Ring und der Stiftung Opferhilfe informiert. Damit sollen Ohnmacht und Re-Traumatisierungen verhindert werden. Nach unseren Erfahrungen besteht ein besonderer Bedarf zur Information bei Delikten der schwersten Gewalt-

sollten nach Meinung des Experten nicht gemacht werden.

Es bedürfe mittelfristig erheblicher gemeinsamer Bestrebungen, ein effektives Übergangsmanagement zu entwickeln und Landesweit zu installieren, stellte Goiny heraus. Die Straffälligenhilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen habe ihre Bereitschaft signalisiert, als Partner in diesem Prozess mitzuwirken. Voraussetzung hierfür sei, dass die freie Straffälligenhilfe auch weiterhin gesichert und gestärkt werde. „Nur so werden in Zukunft die angestrebten Ziele umzusetzen sein“, machte Goiny deutlich.

Im weiteren Verlauf der Podiumsdiskussion bestand bei den Teilnehmern Konsens, dass durch die Erarbeitung von einheitlichen Standards zum Übergangsmanagement und deren Umsetzung eine durchgehende Betreuung von Straffäl-

ligen angestrebt werden müsse, um so den bekannten Problemlagen adäquat zu begegnen. Dies setze eine enge Zusammenarbeit von Justizvollzug, ambulanten Justizsozialdienst und der Freien Straffälligenhilfe voraus.

Zum Abschluss des Symposiums sagte Niedersachsens Justizminister Bernd Busemann: „Für mich ist wichtig, etwas aus dem heutigen Tag zu machen. Ich möchte der heutigen Veranstaltung konkrete Ergebnisse folgen lassen, denn wer heute noch in Strafhafte sitzt, kann schon Morgen wieder unser Nachbar sein“. Weiter erklärte er: „In allen niedersächsischen Justizvollzugsanstalten soll künftig ein besonderer Ansprechpartner für die Freien Träger der Straffälligenhilfe und den ambulanten Justizsozialdienst als zentraler Entlassungskordinator zur Verfügung stehen.“ Er werde deshalb über einen entsprechenden Erlass landeseinheitliche Regelungen zum

Übergangsmanagement schaffen und für verbindlich erklären. Der Justizminister betonte die Rolle der freien Träger der Straffälligenhilfe, die neben den staatlichen Diensten einen wichtigen Beitrag zur Wiedereingliederung von Straftätern in die Gesellschaft leisteten. Er werde sich weiter dafür einsetzen, dass „diese wertvolle Arbeit erhalten bleibt und sie partnerschaftlich in die Struktur des Übergangsmanagements eingebunden wird.“ Abschließend sagte der Minister: „Ich bin sicher, dass wir noch in dieser Legislaturperiode erhebliche Fortschritte machen werden. Dabei baue ich auf die engagierte Arbeit und den professionellen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vollzuges, des ambulanten Justizsozialdienstes und der Freien Träger.“

kriminalität. Dazu ein Beispiel aus meiner Tätigkeit als Opferanwalt.

Ein 25-jähriger Mann vergewaltigte vor einigen Jahren seine Frau, stieß sie die Kellertreppe hinunter und schlug auf die am Boden liegende so lange ein, bis sie starb. Der Verurteilte soll durch Freigang auf seine Haftentlassung vorbereitet werden. Die Eltern der Getöteten leiden noch heute unter den Folgen des Verlusts der Tochter, sie sorgen sich um ihren halbweisen Enkel, der in einer Pflegefamilie lebt. Sie haben viele Fragen. Wo wird er wohnen? Wie will er das Verhältnis zu seinem Sohn gestalten? Will er uns auch

noch den Enkel wegnehmen? Will er das Grab unserer Tochter besuchen?

Das NJVollzugsG regelt nicht, ob und wenn ja wie, derartige Fragen beantwortet werden. Im konkreten Fall boten zwei Therapeutinnen des Mannes an, mit der Mutter der Getöteten zu sprechen. Sie hatten zuvor diese und ähnliche Fragen mit dem Mann besprochen. Nach einem mehrstündigen Gespräch gewann ich den Eindruck, dass die Frau relativ beruhigt nach Hause gehen konnte. Die Therapeutinnen hatten außerdem angeboten, für weitere Gespräche zur Verfügung zu stehen.

Unsere Forderungen: komplette staatliche Verantwortung auch bei der Haftentlassung, klare Aufgabenzuweisung, ein verantwortlicher Ansprechpartner innerhalb jeder JVA; Information auf Wunsch der Opfer auch durch unmittelbare Bezugspersonen/Therapeuten des Täters aus der JVA sowie Fortbildungsveranstaltungen des Justizministeriums für die Opferhelfer zum Umgang mit § 192 NJVollzugsG.

Pädagogisch sinnvolle Klassenfahrten gewollt

Schullandheime bei Schulfahrtenkonferenz stark vertreten

Zum Thema „Streitfall Klassenfahrt: Chancen zur Erweiterung von Lernperspektiven in der Zange schulischer Sachzwänge“ fand am 13.02.2009 am Rande der Bildungsmesse Didacta die erste niedersächsische Schulfahrtenkonferenz statt. Als Veranstalter hatten sich die typischen „Anbieter“ von Klassenreisen zusammengetan: Das Bundesforum Kinder- und Jugendreisen, der Bundesverband Individual- und Erlebnispädagogik, die Jugendherbergen in Niedersachsen, der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge und die Arbeitsgemeinschaft Niedersächsischer Schullandheime, eine

Mitgliedsorganisation des Paritätischen.

Das geplante Grußwort der Kultusministerin konnte wegen kurzfristiger enttäuschender Absage von **Elisabeth Heister-Neumann** leider nur in Vertretung verlesen werden. Für eine positive Überraschung sorgten dagegen der Programmpunkt Schülertalk „Was wollen wir!?!“. Die teilnehmenden Schülerinnen sprachen sich jede auf eigene Weise für Klassenfahrten aus – und zwar nicht für jene Billigtourismusreisen, für die Schülerinnen und Schülern gerne eine Vorliebe unterstellt wird. Im Gegenteil: Von einer Studien-

fahrt nach Verdun wurde ausgiebig geschwärmt, genauso vom erlebnispädagogischen Programm im Schullandheim Hohegeiß oder der deutsch-polnischen Schüleraustausch-Woche im Schullandheim der Leibnizschule in Nienstedt. Die pädagogisch sinnvolle Klassenfahrt sei gewollt, so der Konsens während des anschließenden Podiums der Anbieter. „Klassenfahrten sind Unterricht außerhalb des Klassenzimmers“, sagte **Klaus Kruse** vom Verband Deutscher Schullandheime und möchte sie als solche fest in das schulische Bildungskonzept integriert wissen. Das Lernen im Schullandheim sei dem in der Schule gleichwertig, und dies müs-



Karin Neugebauer, Karin und Rudolf Neugebauer-Stiftung, (Mitte) und Cornelia Rundt, Vorstand, besuchten gemeinsam die Fachmesse Didacta und kamen dort im Rahmen der Schulfahrtenkonferenz mit Staatssekretär Peter Uhlig (l.) zusammen

se sich auch auf die Finanzierungsmöglichkeiten auswirken. Die Kritik an Schulfahrten, oft stehe der Freizeit- und Spaßaspekt im Vordergrund, griff Kruse auf: „Das Thema Besäufnis kommt zwangsläufig auf, das war auch schon zu meiner Schulzeit so – eine Chance den Umgang mit Suchtmitteln zu thematisieren. Während einer Klassenfahrt ohne Pausenklingeln und Schulschluss ist genau für diese Dinge auch Zeit.“

Auch im anschließenden Podium unter dem Titel „Klassenfahrten: pädagogisch gewollt – politisch vernachlässigt!“ wurde die besondere Bedeutung der Bildungsvermittlung im Rahmen einer Klassenfahrt unterstrichen. „Es wird immer von den Kosten einer Klassenfahrt geredet, aber bedenken Sie: Die 28 Schüler meiner Klasse, die während

einer Klassenfahrt in das ehemalige Stasigefängnis in Hohenschönhausen hineingingen, kamen als 28 überzeugte Demokraten wieder heraus. Man muss einmal diesen gesamtgesellschaftlichen Nutzen sehen“, sagte **Felix Köhn** vom Landesschülerrat Niedersachsen. Er betonte auch, wie wichtig es für seine Klasse war, dass alle Schüler an der Klassenfahrt teilnehmen können. Ein wiederkehrender Diskussionspunkt in allen drei Gesprächsrunden.

„Armut hat sich verändert“, so **Cornelia Rundt**, Vorstand des Paritätischen Niedersachsen, „das besondere Armutsrisiko sind heutzutage Kinder. Der obergerichtlich bestätigte Rechtsanspruch auf einen Kostenzuschuss zur Klassenfahrt für ALG-II-Empfänger ist ein erster Schritt, in der Realität ist die

Durchsetzung dieses Anspruchs von Antragstellung über ggf. Ablehnung, Widerspruch bis hin zur Klage oft sehr schwer. Darüber hinaus haben Geringverdiener, deren Einkommen knapp über dem einer ALG-II-Familie liegt, keinen Rechtsanspruch auf Zuschuss zu den Kosten der Klassenfahrt.“ Ein Weg zu dem Ziel, alle Schüler einer Klasse an der Fahrt teilnehmen zu lassen, führt über sozialverträgliche Preise. Diese zu gewährleisten und darüber hinaus die pädagogisch wertvollen Inhalte, ist aber, so ein Fazit, bei der derzeitigen finanziellen Unterstützung nicht möglich.

Steffi Becker,
Referat Europa und Soziales

Positive Bilanz

Ein Jahr Fachklinik Kronsberg

Ein Jahr nach Eröffnung der größten Fachklinik für Abhängigkeitskranke in Norddeutschland hat der hannoversche Suchthilfeträger STEP, Tochtergesellschaft des Paritätischen Niedersachsen, eine positive Bilanz gezogen: „Die Fachklinik am Kronsberg in Hannover hat viele Hoffnungen auf ein Leben ohne Drogen erfüllt“, sagt STEP-Geschäftsführer **Heiner Peterburs**. „Viele Patienten haben durch die Therapie auf dem Kronsberg Mut für ein selbstbestimmtes Leben erhalten - gut für sie und gut für die Gesellschaft“, zieht er ein erstes Fazit aus der Arbeit der Einrichtung.

Das Kompetenzzentrum für die Rehabilitation Abhängigkeitskranke war im Februar 2008 in Betrieb gegangen. „Die gemeinsame Betreuung von Drogen-, Alkohol- und Medikamentenabhängigen und Menschen mit zusätzlichen Störungen, wie beispielsweise die Computersucht gilt bis heute“, so **Frank Siegele**, Leiter der Fachklinik, als in dieser Form einzigartig in Deutschland. Zudem betonte er, dass die Behandlung häufig kombiniert erfolgt, als stationäre oder tagesklinische Therapie.

Von Februar bis Dezember 2008 wurden in der Fachklinik am Kronsberg 434 Patienten behan-

delt; das entspricht einer für eine neue Einrichtung ungewöhnlich großen Jahresauslastung von 91,3 Prozent. Der „Halteindex“ - die Quote der Patienten, die die gesamte Therapie durchlaufen - ist mit rund 80 Prozent mehr als zufriedenstellend. Die Patienten der Einrichtung sind im Durchschnitt 33 Jahre alt und bleiben in der Regel drei Monate in der Therapieeinrichtung. Vier von fünf Patienten sind Männer.

Demenz und häusliche Pflege

„Ohne den Paritätischen wäre ich am Ende!“

In der alternden Gesellschaft wächst die Zahl von Alzheimerkranken und vor allem die von Dementen in rasantem Tempo. Für die Angehörigen bedeutet die totale Verwirrung ihrer erkrankten Familienmitglieder eine ungeheure und über einen langen Zeitraum kaum zu ertragende Belastung. Wie etwa für die 83 Jahre alte Adelheid Jansen, die seit drei Jahren Tag und Nacht aufopferungsvoll ihren an Demenz erkrankten Ehemann **Friedrich** (85) betreut. Oder das Ehepaar **Heiner und Sabine Dieckmann**, die gleich zwei Pflegefälle in ihrem Haus in Schortens auffangen müssen: Die demenzkranke **Rosalie Dieckmann** (83) und **Gisela Rauska** (87), die körperlich erheblich behinderte Mutter Sabine Dieckmanns.

Bis vor acht Monaten habe Rosalie Dieckmann noch in ihrer eigenen Wohnung gelebt und sich weitgehend selbst versorgt, schildern Heiner und Sabine Dieckmann den Beginn der Demenzerkrankung bei der betagten, aber körperlich ausgesprochen „fitten“ Frau. „Den Beginn der Krankheit haben wir wohl nicht erkannt und ihr Verhalten als eine gewisse Altersbockigkeit betrachtet.“ Doch plötzlich geht alles sehr schnell: Rosalie Dieckmann. fragt ungeduldig nach ihren „kleinen Söhnen“, die sie so lange nicht gesehen habe. Sie spricht ihren eigenen Sohn als „Heinrich“ an, ihren im Krieg gefallenen Bruder. Oder sie ist plötzlich verschwunden, fortgelaufen, und die Familie rennt los, die Oma zu suchen. „Wenn sie dann wiederum vor mir steht und bitterlich weint und mich fragt, ‚bin ich denn wirklich so dumm‘, dann ist das für mich

ganz schlimm!“ Schließlich habe sie ihr ganzes Leben für ihn und seine Geschwister geopfert, sagt Sohn Heiner. „Und jetzt kann ich sie nicht einmal mehr erreichen!“

Für Heiner Dieckmann und seine Frau sind die wenigen lichten Momente eigentlich das Bedrückendste: „Wenn sie für Bruchteile eines Momentes ihre Situation erkannt hat!“ Drohen Heiner Dieckmann die Probleme mit seiner demenzkranken Mutter über den Kopf zu wachsen, setzt er sich auf sein Motorrad und ist für ein paar Stunden weg von der ohnmächtigen Sorge um seine Mutter und der Angst vor noch mehr Belastungen.

Das Ehepaar Friedrich und Adelheid Jansen hätte am 24. Januar diesen Jahres seinen 48. Hochzeitstag feiern können. Die Demenzerkrankung von Ehemann Friedrich machte einen schicksalhaften Strich durch dieses Ereignis. „Diese Jahre kann man doch nicht einfach wegstreichen aus seinem Leben!“ Ganz leise hängt Adelheid Jansen einen Nachsatz an ihre Überlegung: „Ohne mich würde er wohl nicht mehr leben.“

Nachts findet Adelheid Jansen keinen Schlaf mehr („ohne Schlaftabletten schon gar nicht“). Denn ihr Mann irrt orientierungslos durch die Wohnung. „Einmal habe ich ihn in der Badewanne entdeckt, in die er hineingefallen oder geklettert war“. In den Fluren und Zimmern des kleinen Einfamilienhauses in Jever gehen nachts immer wieder die Lichter an, gesteuert von Bewegungsmeldern, die inzwischen überall einge-



Die meisten Demenzerkrankten werden von ihren Angehörigen im familiären Umfeld aufopferungsvoll betreut. So wie es Adelheid Jansen in Jever seit drei Jahren bei ihrem Ehemann Friedrich macht

Foto: Klocke

baut sind. „Ich werde immer wieder vom ständigen Lauschen wach.“

Die einzigen kleinen „Freizeit-Reisen“ sind die Zeiten des Einkaufens, ein kurzer Kaffeeklatsch mit Freundinnen. Doch selbst das funktioniert nur, wenn der Sohn die „Wache“ übernimmt, oder der Pflegedienst des Paritätischen Friesland für ein paar Stunden kommt. „Ohne den Paritätischen wäre ich am Ende“, drückt Adelheid Jansen ihren Kummer aus. Dabei steht pflegenden Angehörigen ein richtiger Urlaub zu. Der durch Ganztagspflege oder Kurzzeitpflege bis zu vier Wochen in stationärer Betreuung ermöglicht werden kann. Das alles hat Adelheid Jansen bislang noch nicht in Anspruch genommen. „Wenn es ganz schlimm wird, ziehe ich mich in den Garten zurück und genieße das Alleinsein im Gewächshaus.“

Diese beiden Situationsbeschreibungen sind typisch für pflegende Angehörige. Um die Situation der Helferinnen und Helfer sowie die Möglichkeiten des familiären Netzwerkes zu beleuchten, hatte der Paritätische Friesland Anfang März zu einer Veranstaltung zum Thema Umgang mit Demenzkranken eingeladen. Gemeinsam mit der Volkshochschule und Musikschule Friesland-Wittmund erfuhren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Tipps für die Gestaltung und Erleichterung des Betreuungsalltags. Diese Veranstaltung sollte auch dazu beitragen, die seit Juli letzten Jahres geltenden Änderungen zu verdeutlichen. Mit den Änderungen in der Pflegegesetzgebung erhalten die pflegenden Angehörigen von Demenzkranken, eine deutlich höhere Leistung aus der gesetzlichen

Pflegekasse als bisher. War es bislang ein Betreuungsbetrag von 460 Euro im Jahr, so wurde diese finanzielle Hilfe auf 100 Euro im Monat angehoben. Körperliche und geistige Einschränkungen werden bei der Einstufung in die jeweilige Pflege ohne Unterschiede berücksichtigt. Der Paritätische, so Geschäftsführer **Wolf-Dieter Kulawik** zur Veranstaltung, verstehe sich hier nicht nur als Anbieter von Pflegeleistungen, sondern als Partner und kompetenter Ansprechpartner. „Die Leistung pflegender Angehörigen kann natürlich nicht genug gelobt werden. Es kommt für diese Menschen aber auch darauf an, sowohl im eigenen Interesse für sich selbst Grenzen der Belastbarkeit zu setzen, als auch den Punkt zu erkennen, wenn eine professionelle Pflege oder Betreuung einfach unerlässlich wird.“



Paritätische Dienste

Wir kommen rum!

Ambulante Pflege • Essen auf Rädern • Hilfen im Alltag

Die regionalen Sozialzentren des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes stehen Ihnen bei Bedarf mit Rat und Tat zur Seite. 42 mal in Niedersachsen – 1 mal auch direkt in Ihrer Nähe.

www.paritaetischer.de

Paritätischer Niedersachsen e.V.

Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege



Ulla Schmidt lobt das Eilenriedestift

Betreuung von Demenzen ist „vorbildlich“

Im Februar 2007 eröffnete das hannoversche Eilenriedestift die Hausgemeinschaften. Die Mitgliedsorganisation des Paritätischen hatte dazu über 1,5 Jahre ein 4.800 Quadratmeter großes, vierstöckiges Wohngebäude umgebaut. Das Resultat ist eine moderne Pflegeeinrichtung, die nach dem neuesten Stand des Wissens über die Betreuung von Demenzen eingerichtet und strukturiert ist. Die rund 27 Quadratmeter großen Zimmer der 64 dort lebenden Menschen sind in kleinen Wohneinheiten gruppiert und um einen großen Gemeinschaftsraum gebaut. „Die kleinen, homogenen Wohngruppen geben den demenzkranken Menschen Sicherheit

und Geborgenheit in einem familiären Zuhause“, weiß Stiftsdirektor **Dr. Anton Bilek**.

Das alles ist aber nur der Rahmen für die Pflege und Betreuung. Tägliche Aktivieren und Motivieren ist dabei Bestandteil der Arbeit, um größtmögliche Teilhabe und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Zugleich gibt es eine enge Einbindung der Angehörigen und von Fachärzten, die das ganzheitliche Pflegekonzept unterstützen. Umgesetzt wird dies von einem engagierten und kompetenten Pflegeteam, das nach Aussage von Einrichtungsleiterin **Veronika Radtke-Limberg** „mit Leidenschaft und Einfühlungsver-

mögen bei der Sache ist“, was sie als entscheidenden Faktor bei der Betreuung demenzkranker Menschen bezeichnet. Dabei werden biografische Bezugspunkte gesucht und in die Betreuung integriert. Die Bewohnerinnen und Bewohner fühlen sich dadurch verstanden und angenommen. Dank der individuell eingerichteten Wohnungen, in denen mitgebrachtes Mobiliar ausdrücklich erwünscht ist, entsteht ein Gefühl der Vertrautheit.

Einen besonders schönen Erfolg der Hausgemeinschaften gibt es bei der Medikamentenvergabe. Bei der Aufnahme und in den ersten Wochen wird vom Pflegeperso-



Günter Famulla, Ulla Schmidt, Veronika Radtke-Limberg und Dr. Anton Bilek beim Besuch der Ministerin

nal gemeinsam mit Fachärzten die Notwendigkeit der bisherigen Medikamente geprüft. Erfreulicherweise kann ein Teil der alten Medikamente abgesetzt werden, was den Bewohnerinnen und Bewohnern teilweise zu mehr Klarheit und Mobilität verhilft.

Am 10. März 2009 besuchte Bundesgesundheitsministerin **Ulla Schmidt** die Hausgemeinschaften. „Ich habe einen sehr positiven Eindruck gewonnen“, sagte Schmidt nach dem Rundgang durch das Haus und fügte hinzu: „Hier wird etwas für die Menschen getan.“ Zuvor informierte sich die von **Günter Famulla**, Vorsitzender des Eilenriedestiftes und des Paritätischen Niedersachsen, und Dr. Bilek eingeladene Ministerin bei Einrichtungsleitung, Pflegekräften sowie Fachärzten über die besonderen Herausforderung bei der Betreuung dementer Menschen.

Als große Herausforderung für die kommenden Jahre bezeichnete Schmidt die zu erwartende wachsende Anzahl von Demenzen. Mit einem immer längeren Leben „wächst das Risiko an Demenz zu erkranken“. Darauf, so die Ministerin, „müssen wir vorbereitet sein.“ Sie möchte gerne, dass Demenzen so viel Teilhabe und Selbstbestimmung wie machbar zuteil wird. Jeder einzelne Tag sollte so angenehm wie möglich gestaltet werden, es sei schließlich das letzte Wohnen im Leben. Zugleich stellte sie heraus, dass Pflege Geld koste und die Gesellschaft bereit sein müsse, dieses Geld zur Verfügung zu stellen. Sie wies darauf hin, dass aber auch sowohl die familiären Strukturen, als auch das bürgerschaftliche Engagement gestärkt werden müssten



Die Medikamentenvergabe konnte bei vielen neuen Bewohnern reduziert werden



Ulla Schmidt spricht mit einer Bewohnerin



Die Ministerin hatte sichtlich Interesse an den Menschen

und sich Heime, Fachärzte, Apotheken, Kassen, Pflegeversicherung und Familien stärker miteinander vernetzen sollten, um der Herausforderung Demenz entgegen treten zu können. Diese Kooperation der Beteiligten gelinge in den Hausgemeinschaften des Eilenriedestiftes sehr gut, wovon sie sich selbst überzeugt habe. Schwarzen Schafen müsse man hingegen das Handwerk legen: *„Wenn es sein muss durch Schließung, auch um die zu stärken, die wirklich gute Arbeit leisten.“*

An die Ministerin wurden beim Besuch auch Forderungen herangetragen. Insbesondere der Personalschlüssel und die Ausbildungssituation müssten nach Auffassung von Veronika Radtke-Limberg stark verbessert werden, um den besonderen Bedürfnissen der Dementen auch zukünftig gerecht werden zu

können. Schon jetzt fehlten Fachkräfte. Dieses Problem sei vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung dringend anzugehen. Die Ministerin sprach sich in dem Zusammenhang dafür aus, Menschen den Zugang zum Pflegeberuf zu ermöglichen, die auch ohne Vorqualifikation eine fachliche Prüfung bestehen können. Es sei nicht mehr zeitgemäß, einen Realschulabschluss als Zugangsberechtigung zu fordern. Eine entsprechende Änderung könne dazu beitragen, der rissigen Anzahl dringend benötigter Pflegefachkräfte entgegen zu können.

Am Ende des Informationsgespräches resümierte Günter Famulla: *„Der Besuch der Ministerin ist Ausdruck großer Anerkennung für die schwere und sehr anspruchsvolle Arbeit, die hier täglich geleistet wird.“*

Ich hoffe, dass der Besuch der Ministerin hilft, das Thema Demenz weiter zu enttabuisieren und gesellschaftlich und politisch zu bewegen.“

Kontakt

Hausgemeinschaften Eilenriedestift

Veronika Radtke-Limberg

Tel. 0511 94094-0

E-Mail: info@hausgemeinschaften-eilenriedestift.de

Web: www.hg-estift.de



Glücklich und selbstbestimmt im Alter - eines der Ziele in den Hausgemeinschaften des Eilenriedestiftes

Wechsel beim Paritätischen Hildesheim-Alfeld

Elisabeth Fokken wird Nachfolgerin von Karin Höfelsborn

Nach 32-jähriger engagierter Tätigkeit für den Paritätischen ist **Karin Höfelsborn** am Freitag, 20. März 2009 feierlich verabschiedet worden. **Günter Famulla**, Vorsitzender des Paritätischen Niedersachsen, würdigte die Geschäftsführerin des Paritätischen Hildesheim-Alfeld und führte ihre Nachfolgerin **Elisabeth Fokken** in ihr neues Amt ein.

Unter den rund 100 Gästen waren neben dem Vorsitzenden des Verbandsrates, **Horst Hüther**, und Vorstand, **Cornelia Rundt**, auch der Ehrenvorsitzende des Kreisgruppen-Beirates, **Josef Sydow**. Durch das Programm führte der Beiratsvorsitzende, **Bernd Göddertz**. Der stellvertretende Landrat, **Horst Witte**, überbrachte die Grüße des Landkreises und sprach Karin Höfelsborn die Anerkennung aus für den langjährigen Einsatz für die Menschen im Landkreis Hildesheim. Bürgermeister **Bernd Beushausen** aus Alfeld bezeichnete die ausgeschiedene Geschäftsführerin als das Gesicht des Verbandes und würdigte ihren Pragmatismus bei der Lösung vielfältiger Probleme. Er hob ihre „Menschlichkeit ohne Sozialromantik“ hervor und sagte: „Ohne Sie wäre Alfeld kälter, wenn Sie nicht mit ihrem Team unermüdlich im Einsatz gewesen wären.“ Der Hildesheimer Bürgermeister, **Henning Blum**, hob hervor, dass Karin Höfelsborn Menschen mitnehmen und zusammenhalten konnte. **Dr. John Coughlan** für die Kreisarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und **Norbert Raabe**, Geschäftsführer

des Paritätischen Hameln und Beauftragter für den Bezirk Hannover, dankten Karin Höfelsborn für die langjährige Zusammenarbeit.

Unter der Leitung von Karin Höfelsborn entwickelte sich der Paritätische in Hildesheim und Alfeld zu einem außerordentlichen Sozialzentrum, das Heimat für 81 Mitgliedsorganisationen und fast 70 Selbsthilfegruppen ist. Mit 68 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bietet der Paritätische vor Ort eine breite Vielfalt von sozialen Dienstleistungen an, die von Essen auf Rädern und ambulante Pflege über Sozialberatung, Selbsthilfearbeit und Mitgliederförderung bis hin zu Demen-tenbetreuung und offener Altenhilfe reicht. Famulla bezeichnete die Entwicklung des Paritätischen Hildesheim-Alfeld in den letzten Jahren als ein „berufliches und persönliches Werk“, das Karin Höfelsborn inno-

vativ und engagiert weiterentwickelt und geprägt habe.

Nachfolgerin von Karin Höfelsborn ist Elisabeth Fokken. Die Diplom-Sozialarbeiterin und –Sozialwirtin verfügt nach den Worten Famullas über „einen Blick auf die vielfältigen Lebenslagen von Menschen, die der Hilfe und Unterstützung bedürfen.“ Unter anderem war sie bisher in den Bereichen Behindertenarbeit, Sprachheilarbeit, Jugendhilfe, Beratungsdienste und Migration tätig. Alle Redner freuten sich auf die Zusammenarbeit mit der neuen Geschäftsführerin und wünschten ihr unter anderem das Quäntchen Glück, welches neben dem Fachwissen zwingend erforderlich ist für eine erfolgreiche Arbeit.

*Harald Fischer,
Abteilungsleiter Sozialzentren*



V.l.: Günter Famulla, Karin Höfelsborn, Elisabeth Fokken und Bernd Göddertz

Aufregend anders – gemeinsam genial!

Down-Syndrom Hannover plant Integratives Soundfestival

„Stellen Sie sich unsere Kinder mitten in unserer Gesellschaft vor: intellektuell durchaus hilfebedürftig, aber ungebrochen in ihrem vitalen Lebensgefühl, staunend über die Vielfalt des sie umringenden Lebens, freundlich und liebevoll das Leid der anderen mitfühlend, im Grunde zufrieden mit dem, was ihnen ihr Leben bietet, arglos, vertrauensvoll und unmaterialistisch. Vielleicht leben sie uns einen Teil unserer Sehnsüchte vor? Vielleicht zeigen sie uns Wege zu ganz anderen Zielen als denen, denen wir hinterher jagen? Und zuletzt: Vielleicht geben uns genau diese Kinder eine sehr konkrete Chance, uns – durch ihr Anderssein – zum Anderswerden zu ermutigen.“ Diese Aussage von **Christiane Joost-Plate**, Vorsitzende, verkörpert den Gedanken des Vereins Down-Syndrom Hannover.

Als dieser vor zehn Jahren gegründet wurde, sollten sich die Mitglieder nicht nur als Betroffene in gegenseitiger Betroffenheit aus-

tauschen und auffangen. Vielmehr wollte sich der Verein von Anfang an mit dem Wunsch nach gesellschaftlicher Integration an die Öffentlichkeit wenden. Wie Joost-Plate sagt, „ein umfassendes Anliegen, das den Rahmen einer reinen Selbsthilfegruppe sprengen würde.“ Heute hat die Mitgliedsorganisation des Paritätischen Niedersachsen etwa 100 Mitglieder mit Kindern, die Down-Syndrom haben.

„Ziel ist es, sachlich über die Behinderung aufzuklären, aber vor allem erfahrbar zu machen, welch unschätzbare Reichtum sich uns 'Normalen' durch das gemeinsame Leben mit 'Behinderten' erschließt. Wenn sich die Menschen aufeinander zubewegen, dann können wir Integration schaffen“, weiß Christiane Joost-Plate. „Dann kann das Besondere erkannt werden.“

Aktivitäten. Der Verein arbeitet sowohl „intern“ mit den Mitgliedern an seinen Zielen, als auch „ex-

tern“. Um Menschen mit Down-Syndrom und ihren Angehörigen zu helfen, bietet der Verein eine Fachberatung. Hierbei werden alle Fragen rund um das Down-Syndrom und mögliche Hilfen erörtert. Diese Familien werden auch bei konkreten Integrationsbemühungen (Krabbelgruppen, Kindergärten, Schulen) unterstützt. Dabei kooperiert Down-Syndrom Hannover mit dem Verein Mitten-drin. Für den gemeinsamen Erfahrungsaustausch stehen außerdem Veranstaltungen auf dem Programm, die von einem Stammtisch über Kinderspielnachmittage oder eine gemeinsame Familienfreizeit sowie Aktivitäten wie Wandern, Schwimmen, Theater bis hin zu Seminaren zu Schwerpunktthemen reichen.

Um die Öffentlichkeit auf die Ziele des Vereins aufmerksam zu machen, ist Down-Syndrom Hannover sehr aktiv bei zum Beispiel dem hannoverschen Selbsthilfetag und ähnlichen Informationsveranstaltungen. Dazu richtet der Verein die „Woche des Down-Syndroms“, die jährlich im Spätherbst stattfindet, aus und bietet Vorträge, Seminare und Schulprojekte an.

Hannoversches Integratives Soundfestival. Wichtig ist für Christiane Joost-Plate das Thema Kultur. „Unter den Menschen mit Down-Syndrom und anderen Menschen mit Behinderungen gibt es unglaublich viele Künstlertalente. Um diese zu fördern und ihr Können zu zeigen, möchten wir mittelfristig eine integrative Kulturszene aufbau-



Der Verein sorgt für regelmäßige Gemeinschaftsaktivitäten

Spenden

Zur Finanzierung der Vereinsaktivitäten, insbesondere der Jubiläumswoche, ist der Verein auf Spenden angewiesen. Diese fördern die Integration von Menschen mit Down-Syndrom.

Down-Syndrom Hannover
Volksbank Hannover
Konto: 81 87 241 000
BLZ: 251 900 01



Kinder mit Down-Syndrom sind nicht einfach nur anders ...

en. Ziel ist es, die Veranstaltungen in den Kulturkalender der Region Hannover aufzunehmen und diesen dadurch noch interessanter zu gestalten. Wir wollen zeigen: *Kunst hat mit Können zu tun - jenseits von Behinderung.* Eingebettet in das zehnjährige Verbandsjubiläum unter Schirmherrschaft von Bundesministerin **Dr. Ursula von der Leyen** werden dazu im Herbst Veranstaltungen stattfinden. Darunter wird ein Variete angeboten, bei dem sich Kinder mit Down-Syndrom gemeinsam mit Artisten des Zirkus Buntropfen präsentieren werden.

Einer der Höhepunkte wird aber das „Hannoversche Integrative Soundfestival“ sein. Dort treten acht Bands auf, darunter die Rockgröße Jane. Dabei handelt es sich um integrative Gruppen sowie Musiker mit beziehungsweise ohne Behinderung. Sie alle verbindet die Liebe zur Musik und gemeinsam wollen sich diese Bands auf den Weg machen, neue musikalische Ideen, Experimentier- und Ausdrucksformen zu nutzen. *„Da es - zumindest hier - keine Verhinderungen mehr geben wird, können alle sich auf den Weg machen: angstfrei, offen für Neues!“*, freut sich die

Vorsitzende. *„Und das drückt unser Veranstaltungs-Motto aus: Aufregend anders – gemeinsam genial!“*

Michael Weber
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Kontakt

Down-Syndrom Hannover
Im Wehrfeld 15
30989 Gehrden
Tel. 05137 92312
Fax 05137 92330
E-Mail: info@down-syndrom-hannover.de
Web: www.down-syndrom-hannover.de



... sondern sie sind, ...



... wie sie sind

Vielfalt macht den Unterschied

Werkstätten kooperieren als NORDCAP WfbM

NORDCAP WfbM ist eine Kooperation elf selbstständiger, zum Teil zum Paritätischen gehörenden, Werkstätten für behinderte Menschen aus Norddeutschland, die unter der gleichlautenden Marke seit 2009 ihre Dienstleistungen und Produkte gemeinsam vermarkten und vertreiben. Insgesamt beschäftigen die elf Einzelwerkstätten 4.600 Beschäftigte an 19 Standorten in der Region Nord-Ost-Niedersachsen und Bremerhaven - womit NORDCAP WfbM eine der größten Kooperationen von Werkstätten für behinderte Menschen in der Region ist. „Unternehmen und Kommunen brauchen jetzt nur noch einen Ansprechpartner kontaktieren, wenn sie Aufträge an die Werkstätten in der Region vergeben wollen. Die kooperierenden elf Werkstätten bieten ihnen eine Vielzahl an Leistungen“, erläutert der Geschäftsführer der Lebenshilfe Rotenburg-Verden, **Werner Ruhe**. „Als Kooperation können die Werkstätten jetzt auch Aufträge für private und öffentliche Kunden erbringen, die sie

als Einzelwerkstatt bisher nicht umsetzen konnten.“

Vielfalt an Leistungen und Kompetenzen. Die gebündelte Kompetenz der elf Werkstätten ermöglicht eine einzigartige Vielfalt an Leistungen und Produkten. Das mit der Marke NORDCAP WfbM beworbene Leistungsspektrum umfasst die gesamte Bandbreite des Werkstättenangebots, u. a. Metall-, Holz-, Kunststoff- sowie Elektroverarbeitung und -bearbeitung, Druck und Grafik, Mailing und Versand, Archivierung und Aktenvernichtung sowie Garten- und Landschaftspflege. Die elf Werkstätten verstehen sich dabei als individuelle Problemlöser für ihre Auftraggeber. Gemeinsam mit den Kunden entwickeln sie flexibel und auf deren Anforderungen zugeschnittene Lösungen. Ob individuelle Kleinstserie oder Massenauftrag: Die Vielzahl an Beschäftigten und die gute technische Ausstattung in den elf Werkstätten ermöglichen es, auch

zeitsensibel, ungewöhnliche und große Aufträge termintreu und zuverlässig auszuführen. Dabei treten die Werkstätten für einen hohen Serviceanspruch gegenüber den Kunden sowie einen hohen Anspruch gegenüber den eigenen Dienstleistungen und Gewerken ein, die durch das Qualitätsmanagement in den jeweiligen Werkstätten gesichert werden.

Vielfalt an Vorteilen. Auftraggeber können mit einem Auftrag bei NORDCAP WfbM den gestiegenen Erwartungen hinsichtlich ihrer sozialen Verantwortung nachkommen. Denn die elf Werkstätten sind gemeinnützige Einrichtungen mit dem gesetzlichen Auftrag, Menschen mit Behinderung die Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen. Wer die Werkstätten beauftragt, tut also gleichzeitig etwas Gutes und kann darüber sprechen – mit seinen Geschäftspartnern und Mitarbeitern.

Dies honoriert auch der Gesetzgeber. Private und öffentliche Auftraggeber können sich bei der Auftragsvergabe an Werkstätten für behinderte Menschen die gesetzliche Ausgleichsabgabe anrechnen lassen. Denn laut Sozialgesetzbuch (SGB) sind private und öffentliche Arbeitgeber mit mehr als 20 Arbeitsplätzen verpflichtet, mindestens fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze mit Menschen mit schwerer Behinderung zu besetzen. Erfüllen sie diese gesetzliche Vorgabe nicht, müssen sie für jeden nicht besetzten Arbeitsplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe abführen. Von den Werkstätten erbrachte Arbeitsleis-

Diese Werkstätten gehören dazu

- Elbe-Weser Werkstätten gemeinnützige GmbH, Bremerhaven
- Haus der Lebenshilfe gemeinnützige GmbH, Uelzen
- Heide-Werkstätten e.V., Walsrode
- Lebenshilfe Bremervörde/Zeven gemeinnützige GmbH, Bremervörde
- Lebenshilfe Celle gemeinnützige GmbH, Celle
- Lebenshilfe Lüneburg-Harburg gemeinnützige GmbH, Lüneburg
- Lebenshilfe Rotenburg-Verden gemeinnützige GmbH, Rotenburg
- Rotenburger Werke der Inneren Mission, Rotenburg
- Schwinge Werkstätten gemeinnützige GmbH, Stade
- Waldheim Werkstätten gemeinnützige GmbH, Achim
- Werkhof und Wohnstätten Lebenshilfe Cuxhaven gemeinnützige GmbH, Cuxhaven

tungen können zu 50 Prozent mit der Ausgleichsabgabe verrechnet werden. Zudem gilt für die Leistungen der Werkstätten ein Steuersatz von nur sieben Prozent.

Durch den Kosten- und Wettbewerbsdruck stehen viele mittelständische Firmen und Großunternehmen vor der Überlegung, einfachere Produktionstätigkeiten nach Fernost oder in osteuropäische Länder zu verlagern. Politische Risiken in diesen Ländern, Qualitätsmängel, steigende Transportkosten oder Währungsrisiken können die vermeintlichen Kostenvorteile einer Verlagerung schnell zunichtemachen. Die Werkstätten dagegen sind vor Ort, die Transportkosten sind gering, sie bieten ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis – und das bei einer großen Fertigungsqualität. „Durch die Beauftragung der Werkstätten sichern sich die Auftraggeber langfristig Wettbewerbs- und Kostenvorteile. Zudem handeln Unternehmen sozial verantwortlich, indem sie den Wirtschaftsstandort Norddeutschland stärken und behinderten Menschen die Beteiligung am Arbeitsleben ermöglichen“, hebt Ruhe die Vorteile hervor.

Die Marke. NORDCAP WfbM setzt sich aus zwei Wortteilen zusammen. NORD steht für die Region Norddeutschland. CAP leitet sich aus dem englischen Wort für Behinderung, handicap, ab. Der Zusatz WfbM ist die etablierte Abkürzung für Werkstätten für behinderte Menschen.

Kontakt

NORDCAP WfbM

Tel. 01802 556644

E-Mail: vertrieb@nordcap-wfbm.de

Web: www.nordcap-wfbm.de



Die Werkstätten sind längst Komplettdienstleister. Von Verpackungsarbeiten ...



... bis hin zu Druckerzeugnissen. Es gibt fast nichts, was sie nicht anbieten können



Die Gründer von NORDCAP WfbM

„Was kann ich für Sie tun?“

Neues Dienstleistungszentrum der Hannoverschen Werkstätten

Mit einem Lächeln und einer freundlichen Frage gehen die Werkstattmitarbeiter der Hannoverschen Werkstätten in Rethen seit diesem Monat auf ihre neuen Kunden zu. Am 7. März eröffnete die Einrichtung für behinderte Menschen in Laatzen-Rethen ihre fünfte Betriebsstätte in der Region Hannover – ein Dienstleistungszentrum mit Geschäften wie Fleischerei, Bäckerei und Bistro.

Hans-Werner Lange, Geschäftsführer des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Niedersachsen, war als Hauptgesellschafter der Hannoverschen Werkstätten von Anfang an in das „Projekt Rethen“ eingebunden. „*Gut Ding will Weile haben*“ erklärte Hans-Werner Lange

beim offiziellen Festakt die neunjährige Planungsphase. Doch durch die politische und gesellschaftliche Offenheit in Laatzen konnte für die neue Werkstatt schließlich ein hervorragender Standort gefunden werden. Ohne Unterstützung von Stadt, Region und Sozialministerium hätte das besondere Konzept eines Dienstleistungszentrums mit einem stadtteilorientierten Angebot nahe am Menschen, nicht ohne weiteres verwirklicht werden können.

180 realitätsnahe Arbeitsplätze. Sozialministerin **Mechthild Ross-Luttmann** freute sich besonders über die gelungene Einbindung der neuen Werkstatt in das Wohngebiet in Rethen. So werden Begegnungen

von Menschen mit und ohne Behinderung künftig zur gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit, hofft die Ministerin. Für Regionspräsident **Hauke Jagau** war die Eröffnung eine besondere Freude – hatte er doch bereits als Bürgermeister von Laatzen das Projekt von Anfang an begleitet und gefördert. Sein Nachfolger, Bürgermeister **Thomas Prinz**, ist nicht minder stolz. Die Stadt Laatzen kann mit der Einrichtung 180 neue Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung vorweisen. Ein weiterer Schritt zu mehr Teilhabe für Menschen mit Handicap in Laatzen.

Angebote nahe am Kunden. Nach der feierlichen Schlüsselüber-

Neue Arbeitsbereiche stellen neue Herausforderungen -

Interview mit Helge Staack, pädagogischer Einrichtungsleiter der Gastronomie

Am 7. März haben die Hannoverschen Werkstätten ihre neue Bäckerei, Fleischerei und das Bistro eröffnet. Wie hat sich das Team darauf vorbereitet?

„Seit längerem bereiten wir uns gemeinsam mit unseren Werkstattmitarbeitern auf die neuen Aufgaben vor. Es hat Verkaufsschulungen mit den Mitarbeitern gegeben, die im Verkauf arbeiten wollen. So konnten sie schon vorab üben, wie man Kunden anspricht und freundlich bedient.“

Was ist das Besondere am Angebot und welche Spezialitäten bieten Sie an?

„In der Fleischerei verkaufen wir bevorzugt Fleisch von regionalen Produzenten und aus artgerechter Tierhaltung. Das ist unser Qualitätsmerkmal. Bei den Produkten in Bäckerei und Fleischerei schmeckt man einfach die Handarbeit, da kommt nichts aus der Fabrik. Das gilt natürlich genauso für die Speisen in Kantine und Bistro.“

Wie sehen die Arbeitszeiten in den neuen Arbeitsbereichen, insbesondere der Bäckerei aus?

„Wir müssen umdenken von der klassischen Werkstatt-Arbeitszeit 7:45 bis 15:45 Uhr. Wir haben jetzt Arbeitsfelder, die ganz individuell sind und auch ganz unterschiedliche Arbeitszeiten haben. In der Bäckerei beginnen wir zwischen 3 Uhr und 4 Uhr morgens und produzieren den ganzen Tag. Der Verkauf öffnet von 6:30 Uhr bis 18 Uhr, außer montags. Dafür haben wir am Nachmittag von 12 bis 15 Uhr geschlossen. Kein Werkstattmitarbeiter wird gezwungen, zu diesen Zeiten zu arbeiten. Wir freuen uns aber über jeden, der Lust hat, zu ungewöhnlichen Arbeitszeiten zu arbeiten. Wir finden für jeden eine individuelle Lösung.“

gabe konnten sich die rund 3.000 Gäste endlich die neuen Arbeitsplätze in Wäscherei, Rad-Werkstatt, Autopflege und in dem großen Gastronomiebereich ansehen. Das Dienstleistungsangebot kommt an: Viele begeisterte Besucher meldeten ihr Fahrzeug gleich zu einer Frühjahrsreinigung an, die Termine der nächsten zwei Monate sind fast ausgebucht. Die neue Rad-Werkstatt präsentierte sich mit einer Versteigerung gebrauchter Fahrräder. Die Werkstattmitarbeiter hatten diese selbst hergerichtet und wieder verkehrssicher gemacht. So fand manch alter Drahtesel einen neuen Besitzer.

Großes Interesse der Bürger.

Für Bäckerei und Fleischerei war der 7. März der erste Verkaufstag. So viele Rethener wollten dort das Angebot studieren und einkaufen, dass sich lange Schlangen bildeten. Geduldig warteten die Kunden bis sie an die Reihe kamen – ein guter Start für die Geschäfte an der Sehlwiese. Auch die Küche hatte viel zu tun. Über 600 Essen gingen allein in der Kantine über den Tresen. Die Rethener können hier künftig gemeinsam mit den Werkstattmitarbeitern ihr Mittagessen einnehmen. Im Bistro war lange Zeit kein Platz zu finden, so viele Gäste wollten das Speisenangebot testen. Viel Lob gab es für die Einrichtung mit Fotos der ehemaligen Rethener Zuckerfabrik. Sie stand bis in die 90er-Jahre auf dem Grundstück der Hannoverschen Werkstätten. Das Bistro wurde zum Andenken „Alte Zuckerfabrik“ getauft – ein weiterer kleiner Mosaikbaustein für die Einbindung der Werkstätten in Rethen.

Ein buntes Bühnenprogramm vermittelte den Gästen einen Eindruck,



Ansturm auf die Bäckerei - die Rethenerinnen und Rethener zeigten großes Interesse

was die Hannoverschen Werkstätten neben der Arbeit ausmacht: Teilnehmer des Sportbereichs präsentierten unter dem Motto „Flott durch den Alltagstrott“ die vielfältigen Bewegungsangebote in den Werkstätten. Die Theatergruppe Baleni hatte sich ebenfalls Bewegung auf die Fahnen geschrieben: „Gehen“ „Laufen“ „Sitzen“ „Stehen“ wurde von der neu formierten Gruppe präsentiert. Ent-

spannen konnte man sich dann bei den Instrumentalstücken der „Sterne der Nacht“, bevor „Die Eisbrecher“ mit rockigem Sound den Höhepunkt und krönenden Abschluss des aufregenden Tages einläuteten. Ein wahrlich gelungenes Fest.

Christine Herbrig
Hannoversche Werkstätten, Marketing & Öffentlichkeitsarbeit



Strahlende Gesichter bei der Schlüsselübergabe: Hans Werner Lange, Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen, Thomas Prinz, Bürgermeister von Laatzen, Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann, Vera Neugebauer, Geschäftsführerin Hannoversche Werkstätten, Thomas Rorig, Architekturbüro Artplan und Regionspräsident Hauke Jagau

„Das Leiden der Kinder in drogenkranken Familien“

Kongress der Jugendhilfe Lüneburg

Kinder aus suchtkranken Familien, die zu Tode gekommen sind, beherrschen seit Monaten das öffentliche Interesse. Namen wie „Kevin“ und „Karolina“ sind Synonyme für das kaum zu fassende Martyrium von kleinen Kindern geworden. Das Hilfesystem in der Bundesrepublik – so sollte man meinen – bietet hier ein sicheres Netz zur Prävention und Behandlung solcher Krisen. Muss man im Falle der betroffenen Kinder hierbei von einem Versagen dieser Systeme sprechen? Dieser

Frage widmete sich der Kongress „Vom 'State of the Art' der Versorgung von Kindern in drogenkranken Familien zum Recht dieser Kinder auf bestmögliche Versorgung“ der Jugendhilfe Lüneburg. Am 21. Februar trafen sich viele Fachleute und ein breites interessiertes Publikum, das sich dieser Frage aus den verschiedensten Blickwinkeln näherte. Geschäftsführer **Matthias Lange** begrüßte rund 150 interessierte Personen aus allen Fachkompetenzen.

Arnhold Sobot, Mitarbeiterin der Therapeutischen Gemeinschaft Wilschenbruch, berichtete über die Veränderungen der Entwicklung von Kindern, die bereits in der Schwangerschaft an dem Drogenkonsum ihrer Mütter partizipieren. **Dr. Ruthard Stachowske**, Leiter der Therapeutischen Gemeinschaft Wilschenbruch, erläuterte die z. T. erheblichen Probleme bei der Versorgung dieser Kinder im professionellen System. So sind z. B. die verschiedenen Rechtsbereiche der Sozialgesetzbücher gegenseitig so inkompatibel, dass oft Hilfen für Familien nicht möglich sind. Bis heute ist das Wohl des ungeborenen Lebens in unserem Rechtssystem nicht ausreichend geschützt.

Dr. Peter Bringewat, Professor an der Universität Lüneburg, erläuterte in einem eindringlichen Vortrag, dass auch professionelle Helfer für die Qualität ihres Wirkens in einer Rechtsverantwortung stehen. Die Klärung der jeweiligen Garantenstellungen sei Grundlage eines rechtssicheren Handelns.

Die pädiatrischen Probleme von Kindern in suchtkranken Familien erläuterte **Dr. Josef Sonntag**, Professor und Chefarzt der Klinik in Lüneburg. Die Untersuchungen suchtbelasteter Schwangerschaftsverläufe haben ergeben, dass vor allem der Konsum mehrerer Drogen ein unkalkulierbares Risiko darstellt.

Auch das Thema der Substitution war Thema des Kongresses. **Dr. Manfred Nowak**, Chefarzt eines



Matthias Lange begrüßte die interessierten Zuhörer in den Räumen der Rudolf Steiner-Schule

Therapiezentrum für abhängigkeitskranke Erwachsene und Eltern in Rheinland-Pfalz, erklärte, dass die Substitution nicht immer das beste Mittel für werdende Mütter ist. Es müsse sehr genau geprüft werden, ob die betreffende Person für eine solche Behandlung geeignet sei.

Die in der Vergangenheit häufig sehr emotional geführte Diskussion zum Thema Substitution veranlasste Dr. Nowak, die Bitte zu formulieren, sich in diesem Arbeitsfeld mit viel kollegialer Toleranz zu begegnen. **Dr. Hubertus Lauer** wies aus der Sicht des Deutschen Kinderschutzbundes sehr eindringlich auf die Rechte der Kinder hin, die ihnen in unserer Kultur zustehen.

In parallel stattfindenden Workshops wurden u. a. die Garantstellung und die Garantspflicht in der Versorgung polytoxikoman abhängigkeitskranker schwangerer Frauen und Mütter mit Kindern behandelt. Dr. Bringewat erklärte in diesem Zusammenhang die rechtlich begründete „Pflicht“, nach dem relevanten „State of the Art“ zu handeln.

In einem weiteren Workshop erklärte **Georg Wiegand** von der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover, wie die DRV die Erwartungen und Ansprüche an die ambulante und stationäre Rehabilitation von schwangeren Frauen und Eltern definiert.

In einer ausführlichen Podiumsdiskussion, die von **Dr. Jochen Weihe**, Professor an der Universität Lüneburg, geleitet wurde und an der auch **Dr. Wolfgang Heckmann**, Professor für Sozialpsychologie an der Hochschule

Magdeburg-Stendal, teilnahm, gelang es, eine kontroverse und ergiebige Diskussion mit dem Publikum zu führen. Die Vielzahl und die Unterschiedlichkeit der Fragen dokumentierten die Komplexität dieses Themas. Nicht alles konnte beantwortet werden. Aber die Diskussion zeigte in jedem Fall den enormen Gesprächsbedarf, den dieses Thema beinhaltet. Ein weiterer intensiver Austausch, darüber waren sich alle Beteiligten des Kongresses einig, ist dringend geboten.

„Aktive Vernetzung ist ein notwendiger und manchmal auch schmerzhafter Prozess“, so resümierte Matthias

Lange, Geschäftsführer der Jugendhilfe Lüneburg, abschließend die Notwendigkeit des gegenseitigen Austausches aller Disziplinen in diesem Bereich. Der Kongress hat eindeutig dazu geführt, dass hier ein lebendiger Austausch geschaffen wurde, um den betroffenen Kindern das notwendige Recht auf bestmögliche Versorgung zu sichern.

Kontakt

Jugendhilfe Lüneburg
Matthias Lange

Tel. 04131 8561-0

E-Mail: info@jugendhilfe-lueneburg.de

Web: www.jugendhilfe-lueneburg.de



Dr. Josef Sonntag stellte die pädiatrische Seite des Problems dar

Fahrsicherheitstraining

ARV Salzgitter schult Fahrerinnen und Fahrer

In einer Kurve auf glatter Straße eine Vollbremsung zu machen, ist für jeden Autofahrer eine schwierige Situation. Solchen und viele ähnliche Situationen stellten sich die Fahrer des Behinderten- und Schülerfahrdienstes des Allgemeinen Rettungsdienstes VARV Salzgitter. Anfang Februar 2009 nahmen sie an einem Fahrsicherheitstraining in der Autostadt in Wolfsburg teil.

Die zwölf Fahrerinnen und Fahrer von Kleinbussen und Pkw, die im Behindertenfahrdienst und im freigestellten Schülertransport des ARV eingesetzt sind, hatten an zwei Tagen jeweils acht Stunden lang in Theorie und Praxis den Umgang mit den ihnen anvertrauten Fahrzeugen geübt. Es wurden Brems- und Ausweichübungen gefahren, Bremswege erklärt und probiert und das Bremsen auf unterschiedlichen Bodenbelägen demonstriert. Fahrdienstleiter

Stephan Arndt, der auch an dem Seminar teilnahm, betonte, dass er trotz langer Fahrpraxis und vielen gefahrenen Kilometern doch noch viel lernen konnte. **Dietmar Voges** vom Fahrdienstpersonal sagte: „*Fortbildungen dieser Art sind für die Fahrer von großer Bedeutung und führen uns immer wieder die Grenzen und Möglichkeiten der passiven Sicherheit vor Augen.*“ **Karola Flor**, Vorstandsvorsitzende des ARV hierzu: „*Obwohl unsere Fahrzeuge zum Glück noch nie in einen schwereren Unfall verwickelt wurden, sehen wir doch die Verantwortung für die Menschen, die sich uns anvertrauen.*“ Behinderte und Kinder freundlich, aber vor allem sicher an ihr Ziel zu bringen, ist das wichtigste Anliegen des ARV-Fahrdienstes. Hierfür ist eine solche Schulung ein Schritt in die richtige Richtung.

In den Osterferien fanden weitere Fortbildungen zum Thema Behin-

dertentransport und Umgang mit Behinderten statt. Des Weiteren werden alle Helferinnen und Helfer des ARV Salzgitter regelmäßig in jährlichen Abständen in Erster Hilfe geschult. Der Verband versteht sich als Lückenschließer bei der „Rettung“ hilfsbedürftiger Menschen, aus jedweden Notlagen (z. B. Krankheit, Behinderung Unfall o. a.). Das Angebot der Mitgliedsorganisation des Paritätischen ist keine unsinnige Konkurrenz, sondern eine sinnvolle Ergänzung zu bestehenden Organisationen/Einrichtungen und hält ein breites Dienstleistungsangebot für Hilfesuchende und Hilfebedürftige vor. Der ARV-Salzgitter wurde im Mai 2000 als nicht selbständige Untergliederung des ARV Niedersachsen Süd gegründet. Seit September 2003 ist der Allgemeine Rettungsverband Niedersachsen KV Salzgitter eine gemeinnützige Hilfsorganisation der freien Wohlfahrtspflege.



Bremsen auf Nässe wird trainiert, um den Fahrdienst des ARV noch sicherer zu machen

Freude fördern

40 Jahre Lebenshilfe Soltau

„Dass die Lebenshilfe Soltau auf neue Bedürfnisse und Herausforderungen eingeht, sieht man auch im ersten Krippenangebot in Soltau“, hob **Cornelia Rundt**, Vorstand des Paritätischen Niedersachsen am 5. März 2009 hervor. In Soltau überbrachte Sie zum 40-jährigen Bestehen der dortigen Lebenshilfe Grüße des Paritätischen. Weiter stellte Sie fest: „dass mit den Jahren nicht nur das eine oder andere Angebot dazu kam, sondern auch die Ausrichtung der Arbeit sich verändert hat. So sieht man die Öffnung nach außen, Aufbau dezentraler Einrichtungen und einen deutlichen Akzent auf Assistenz, Kooperation sowie Integration.“

An Herausforderungen werde es auch zukünftig nicht mangeln, sagte Rundt. Beispielhaft nannte Sie die Umsetzung der UN-Konvention, die ein großer Schritt zur diskriminierungsfreien Inklusion von Menschen mit Behinderung ist. Allerdings sei die Umsetzung durch den Bund genau zu beobachten. Ähnliches gelte für die geplanten Änderungen des SGB XII. Dort stünden weniger der Mensch mit Behinderung und seine Teilhabe im Mittelpunkt als Kostengesichtspunkte. Rundt führte aus: „So wird zum Beispiel von personenzentrierten Hilfen gesprochen, die Teilhabechance in den Vordergrund gerückt und die Selbstbestimmung hochgehalten. Auf der anderen Seite wird die Wahlfreiheit durch einseitige Bestimmung des Sozialhilfeträgers eingeschränkt, welche Leistungen im Rahmen eines festgelegten ‚Zwangsbudgets‘ in Anspruch genommen werden dürfen.“

Die Lebenshilfe Soltau wurde vor 40 Jahren gegründet. Heute blickt

die Mitgliedsorganisation des Paritätischen auf vier Jahrzehnte Arbeit und ein sich stetig erweiterndes Angebot für Kinder mit und ohne Behinderung sowie für erwachsene Menschen mit unterschiedlichem Förderbedarf zurück, das von Frühförderung über Sprachheilkindergarten und Tagesbildungsstätte bis hin zu Wohnen und dem Fami-

lienunterstützenden Dienst reicht. Im Mittelpunkt stehen dabei verschiedene Therapieformen und das Bestreben, Freude zu fördern.

Kontakt

Lebenshilfe Soltau

Tel. 05191 9856-0

E-Mail: mail@lebenshilfe-soltau.de

Web: www.lebenshilfe-soltau.de



Ehrungen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes, in Kreisgruppen wie Mitgliedsorganisationen konnten in den letzten Wochen für langjährige Verbandszugehörigkeit ausgezeichnet werden:

Ehrenzeichen des Verbandes

- Alexa Buschmeyer-Wendorff, Hannoversche Kinderheilstalt
- Maria del Carmen Gonzales Gonzales, Hannoversche Kinderheilstalt
- Michaela Kleinwächter, Hannoversche Kinderheilstalt
- Inga Musolff, Hannoversche Kinderheilstalt
- Rita Smits, Paritätischer Landesverband

Urkunde

- Doris Ermeling, Paritätischer Osterode
- Karin Höfelsborn, Paritätischer Hildesheim-Alfeld
- Simone Hotea, Paritätischer Salzgitter
- Olga Paley, Paritätischer Salzgitter

Bundeselterngeld- und -elternzeitgesetz BEEG wurde geändert

Am 24.01.2009 ist das erste Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und -elternzeitgesetzes vom 17.01.2009 in Kraft getreten (BGBl I, Seite 61). Das Gesetz sieht u. a. nun die Einbeziehung der Großeltern in den Kreis der Elternzeitberechtigten vor. Nach § 15 Absatz 1a BEEG haben diese nun auch einen Anspruch auf Elternzeit, wenn der betreffende Großelternanteil mit seinem Enkelkind in einem Haus lebt, das Kind selbst betreut und erzieht und entweder ein Elternanteil des Kindes minderjährig ist oder aber sich im letzten oder vorletzten Jahr einer Ausbildung befindet, die vor Vollendung des 18. Lebensjahres begonnen wurde und die Arbeitskraft des Elternanteils im allgemeinen voll in Anspruch nimmt.

Diese Elternzeitberechtigung besteht allerdings nicht, wenn eines der Elternanteile selbst Elternzeit beansprucht, z. B. als Auszubildender gemäß § 20 Abs. 1 BEEG. Ebenfalls keine Anwendung findet § 15 Abs. 3 BEEG, der die Anspruchskonkurrenz der beiden Elternanteile regelt. Elterngeld können Großeltern ebenfalls weiterhin nicht beanspruchen.

Machen Sie mit!

Die Haus und Straßensammlung steht an

Vom 6. Juni bis zum 17. Juni 2009 läuft die diesjährige Haus- und Straßensammlung des Paritätischen Niedersachsen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Paritätischen und seiner Mitglieder können in der Zeit für ihre Einrichtungen Spenden sammeln.

Die Haus- und Straßensammlung ist dabei kein antiquiertes System zur Beschaffung kleiner und großer Beträge. Die teilnehmenden Einrichtungen sind in der Regel sehr zufrieden mit den Ergebnissen und können mit dem Geld ganz schön was auf die Beine stellen. Kleine-

re Anschaffungen, die sonst nicht getätigt werden könnten, werden so möglich. Das Mitmachen lohnt sich also. Zumal der Landesverband die Sammelnden mit Pressemeldungen, Werbematerialien und Sammlungsausweisen sowie mit Rat und Tat unterstützt. Die Materialien können schon jetzt angefordert werden.

Informationen

*Paritätischer Niedersachsen
Marc Algermissen
Tel. 0511 52486-374
E-Mail: marc.algermissen@
paritaetischer.de*

Fortbildung

Sexualisierte Gewalt: Strafanzeige ja oder nein?

Bei der Aufdeckung von sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen stellt sich den Beteiligten sehr schnell die Frage nach einer Strafanzeige. Gleichzeitig ist sie aber auch mit vielen Unsicherheiten und Fragen bezüglich des Ablaufs eines Strafverfahrens, den rechtlichen Möglichkeiten des Opferschutzes und die Frage nach den Be- und Entlastungsfaktoren für die Betroffenen verbunden. Die Entscheidung, ob eine Strafanzeige erstattet werden soll oder nicht, hängt von vielen Faktoren ab. Klarheit über Handlungsspielräume zu vermitteln sowie über Möglichkeiten und Grenzen des Opferschutzes zu informieren, ist Ziel einer Fortbildung von Violetta unter dem Titel „Strafanzeige ja oder nein - Möglichkeiten und Grenzen von recht-

lichen Interventionen bei sexualisierter Gewalt“

Diese findet am 18. Mai 2009 in Hannover statt, kostet 50 Euro und ist auf zwölf Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschränkt. Anmeldungen sind bis zum 8. Mai 2009 möglich.

Kontakt

*Violetta
Tel. 0511 855554
Fax: 0511 855594
E-Mail: andreabehrmann@violetta-
hannover.de*

Wir denken weiter.

Zum Beispiel beim Fundraising.

Generieren Sie Spenden im Internet mit unserem BFS-Net.Tool XXL. Automatisieren Sie Ihre Spendenströme direkt auf Ihr Konto. Sie brauchen keine Programme zu installieren oder Ihre Homepage umzubauen.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de



Geschäftsstelle Hannover
Podbielskistraße 166
Telefon 05 11.3 40 23-0
bfshannover@sozialbank.de



Bank
für Sozialwirtschaft

Anzeige

Starke Technik. Starker Partner.

Beim Kopieren, Drucken,
Scannen und Faxen.



Wir planen, liefern, installieren und warten Bürolösungen von Druckern, Kopierern und Multifunktionsgeräten bis zu professionellen Hochleistungs-Systemen – maßgeschneidert nach Ihren Anforderungen. Inklusive freundlicher Beratung, persönlichem Service und attraktiver Preise. Rufen Sie uns an.

Wir helfen Ihnen gern weiter.



Exklusiver Rahmenvertrag mit dem Paritätischen Niedersachsen e.V., seinen Kreisgruppen und deren Mitgliedsorganisationen: dicke Prozente für Sie auf alle Geräte!

PRINT

Infotec Deutschland GmbH

Ansprechpartner bei dem Paritätischen Niedersachsen e.V.:
Herr Ernst Spieß
Tel. 0511/524 86-398

Ansprechpartner bei Infotec:
Herr Michael Gailus
michael.gailus@infotec.com
Tel. 0511/546 00-0
Fax 0511/546 00-99

infotec
A RICOH COMPANY

www.infotec.com

Der Paritätische Stellenmarkt

Suchen und Finden

hw hannoversche
werkstätten

arbeiten | wohnen | gastronomie

Die Hannoversche Werkstätten gem. GmbH ist eine Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) mit Betriebsstätten in Kleefeld, Hainholz, Kirchrode und Rethen. Wir bieten 900 Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zur Teilhabe am Arbeitsleben.

Wir suchen zu sofort eine (n) Mitarbeiter (in)
Projektentwicklung

Aufgaben: Unterstützung der Geschäftsleitung bei der Entwicklung und Umsetzung von neuen Projekten

Profil: Abgeschlossenes Studium (FH/Uni) und mehrjährige Berufserfahrung
Betriebswirtschaftliche Kenntnisse
Konzeptionelles Arbeiten
Eigenverantwortliches Handeln
Kooperationsfähigkeit
Fähigkeit zur multiprofessionellen Zusammenarbeit
PKW-Führerschein

Wir bieten: Kooperatives und engagiertes Arbeiterteam
Eigenverantwortlichen Handlungsrahmen
Vergütung nach Haustarif, analog BAT IVb
Vollzeit 39 h
Vertrag vorerst auf ein Jahr befristet

Schwerstbehinderte erhalten bei gleicher Eignung den Vorrang.

Schriftliche Bewerbungen an: Hannoversche Werkstätten gem. GmbH
Geschäftsleitung, Lathusenstraße 20, 30625 Hannover

Paritätischer Stellenmarkt

Senden Sie eine

Kurzbewerbung
(zwei bis drei Sätze)

oder ihre
Ausschreibung

an E-Mail presse@paritaetischer.de oder Fax 0511 52486-333

Fax-Vorlage

Bitte senden Sie bei Bedarf diesen Vordruck ausgefüllt per Fax, Post oder den Wunsch per E-Mail an den Landesverband (landesverband@paritaetischer.de)

Anschrift

**Paritätischer Niedersachsen
PF 710380
30543 Hannover**

▶ **Fax 0511 52486-333**

Beratungswunsch

- Recht
 - Betriebswirtschaft
 - Finanzen/Personalbuchhaltung
 - Gehaltsabrechnungen/Rechenzentrum
 - Einkaufsquellen/Rahmenverträge
 - EDV
 - Baubetreuung
 - Seminare
- Mitgliedsorganisation
- Ansprechpartner
- Telefon
- E-Mail

Bestell-Coupons

Bitte senden Sie mir den in diesem Parität Report mit folgender Bestellnummer angegebenen Text an meine Adresse	Kennziffer	Mitgliedsorganisation
Bitte senden Sie mir den in diesem Parität Report mit folgender Bestellnummer angegebenen Text an meine Adresse	Kennziffer	Mitgliedsorganisation

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen

Die Ansprechpartner

Betriebswirtschaft

Entgeltkalkulation, Kostenträgerverhandlung, Interims- & Krisen-Management, Haushalts- und Wirtschaftsplanung, Kostenreduzierung durch Umstrukturierung, Personal- und Personaleinsatz-Planung, Managementtraining, Beratung in Wirtschaftlichkeitsfragen, Marketing-Beratung, Begleitung in Schiedsstellenverfahren, Konzeption von Leistungsangeboten, Leistungsbeschreibung

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

Eduard Schellenberg (Behindertenhilfe)

Tel. 0511 52486-367

Sven Dickfeld (Erziehungshilfe)

Tel. 0511 52486-387

Barbara Heidrich (Pflege)

Tel. 0511 52486-370

Renate Grethe (Landeszuwendungen)

Tel. 0511 52486-383

Baubetreuung

Baubetreuung oder Leitung, Prüfung von Kostenvoranschlägen und Architektenverträgen, Gutachten

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

EDV

Kommunikationskonzepte, Softwareberatung, Auswahl und Installation von Hard- und Software, Softwareübersichten, Internet-Präsentationen

Dietmar Buck

Tel. 0511 52486-373

Reiner Imwiehe

Tel. 0511 52486-359

Finanzierung

Zuwendungen, Zuschüsse und Stiftungsmittel (z. B. Lotteriemittel, Aktion Mensch, Deutsches Hilfswerk, Glücksspirale), Finanzierungskon-

zeption, Kapitalmarktkredite, Vermittlung von Investoren

Christiane Schumacher

Tel. 0511 52486-395

Birgit Eckhardt (Fundraising)

Tel. 0511 52486-376

Adelheid Dähne (Fundraising)

Tel. 0511 52486-347

Finanzbuchhaltung

Organisation der Finanzbuchhaltung, Unterstützung bei Fragen im umsatzsteuerlichen Bereich, Kontierungen, Abschreibungen, Jahresabschluss, Verwendungsnachweise Lotteriemittel-Beihilfen

Monika Bullmann

Tel. 0511 52486-378

Christiane Dannenbring

Tel. 0511 52486-386

Erfassen der Buchhaltungsunterlagen; Beratung Jahresabschluss (entgeltlich)

Annemarie Heuer

Tel. 0511 52486-377

Fotokopien

Größere Kopieraufträgen einschl. Einbinden (entgeltlich)

Marc Algermissen

Tel. 0511 52486-375

Kfz

Ulrich Preisberger (Abrufscheine)

Tel. 0511 52486-348

Paritätisches Rechenzentrum

Abrechnung von Löhnen/Gehältern (entgeltlich)

Udo Mex

Tel. 0511 52486-357

Personal

Unterstützung bei personalrechtlichen Fragen; Unterstützung im Umgang mit BAT, AVR, AVB und TVöD/TV-L, Betriebsvereinbarung des Paritätischen Niedersachsen

Kirsten Schalinski

Tel. 0511 52486-379

Rahmenverträge

Vergünstigte Konditionen für Telefonie und Materialbeschaffung sowie Kopier-, Fax- und Drucksysteme

Ernst Spieß

Tel. 0511 52486-398

Recht

Beratung und Unterstützung bei arbeitsrechtlichen und sonstigen Rechtsfragen, Gutachten, Vertragsprüfung und –ausarbeitung, außergerichtliche Verhandlungen und Vergleiche, Vertretung vor Schiedsstellen

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

Christiane Schumacher

Tel. 0511 52486-395

Versicherungen

Ulrich Preisberger

Tel. 0511 52486-348

Seminare

Interne und externe Schulungen

Nadine Heise

Tel. 0511 52486-384

Fachbereiche des Paritätischen

Die Fachberaterinnen und Fachberater

Altenhilfe

Christine Köhler-Riebau
Paritätischer Wolfsburg
Saarstr. 10 a
38440 Wolfsburg
Tel. 05361 2950-15
Fax 05361 2950-21
E-Mail christine.koehler-riebau@paritaetischer.de

Ausländerfragen

Dieter Nagel
Paritätischer Goslar
Von-Garßen-Str. 6
38640 Goslar
Tel. 05321 21011
Fax 05321 18229
E-Mail dieter.nagel@paritaetischer.de

Behindertenhilfe

Herbert Iwaszkiewicz
Lebenshilfe Nienburg gGmbH
Südring 13
31582 Nienburg
Tel. 05021 60 45-10
Fax 05021 60 45-45
E-Mail
iwaszkiewicz@lebenshilfe-nienburg.de

Bildung

Steffi Becker
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-383
Fax 0511 52486-332
E-Mail steffi.becker@paritaetischer.de

Eingliederungshilfe/Wohnen

Eduard Schellenberg
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-367
Fax 0511 52486-332
E-Mail eduard.schellenberg@paritaetischer.de

Elementarerziehung

Klaus-Dieter Fortmeyer
Paritätischer Cuxhaven
Kirchenpauerstr. 1
27472 Cuxhaven
Tel. 04721 5793-12
Fax 04721 5793-30
E-Mail
klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

Erziehungshilfe

Sven Dickfeld
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52 486-387
Fax 0511 52 486-332
E-Mail sven.dickfeld@paritaetischer.de

Frauen und Familien

Andrea Zerrath
Paritätischer Helmstedt
Schuhstr. 1
38350 Helmstedt
Tel. 05351 54191-4
Fax 05351 54191-66
E-Mail andrea.zerrath@paritaetischer.de

Jugendbildung/PJW

Karsten Maul
Paritätischer Wolfenbüttel
Kommießtr. 5
38300 Wolfenbüttel
Tel. 05331 9200-40
Fax 05331 9200-79
E-Mail karsten.maul@paritaetischer.de

Krankenhäuser

Cornelia Rundt
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-393
Fax 0511 52486-333
E-Mail cornelia.rundt@paritaetischer.de

Kur- und Erholungshilfen

Birgit Eckhardt
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-376
Fax 0511 52486-332
E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Mittel- und Osteuropa

Krzysztof Balon
Verein für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit im sozialen Bereich e.V.
Marienbruchstr. 61/63
38226 Salzgitter
Tel. 05341 8467-21
Fax 05341 8467-23
E-Mail k.balon@depolsozial.de

Pflege

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-370
Fax 0511 52486-333
E-Mail barbara.heidrich@paritaetischer.de

Schullandheime

Steffi Becker
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-383
Fax 0511 52486-332
E-Mail steffi.becker@paritaetischer.de

Selbsthilfe

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-370
Fax 0511 52486-333
E-Mail barbara.heidrich@paritaetischer.de

Soziale Psychiatrie

Bernhard Döring
Paritätischer Nienburg
Wilhelmstr. 15
31582 Nienburg
Tel. 05021 9745-17
Fax 05021 9745-11
E-Mail bernhard.doering@paritaetischer.de

Sucht

Paul-Walter Steffens
Paritätischer Uelzen
St.-Viti-Str. 22
29525 Uelzen
Tel. 0581 9707-12
Fax 0581 9707-20
E-Mail paul-walter.steffens@paritaetischer.de

Überregionale Mitgliedsorganisationen

Birgit Eckhardt
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-376
Fax 0511 52486-332
E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Arbeitskreise des Paritätischen

Leiterinnen und Leiter

Arbeits- und Tarifrecht

Birgit Eckhardt
Paritätischer Niedersachsen e.V.
GandhisträÙe 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-376
Fax 0511 52486-333
E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Betreuungsvereine

Christiane Schumacher
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-395
Fax 0511 52486-332
E-Mail
christiane.schumacher@paritaetischer.de

Freiwilligen-Agenturen

Tanja Bremer
Paritätischer Peine
Stadtteil-Büro Telgte
Hannoversche Heerstraße 23
31228 Peine
Tel. 05171 582777
Fax 05171 292570
E-Mail tanja.bremer@paritaetischer.de

Kontakt- u. Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen

Marina Nowotschyn
Paritätischer Wolfsburg
Saarstraße 10 a
38440 Wolfsburg
Tel. 05361 2950-50
Fax 05361 2950-21
E-Mail
marina.nowotschyn@paritaetischer.de

Migration

Steffi Becker
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-383
Fax 0511 52486-332
E-Mail steffi.becker@paritaetischer.de

Schuldnerberatung

Wolfgang Lippel
Paritätischer Nienburg
Wilhelmstr. 15
31582 Nienburg
Tel. 05021 9745-15
Fax 05021 9745-11
E-Mail wolfgang.lippel@paritaetischer.de

Sprachheilarbeit

Ingeborg Riedel
Die Börne - Gemeinnützige Gesellschaft für soziale Dienste mbH
Postfach 3033
21654 Stade
Tel. 04141 4003-0
Fax 04141 4003-66
E-Mail info@dieboerne.de

Straffälligenhilfe

Steffi Becker
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-383
Fax 0511 52486-332
E-Mail steffi.becker@paritaetischer.de

Anzeige

SOZIALVERBAND

VdK

NIEDERSACHSEN-BREMEN

Interessenverband der Behinderten,
Rentner und Sozialversicherten

Rat



Hilfe



Rechtsschutz

für Mitglieder in allen sozialrechtlichen Angelegenheiten:

Pflegeversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung,
Arbeitslosenversicherung, Behindertenrecht, Sozialhilferecht, Soziales EntschädigungsrechtSozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V., Nikolausstraße 11, 26135 Oldenburg
Telefon: 0441 - 21029-0, Telefax: 0441 - 2102910, eMail: niedersachsen-bremen@vdk.deInternet: www.vdk.de/niedersachsen-bremen

- Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen -

Mitglieder des Verbandsrats

(Wahlperiode 2008 bis 2012)

Vorsitzende des Verbandsrates

(jährlich alternierend)

Horst Hüther (2010, 2012)

Vor den Rotten 10
38304 Wolfenbüttel
Tel. 05341 27757 (privat)
Tel. 05331 937-215 (dienstlich)
Tel. 03904 669912 (dienstlich)
Tel. 0173 2311705 (mobil)
Fax 03904 6699-37 (dienstlich)
Fax 05331 937237 (dienstlich)
E-Mail h.huether@lebenshilfe-he-wf-ggmbh.de

Ulla Klapproth (2009, 2011)

Im Siek 10
37191 Gillersheim
Tel. 05556 1566 (werktags)
Fax 05556 5078
E-Mail ulla.klapproth@paritaetischer.de

Brigitte Blümel

Herzlaker Str. 53
30539 Hannover
Tel. 0511 5389437

Klaus Dickneite

Ostergarbe 2
30559 Hannover
Tel. 0511 514951
Fax 0511 514951
E-Mail kdickneite@t-online.de

Andreas Engel

Brandenburger Str. 15c
26209 Hatten
Tel. 04221 50151
Fax 04221 52251
E-Mail jugendhilfezentrum@ewetel.net

Kirsten Gehrman

Gustav-Heinemann-Str. 2c
28215 Bremen
Tel. 04221 29838-74
Fax 04221 29838-91
E-Mail kirsten.gehrmann@ewetel.net

Bernd Göddertz

Luisenstr. 9
31141 Hildesheim
Tel. 05121 32005 (privat)
Tel. 05121 2066147 (dienstlich)
Fax 05121 2066145 (dienstlich)

Brita Ise Hellmann

Rotekreuzstraße 7
30627 Hannover
Tel. 0511 562756
Tel. 0177 2842615 (mobil)
Fax 0511 562756
E-Mail b.i.hellmann@t-online.de

Anneliese König

Südweg 8a
26135 Oldenburg
Tel. 0441 201317
Fax 0441 2049115
E-Mail anneliese-koenig@t-online.de

Monika Lehmann

Glünderstr. 2
30167 Hannover
Tel. 0511 702152 (privat)

Jutta Lorentzen

Asternweg 10
29225 Celle
Tel. 05141 47097
Fax 05141 9937127
E-Mail jutta.lorentzen@gmx.de

Dr. Herrmann Niederhut

Quellenweg 1
31787 Hameln
Tel. 05151 57170
Fax 05151 571766
E-Mail niederhut@t-online.de

Dorothea Pitschnau-Michel

c/o Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft Bundesverband e.V.
Küsterstr. 8
30519 Hannover
Tel. 0511 9683414
Fax 0511 9683450
E-Mail dmsg@dmsg.de

Berlind Rosenthal-Zehe

Studentenwerk Göttingen
PF 3851
37028 Göttingen
Tel. 05546 1379 (privat)
Tel. 0551 395143 (dienstlich)
Fax 0511 395170 (dienstlich)
E-Mail berlind.rosenthal-zehe@studentenwerk-goettingen.de

Dietmar Schlüter

Bergweg 8
38527 Meine
Tel. 05304 3977
Fax 05304 5290
E-Mail 053043977-0001@t-online.de

Johannes Schmidt

Bahnhofsstr. 14
21745 Hemmoor
Tel. 04771 643495 (privat)
Tel. 0171 2137528 (mobil)
Fax 04771 643434
E-Mail neusicht@aol.com

Landesverband

Hauptamtlicher Vorstand

Günter Famulla (Vorsitzender)

Cornelia Rundt (Vorstand)

Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5a
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-0
Fax 0511 52486-333
E-Mail landesverband@paritaetischer.de

Ehrenvorsitzende

Karin Rut Diederichs

Eilenriedestift e.V.
Haus A1, App. 107
Bvenser Weg 10
30625 Hannover
Tel. 0511 54042107

Wolfgang Neubelt

GDA-Wohnstift
Haus 3, App. 3207
Osterfelddamm 12
30559 Hannover
Tel. 0511 5705437
E-Mail wneubelt@hotmail.de

Kurt Spannig

Psychiatrische Klinik Uelzen
An den Zehn Eichen 50
29525 Uelzen
Tel. 0581 3895-301
Fax 0581 3895-309
E-Mail info@pk-uelzen.de

Thomas Tugendheim

Mozartstr. 3
31162 Bad Salzdetfurth
Tel. 05064 96723 (privat)
Tel. 05121 31210 (dienstlich)
Fax 05064 96724 (privat)
Fax 05121 32876 (dienstlich)
E-Mail tugendheim@gmx.de